

AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366



Falkland-Inseln

Mirko Petersen - Geopolitik im Südatlantik: Britische „Falkland Islands“ oder argentinische „Islas Malvinas“? - 1

EU-Militarisierung

Martin Hantke - EU-Militarismus und Entdemokratisierung - Zur zyprischen EU-Ratspräsidentschaft - 4

Jonna Schürkes - Im Interesse des Nordens - Die Atalanta-Mission führt zur Ausweitung des Kriegs am Horn von Afrika - 7

Christoph Marischka - Drei neue EU-Missionen auf dem afrikanischen Kontinent: Schutz kritischer Infrastrukturen, Aufstands- und Pirateriebekämpfung - 8

Jürgen Wagner - Rüstungsexportoffensive: Das EU-Verteidigungspaket führt zu einer Absenkung der Exportbeschränkungen - 10

Krieg in Nordafrika

Bernhard Klaus - Kinder sind immer die Opfer der Anderen - 13

Jonna Schürkes - Verstärkung des Bürgerkrieges in Libyen - 15

Bernhard Klaus - EU erklärt die Wahlen in Libyen zum Erfolg - 18

Deutschland und die Bundeswehr

Thomas Mickan - Killerspiele, Sommerreisen und keine Tabus für Auslandseinsätze - 19

Michael Haid - „Schnöggensburg“ im Gefechtsübungszentrum - 20

Christoph Marischka - Universitäten, Bundeswehr und „Vernetzte Sicherheit“ - 21

Weitere Beiträge

Michael Schulze von Glaßer - Ghost Recon – Future Soldier. Das virtuelle Schlachtfeld - 22

Joseph Gerson - Zum NATO-Gipfel in Chicago - Ein Beitrag aus der amerikanischen Friedensbewegung - 24

IMI - Kontroversen in der Friedensbewegung: Bericht von der IMI-Mitgliederversammlung - 28

Editorial:

Einen Tag nach dem Anschlag auf die Führungsriege des syrischen Sicherheitsapparates veröffentlichte die Informationsstelle Militarisierung unter dem Titel „Schlechte Aussichten auf ‚Wiederaufbau‘ in Syrien“ einen Artikel über die Zusammenarbeit der Bundesregierung mit dem Syrischen Nationalrat und das drohende Chaos in Syrien – auch die im Land befindlichen Chemiewaffen wurden prominent erwähnt. Ansonsten hat die IMI angesichts der medialen Präsenz und Relevanz des Syrien-Konfliktes hierzu bislang relativ wenig veröffentlicht. Das lag nicht daran, dass wir uns in unserer Ablehnung einer Militärintervention einerseits sowie des Assad-Regimes andererseits unsicher oder uneins gewesen wären. Das hatte v.a. damit zu tun, dass die Akteure und Instrumente, mit denen wir uns besonders auskennen und zu denen wir einen Mehrwert zur Debatte beitragen können, in Syrien auf verdeckte Art aktiv waren und man dabei inmitten einer Propa-

gandaschlacht häufig auf Spekulationen und dubiose Quellen angewiesen war, an deren Weiterverbreitung wir uns nicht beteiligen wollten. Mit diesem Problem werden wir in Zukunft immer stärker zu kämpfen haben und uns auf unserem nächsten Kongress Mitte November unter dem Titel „Verschlussache Krieg“ u.a. mit den Konsequenzen verdeckter Kriegführung auch für uns auseinandersetzen. Fast täglich erreichen uns empörende Nachrichten aus Syrien, die einen herausfordern, Stellung zu nehmen. Dass die Medien das häufig unreflektiert tun und dabei die herrschenden Deutungsmuster übernehmen, kritisieren wir regelmäßig. Dass diese Situation auf die Dauer zu Fehlern verleitet, davon zeugt der genannte Artikel. Hier wurden sich die Narrative des angeblich unausweichlich bevorstehenden Sturz Assads und der Gefahr einer unkontrollierten Verbreitung der Chemiewaffen zueigen gemacht, ohne dass wir hierzu eine realistische Einschät-

zung überhaupt treffen könnten. Außer Zweifel steht aber, dass diese Narrative bewusst erzeugt und strategisch kommuniziert wurden.

Es war stets Teil der Propaganda, den Sieg als möglich und als unmittelbar bevorstehend erscheinen lassen, um die eigene Seite moralisch zu stärken und die Gegenseite zu schwächen. Der Stellenwert dieser Propaganda steigt in dem Maße, wie die betreffende Seite für ihren Sieg darauf angewiesen ist, dass Verzweifelte massenhaft zu den Waffen greifen und auf der Gegenseite Menschen desertieren oder putschen. Bereits in Libyen wurde der Eindruck vermittelt, der Krieg wäre binnen Wochen zu entscheiden, zahlreiche „Freudenfeiern“ und „Entscheidungsschlachten“ wurden der Weltöffentlichkeit und auch den Aufständischen vorgegaukelt – womit auch Forderungen nach einer Verhandlungslösung der Boden entzogen wurde.

CM für die Redaktion

Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner, Christoph Marischka, Jonna Schürkes, Michael Haid, Andreas Seifert (Layout).

Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 25 € bzw. Förderabo 37 €.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten: Δ Jonna Schürkes, Im Interesse des Nordern, in: Analyse und Kritik 573; Δ Christoph Marischka, Drei neue Missionen, in: Telepolis 16.07.2012; Δ Christoph Marischka, Universitäten, Bundeswehr und „Vernetzte Sicherheit“, in: Das zerbrochene Gewehr, Mai 2012.

Bildnachweise wie angegeben außer: Titelbild: Karte der Antarktis, Wikipedia.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe: Christoph Marischka, Jürgen Wagner, Jonna Schürkes und Michael Haid sind IMI-Vorstandsmitglieder. Thomas Mickan, Michael Schulze von Glaßer und Martin Handtke sind IMI-Beiräte. Mirco Petersen war IMI-Praktikant. Bernhard Klaus ist Student der Politikwissenschaft, Dr. Joseph Gerson ist Direktor des Programs for the American Friends Service Committee in New England und des New England AFSC's Peace and Economic Security Program und Mitbegründer des Netzwerks einer NATO-freien Zukunft.

Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisierung und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer ist:

1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20).
IMI-Förderverein: 1766996 bei der Kreissparkasse Tübingen.

Kontakt:

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203 (Sudhaus)
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de



Geopolitik im Südatlantik

Britische „Falkland Islands“ oder argentinische „Islas Malvinas“?

von Mirko Petersen

„Zwei Glatzköpfe, die sich um einen Kamm streiten“ – so bezeichnete der große argentinische Schriftsteller Jorge Luis Borges einst die beiden Rivalen im Falklandkrieg 1982, Argentinien und Großbritannien. 655 argentinische und 255 britische Soldaten ließen in dieser Auseinandersetzung im Südatlantik ihr Leben.¹ Dieser Krieg und der gesamte Konflikt um die gerade einmal etwas mehr als 12.000 km² große Inselgruppe, die von den Briten „Falkland Islands“ und von den Argentinern „Islas Malvinas“ genannt wird, erscheint absurd. Doch anders als es Borges Ausspruch vermuten lässt, ging und geht es dennoch um weit mehr als den Besitz von ein paar Felsen: Nationale Ideologie und insbesondere wirtschaftliche sowie geopolitische Erwägungen stehen im Zentrum der Auseinandersetzung.

2012 jährt sich die Ereignisse vom 2. April bis 20. Juni 1982 zum dreißigsten Mal, was auf argentinischer Seite Anlass für verstärkte diplomatische Bemühungen war und auf britischer Seite militärische Warnsignale sowie erneute Treueschwüre für die ca. 3000 Bewohner der Inseln hervorrief. Im Folgenden sollen die Hintergründe des Konflikts betrachtet werden, der immer noch weit von einer Beendigung entfernt ist.

Geschichte der Kolonialisierung und des Konflikts

Schon in der Frage der Besiedlung gehen die Interpretationen Argentinien und Großbritanniens auseinander.² Buenos Aires behauptet, dass der Seefahrer Luis Vernet die Inseln, die knapp 400 km vom Festland Argentinien entfernt liegen, im Namen des Landes eingenommen und ab 1829 besiedelt hat. Es klagt Großbritannien der feindlichen Übernahme der Inseln an, auch wenn wohl die meisten der argentinischen Siedler schon 1831 durch ein US-Kriegsschiff vertrieben wurden. London betont den friedlichen Besiedlungsprozess einer unbewohnten Inselgruppe ab 1833. Nach anfänglichen Schwierigkeiten habe man in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts eine gewisse ökonomische Entwicklung erzielt und Siedler angezogen. Die hauptsächlichen wirtschaftlichen Standbeine der Falklandinseln waren die Versorgung und Reparatur vorbeifahrender Schiffe sowie die Landwirtschaft.³

Legen wir die britische Version zugrunde, so kommt vielleicht die Frage auf, ob hier überhaupt von Kolonialismus die Rede sein kann. Auch wenn es sich hier nicht um die brutale Ausrottung, Ausbeutung und Unterdrückung ganzer Völker handeln sollte, so kann der Wille zur Kontrolle über die Falklandinseln nicht abgekoppelt vom Gesamtprojekt des britischen Imperialismus betrachtet werden. Die britische Hegemonie fußte auf der wirtschaftlichen und geostrategischen Kontrolle des gesamten Globus, wozu die Kontrolle der Inselgruppe im Südatlantik, in der Nähe der Antarktis und Argentinien, ihren Teil beitrug.

Argentinien befreite sich ab 1810 vom spanischen Kolonialismus, war aber fortan wirtschaftlich in extremer Abhängigkeit der weltweiten Hegemonialmacht Großbritannien, die zuvor (1806/07) versuchte, das Land zu erobern. Vor diesem Hintergrund werden in Argentinien seit jeher *„der Süd-Atlantik im Allgemeinen und der antarktische Kontinent im Besonderen nicht einfach als fernes, kühles, eisbedecktes Ödland angesehen; sie werden*

*eher als Verkörperung eines allzu verlockenden Sprungbretts angesehen, von wo eines Tages feindliche militärische Aktivitäten zur Bedrohung der nationalen Sicherheit Argentinien ausgeben könnten.“*⁴ Besonders als ab 1930 eine nationalistischere und auf wirtschaftliche Unabhängigkeit bedachte Politik in den Vordergrund drang,

wurden die Ansprüche auf die Falklands und andere britischen Inseln lauter. Im Zweiten Weltkrieg, als Argentinien zwar neutral blieb, jedoch mit den Achsenmächten sympathisierte, schätzten die Briten ihre Besitzungen im Südatlantik, um einen möglichen „arktischen Coup“ Argentinien oder Deutschlands verhindern zu können.⁵

Die historische Argumentation beider Seiten zur Beanspruchung der Inseln fußt auf recht fragwürdigen Herleitungen. Die argentinische Version geht auf die Aufteilung der Welt durch Papst Alexander VI von 1493 zurück. Demnach hatte Spanien Anspruch auf das gesamte Territorium westlich des 46. Längengrads (also auch auf die Falklandinseln und Teile der Antarktis) und Portugal auf alles östlich davon. Argentinien sieht sich durch die errungene Unabhängigkeit als juristischer Nachfolger Spaniens und erhebt als – im Vergleich zu den anderen Kolonien – am nächsten gelegener Staat den Anspruch auf die Inseln (und Teile der Antarktis). Auf die Frage nach der Nachfolgeregelung für kolonialen Besitz ist diese Antwort zwar nicht vollkommen abwegig, aber die Festschreibungen eines Pontifex des 15. Jahrhunderts lassen sich nicht auf das heutige internationale Recht anwenden.⁶

Großbritannien beruft sich bei seinen Ansprüchen auf die Besiedlung seit 1833 und königliche Besitzdeklarationen von 1908 und 1917. Aus einer unilateralen Erklärung durch den König lässt sich jedoch schwerlich ein Anspruch auf Souveränität über dieses Territorium ableiten.⁷

Der Falkland-Krieg 1982

1976 wurde die argentinische Präsidentin Isabel Perón vom Militär gestürzt.⁸ Der General Jorge Rafael Videla setzte sich an die Spitze des Staates und begann eine Welle des Staatsterrors gegen jede mögliche Art von Opposition. Bis zum Ende der Diktatur 1983 wurden schätzungsweise 30.000 Menschen umgebracht. Anders als bei der Militärdiktatur unter Augusto Pinochet im benachbarten Chile, war die Hierarchie innerhalb des Militärs umstritten und wurde zum Anlass für innere Machtkämpfe (deshalb hatte das Land während der Diktatur vier verschiedene Staatsoberhäupter). Diese Spannungen in der Führung und die katastrophale Wirtschaftslage (Auslandsschulden, Rezession, Inflation) brachten die Diktatur stark in Bedrängnis. Das Kalkül der Junta unter Führung von Leopoldo Galtieri bestand darin, durch eine Invasion der Falklandinseln einen militärischen Erfolg zu verbuchen, der die Nation eint und von den großen Problemen ablenkt. Die Hoffnung war, dass Großbritannien keine militärische Reaktion zur Rettung der kleinen Inselgruppe zeigen würde.

Durch eine hektisch ausgeführte Invasion am 2. April 1982 stellte Argentinien das Vereinigte Königreich und die internationale Gemeinschaft vor vollendete Tatsachen. Zunächst lief alles nach Plan: die Hauptstadt Port Stanley (Argentinien nennt sie „Puerto Argentino“) konnte erobert werden und in Buenos Aires feierten große Menschenmassen diesen „Erfolg“. Die Bilder triumphierender argentinischer Soldaten gingen um die Welt und die britische Premierministerin Margaret Thatcher sah sich zum Handeln veranlasst. Besonders die USA waren über den Konflikt

zwischen zwei ihrer Verbündeten verärgert, doch alle internationalen Vermittlungsversuche scheiterten und es kam zum Krieg. Am Ende waren die argentinischen Streitkräfte der britischen Übermacht unterlegen und mussten am 20. Juni 1982 kapitulieren. Damit war nicht nur der Krieg beendet, sondern auch der Anfang vom Ende der Militärdiktatur eingeleitet. Das neue Staatsoberhaupt Reynaldo Bignone sah sich nach Massenprotesten gezwungen, den Übergang zur Demokratie einzuleiten.

30 Jahre Nachkriegsdiplomatie

Zwar wurde der Falklandkrieg in Argentinien als nationale Schande begriffen, doch die Forderung nach den Inseln wurde nie aufgegeben. Der erste demokratische Präsident nach der Diktatur, Raúl Alfonsín, wollte das Thema bei den ersten bilateralen Gesprächen nach dem Krieg gleich vorantreiben. Großbritannien wollte zwar die bilateralen Beziehungen wieder normalisieren, das Thema der Falklandinseln aber nicht diskutieren. So blieb es in der Amtszeit Alfonsíns bei einem Treffen. Erst unter seinem Nachfolger Carlos Menem vitalisierten sich die Beziehungen wieder und es kam durchaus zu Annäherungen, ohne jedoch die Zugehörigkeit der Inseln neu verhandeln zu können. Als sich Argentinien aus den tiefsten Niederungen seiner verheerenden Wirtschaftskrise befreit hatte, widmete sich der 2003 ins Amt gewählte Präsident Néstor Kirchner wieder verstärkt dem Thema der Malvinas.⁹ Die Hoffnungen auf eine bilaterale Lösung wurden begraben und stattdessen eine internationale Lösung im Rahmen des UN-Ausschusses für Dekolonialisierungsfragen forciert. Zum einen kann sich Argentinien aufgrund des Zusammenwachsens des Kontinents im Kontext der regionalen Integration nun auf die Unterstützung vieler südamerikanischer Staaten stützen und zum anderen haben sich auch China und Russland solidarisch erklärt. Dieser allgemeine Aufwind und das dreißigjährige Jubiläum des Krieges veranlassten die jetzige argentinische Präsidentin, Cristina Fernandez de Kirchner, die Bemühungen um die Inseln zu vertiefen.

Großbritanniens sture Ablehnung jeglicher Verhandlungen auf UN-Ebene haben das Ansehen des Landes in dieser Frage verschlechtert. Argentiniens diplomatische Offensive beantwortete Großbritannien zudem martialisch mit der Entsendung eines Kriegsschiffs und eines Atom-U-Bootes (was offiziell als Routine bezeichnet wurde) zu den ohnehin schon hochgerüsteten Inseln: Inzwischen existieren dort eine enorme Militärstation mit Aerodrom und Marine-Standort, Flugzeugen des Typs „Eurofighter Typhoon“ sowie Kanonebooten.¹⁰ Außerdem schickte man in einem symbolischen Akt Prinz William auf die Inseln, der dort seinen sechswöchigen Dienst als Hubschrauberpilot ableistete.¹¹ Dabei gesellte er sich zu den 1520 britischen Soldaten, die dort fest stationiert sind.¹²

London verweist gebetsmühlenartig auf den Willen der Inselbewohner, britisch zu bleiben und will dies durch ein Referendum, das Anfang 2013 abgehalten werden soll, untermauern. Zum dreißigsten Jahrestag des Kriegsendes ließ der britische Premierminister David Cameron verlauten: *„Unsere Entschlossenheit, die Falkländer zu unterstützen hat in den letzten 30 Jahren nicht nachgelassen. In den letzten 180 Jahren haben zehn Generationen die Falklandinseln ihr Zuhause genannt und haben große Anstrengungen unternommen, um eine erfolgreiche Zukunft für ihre Kinder zu sichern. Und trotz der aggressiven Bedrohungen, die übers Wasser kommen, sind sie erfolgreich. [...] Und so wie wir in der Vergangenheit für die Falkländer eingestanden sind, so werden wir das auch in der Zukunft tun.“*¹³

Der argentinische Erinnerungsdiskurs und die Frage der Malvinas

In Großbritannien ist der Falklandkrieg kein Anlass für bedeutende gesamtgesellschaftliche Kontroversen und die Inselbewohner lassen an ihrer pro-britischen Haltung ohnehin keine Zweifel.¹⁴ In Argentinien steht die Betrachtung des Krieges und der Malvinas im Allgemeinen in einem ambivalenten Verhältnis zu dem bedeutsamen Diskurs um die Erinnerungen an die letzte Militärdiktatur.

Nach dem Ende der Diktatur leitete Präsident Raúl Alfonsín umfassende Maßnahmen zur Aufarbeitung der Verbrechen ein, auch die Verantwortlichen des Falklandkrieges sollten zur Verantwortung gezogen werden. Doch nachdem Teile des Militärs Widerstand leisteten, verhinderten mehrere Amnestiegesetze die weitere Strafverfolgung, die erst nach der Amtsübernahme Néstor Kirchners 2003 wieder aufgenommen wurde. Die heutige Aufarbeitung der Diktatur ist zu einem festen Bestandteil der argentinischen Demokratie geworden und trug maßgeblich zur Formierung eines breiten anti-diktatorialen Konsenses in Gesellschaft und Politik bei.

So klar diese Positionierung zur Diktatur im Allgemeinen ist, so ambivalent ist sie in der Frage der Malvinas. Auf der einen Seite wird der Krieg als Aggression der verhassten Diktatur verurteilt, auf der anderen Seite werden die Soldaten als Helden für die nationale Sache gefeiert und die Ansprüche auf die Inseln aufrecht erhalten. Die große Frage, die sich aufdrängt, ist, ob man die Geschichte des Krieges erzählen kann, wenn man den Staatsterrorismus, der ihn auslöste, ausklammert. Es wäre wünschenswert, wenn dieser Konflikt in die staatliche Politik von „Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit“ aufgenommen wird und nicht auf andere Art und Weise betrachtet wird.¹⁵ Dem Versuch, die nationale Geschichte zu einem Heldenepos mit dem Volk in einer der Hauptrollen zu formen, sollte eine Absage erteilt werden. Denn es waren auch große Massen von Argentinern, die nach der zunächst erfolgreichen Invasion vom 2. April 1982 noch in einen großen Siegestaumel verfielen. Die Geschichte der einfachen Soldaten als reine Opfer ihrer Befehlshaber ist ebenso wenig haltbar.

Geopolitische Begehrlichkeiten

Neben der Verbindung zu den nationalen Ideologien stehen ganz klar geopolitische Erwägungen im Zentrum des Konflikts. Ob dies zum Zeitpunkt des Falklandkrieges bereits eine Rolle spielte, ist umstritten, aber später wurde klar, dass vor den Falklandinseln Ölvorkommen existieren. Die ersten Bohrungen Mitte der neunziger Jahre waren nicht sehr erfolgreich. Zudem ließ der damals geringe Ölpreis die Motivation des Konzerns Shell abebben. Ab 2010 wurden die Bemühungen – u.a. durch das Unternehmen Desire Petroleum – wieder aufgenommen und Geologen schätzen die Vorkommen allein im Norden der Insel auf 3,5 Milliarden Fass, was mehr als die kompletten britischen Reserven in der Nordsee wäre.¹⁶ Für die zukünftige Entwicklung des Konflikts werden die Ergebnisse der Ölsuche wohl von großer Bedeutung sein und die Bemühungen beider Regierungen entscheidend beeinflussen.

Darüber hinaus spielt, wie bereits angedeutet, auch die Antarktis eine Rolle, zu der die britischen Besitzungen im Südatlantik eine Art Vorposten sind. Die allmähliche Erschöpfung der weltweiten natürlichen Ressourcen lässt die Aufmerksamkeit für die Ausbeutung des eisigen Kontinents wachsen. Durch den Klimawandel wird sich die Zugänglichkeit der dortigen Ressourcen außerdem verbessern. Schätzungen zufolge befinden sich in der Antarktis große Mengen an Öl, Gas, Kohle, Kupfer, Gold, Uran, Silber,

Nickel, Mangan, Kobalt, Zinn, Platin, Phosphaten u.a.. Zudem birgt die Region ein enormes Potenzial für den kommerziellen Fischfang in sich.¹⁷ Die kapitalistischen Ansprüche zur Ausbeutung der genannten Ressourcen könnten die Region zu einem zentralen Konfliktherd der Zukunft machen. Die Folgen der Ausbeutung für das globale Ökosystem könnten ebenfalls beträchtlich sein.

Neben Argentinien und Großbritannien (deren Ansprüche kollektieren) erheben noch Australien, Chile, Frankreich, Neuseeland und Norwegen territoriale Ansprüche in der Antarktis. 1959 unterschrieben diese sieben Staaten sowie Belgien, Japan, die Sowjetunion, Südafrika und die USA den so genannten Antarktisvertrag, der die territorialen Ansprüche einfriert und die wissenschaftliche Erkundung regelt.¹⁸ Nach und nach traten noch 33 weitere Staaten ohne Gebietsansprüche bei. Aus heutiger Sicht erscheint es fraglich, wie lange dieser Vertrag noch vor Konflikten schützen kann. Dieser wichtige Bestandteil des globalen Ökosystems müsste dringend von territorialer Nationalstaatenlogik entbunden werden.

Es sollte abschließend nicht unerwähnt bleiben, dass auch die EU geostragische Überlegungen im Zusammenhang mit den Falklandinseln anstellt, zumindestens der Think-Tank „European Geostrategy“ um die Hardliner James Rogers und Luis Simón, dessen Einfluss nicht über-, aber auch auf keinen Fall unterschätzt werden sollte.¹⁹ In einem Online-Artikel lobt Rogers die Militarisation der Falklandinseln durch Großbritannien und hebt darüber hinaus deren Bedeutung für die EU als Gesamtes hervor, wobei er drei seiner Auffassung nach entscheidende Aspekte nennt:

1. Die Abhängigkeit von Energiere Ressourcen und anderen Rohstoffen könnte gesenkt werden, wenn die Vorkommen des Südatlantiks nach Europa geschifft werden (Diversifizierung).
2. Die geostrategische Position als „Nadelöhr“ zwischen Atlantik und Pazifik;
3. Die zukünftige Ausbeutung der Antarktis; die Kontrolle der Falklandinseln durch Großbritannien würde zudem zukünftigen Territorialansprüchen europäischer Staaten in der südlichen Hemisphäre größere Erfolgsaussichten verleihen.²⁰

Nationales Anspruchsdenken überwinden!

Die Bewertung des argentinisch-britischen Konflikts um die Falklandinseln fällt schwer und kann nicht einfach zu Gunsten von einer Seite ausfallen. Beide Seiten bringen relevante Argumente vor, ohne jedoch wirklich überzeugen zu können. Der prinzipiell anti-koloniale Ansatz in der argentinischen Argumentation ist zwar respektabel, hat aber durch die Aggression der Militärjunta von 1982 seine Unschuld verloren. Das Thema der Malvinas sollte im erinnerungspolitischen Diskurs auf ähnlich schonungslose Art und Weise wie andere Aspekte der Diktatur behandelt werden.²¹

Der Verweis aus London auf den Willen der Inselbewohner, zu Großbritannien gehören zu wollen, ist zwar wichtig, kann aber nicht als alleiniges Argument stehen gelassen werden. Zu meinen, Großbritannien gehe es in erster Linie um die 3000 Insulaner, ist naiv: Die Falkländer werden als Grund für geopolitische Erwägungen vorgeschoben. Die heutige argentinische Regierung ist nicht mit der Militärjunta zu vergleichen und mit einem erneuten Angriff auf die Inseln ist nicht zu rechnen. Die diplomatischen Bemühungen Argentiniens werden von Großbritannien lediglich als Vorwand zur Militarisation der Falklandinseln und damit des Südatlantiks benutzt.

Folgen die Konfliktparteien weiterhin nationalen Denkstrukturen, droht der Konflikt zu eskalieren. Ziel muss es sein, eine internationale Lösung zu finden, in der die nachvollziehbaren

Anliegen beider Seiten berücksichtigt werden. Den Insulanern sollte ein Bleiberecht zugestanden werden – das heißt jedoch nicht, dass die Falkländer oder womöglich gar Großbritannien (und ggf. der Rest der EU) sich durch die Fischerei und v.a. durch die Ausbeutung örtlicher Ressourcen bereichern dürfen, ohne Argentinien zu beteiligen. Der wichtigste Bestandteil der internationalen Lösung muss jedoch eine komplette Entmilitarisierung des gesamten Südatlantiks sein.

Diese Forderung ist auch in Hinblick auf mögliche zukünftige Konflikte zentral. Denn der Streit um die Falklandinseln könnte nur ein Vorspiel für Auseinandersetzungen um die Ressourcen der Antarktis sein. Der jetzt bestehende Antarktisvertrag muss zu einem neuen Vertragswerk ausgebaut werden, in dem die Zone von der Logik nationaler Besitzansprüche abgekoppelt wird. Wünschenswert wäre darüber hinaus ein Schutz vor jeglicher Form von Ressourcenausbeutung, um verheerende Folgen für das globale Ökosystem abzuwenden.

Anmerkungen

- 1 Die Anzahl der Selbstmorde von argentinischen Soldaten nach dem Krieg liegt noch höher als die Anzahl der Toten im eigentlichen Krieg (vgl.: „Falkland factors“, guardian.co.uk, 10. April 2006).
- 2 Allein die Betrachtung der mit dem Thema in Verbindung stehenden Wikipedia-Artikel auf Englisch und Spanisch zeigt die sehr verschiedenartigen Interpretationen beider Seiten auf.
- 3 vgl.: Royle, Stephen A.: The Falkland Islands, 1833-1876. The Establishment of a Colony, in: The Geographical Journal, 51. Jg., Nr. 2 (Juli 1985), S. 204-214.
- 4 Joyner, Christopher C.: Anglo-Argentine Rivalry after the Falklands/Malvinas War: Laws, Geopolitics, and the Antarctic Connection, in: *Lawyer of the Americas*, Jg. 15, Nr. 3 (Winter 1984), S. 469.
- 5 vgl.: ebd., S. 484.
- 6 vgl.: ebd., S. 475-477.
- 7 vgl.: ebd., S. 485-489.
- 8 Dieser Putsch wurde, ähnlich wie der chilenische von 1973, von den USA unterstützt.
- 9 vgl.: Romero, Agustín M.: Estrategias y tácticas de la diplomacia argentina. Construyendo una política de Estado, in: *Le Monde Diplomatique*, Edición Cono Sur, Nr. 153, März 2012.
- 10 vgl.: Rogers, James: The Falklands: the European Union's Antarctic key (europeangeostrategy.ideasoneurope.eu, 7.3.2010)
- 11 vgl.: Spiegel Online (5.5.2012): Falkland-Zwist. Ein Prinz, ein Kriegsschiff, ein U-Boot.
- 12 420 Landstreitkräfte, 420 Marinesoldaten und 680 Luftstreitkräfte (vgl.: Chapter 4: Europe, *The Military Balance*, S. 173)
- 13 <http://www.falklands.gov.fk/news/2012/06/prime-minister-makes-speech-at-falkland-islands-government-reception-in-london>
- 14 Dies hat wohl vor allem pragmatische Gründe, die sich aus den wirtschaftlichen Vorteilen Großbritanniens im Vergleich zum lange Zeit krisengeschüttelten Argentinien ableiten.
- 15 vgl.: Lorenz, Federico: Hay más cuadros que bajar. Necesario debate en torno del conflicto bélico, in: *Le Monde Diplomatique*, Edición Cono Sur, Nr. 153, März 2012.
- 16 vgl.: Theurer, Marcus/ Moses, Carl: Der Krieg, das Öl und die Inseln (faz.net, 12.2.2010); andere Quellen stellen gar Schätzungen von 60 Mrd. Barrel für die gesamte Insel an (vgl.: Carol, Roy/ Kelly, Annie: Falkland oil prospects stir Anglo-Argentinian tensions. Three British firms set to drill for oil north of Falkland Islands, in *move Argentina calls a 'violation of sovereignty'* (guardian.co.uk, 7.2.2010)).
- 17 vgl.: Joyner, S. 494-495.
- 18 vgl.: ebd., S. 492-493.
- 19 Für eine genauere Analyse des geostrategischen Denkens von Rogers und Simón vgl.: Wagner, Jürgen: Die Geostrategie europäischer Macht: ‚Grand Area‘. Ein imperiales Raumkonzept als Rezept fürs Desaster, in: IMI Ausdruck 5/2011, S. 1-12.
- 20 vgl.: Rogers 2010.
- 21 Wie beispielsweise im Artikel von Federico Lorenz (Referenz: siehe oben) gefordert.

EU-Militarismus und Entdemokratisierung

Zur zyprischen EU-Ratspräsidentschaft

von Martin Hantke



Jede Ratspräsidentschaft führt in der EU jeweils für ein halbes Jahr den Vorsitz. Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon hat der Vorsitz im Rat allerdings sehr an Bedeutung verloren. Durch die Festlegung auf 18-monatige Programme dreier aufeinander folgender Ratspräsidentschaften, die Etablierung eines permanenten Präsidenten des Europäischen Rates und nicht zuletzt die Aufstellung des Europäischen Auswärtigen Dienstes ist es gerade für ein kleines Land wie Zypern - auch mit einem kommunistischen Präsidenten und einer Minderheitsregierung der Partei der Werktätigen (AKEL) - fast unmöglich geworden, noch eigene Akzente zu setzen. Wer wissen will, wie die Planung im nächsten halben Jahr gerade auch im außen- und sicherheitspolitischen Bereich aussieht, sollte sich eher die strategischen Konzeptionen von Catherine Ashton, der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik der EU, anschauen oder für die künftige Entwicklung der EU-Grundlagenverträge die Initiativen des deutschen Außenministers Guido Westerwelle ins Visier nehmen.

Von der Militarisation der EU zu einem EU-Militarismus

Spätestens seit 1999 entwickelt sich die Außen- und Sicherheitspolitik der EU mit „Lichtgeschwindigkeit“ (Javier Solana). Europäische Sicherheitsstrategie und eigene, primärrechtlich verankerte EU-Battle Groups sprechen neben den zahlreichen militärischen und polizeilichen Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) eine deutliche Sprache. Seit Beginn einer der größten Krisen des Kapitalismus und der Bankenkrise in der EU, angefangen mit dem so genannten Griechenlandrettungspaket im Mai 2010, verstärkt sich die Tendenz, dass bestimmte Akteure bestrebt sind, die EU nicht nur zu einem globalen militärischen Spieler zu entwickeln. Vielmehr wird das Bestreben immer deutlicher, darüber hinaus auch EU-eigene Institutionen und Konzeptionen aufzubauen, die in der Lage sind, eine militaristische und imperialistische Politik zu entwickeln, die im Wesentlichen auf einem Interessenausgleich und einer Interessenbündelung der großen Drei in der EU, Deutschland, Frankreich und Großbritannien, beruht.

Ihre Vorstellungen hatte Ashton in ihrer Eröffnungsrede bereits am 31. Januar 2012 bei der jährlichen Konferenz der Europäischen Rüstungsagentur in Brüssel präsentiert (Opening Address by Catherine Ashton, Brussels, 31. January 2012: www.eeas.europa.eu). Zum einen stellte sie fest, dass im letzten Jahr „die Debatte über die Verteidigung auf die Finanzkrise fokussiert war und wir eine Welle von Haushaltskürzungen im Verteidigungsbereich in ganz Europa gesehen haben.“ Selbst die USA seien jetzt gezwungen, über die nächsten Jahre signifikante Kürzungen von insgesamt 450 Milliarden durchzusetzen. Zugleich sei das vergangene Jahr eines der engeren europäischen Kooperation gewesen. Diesen Herausforderungen sollte sich die EU-Rüstungsagentur stellen: „indem mehr Dinge gemeinsam und besser gemacht werden; indem größere Effizienz und höherer Wert für das eingesetzte Geld durch die gemeinsame Nutzung und die Konzentration militärischer Kapazitäten [Pooling and

Sharing] angestrebt wird.“ Genau hierhin liegt die neue Konzeption: Durch das Teilen und Konzentrieren militärischer Kapazitäten sollen die behaupteten Kürzungen im Militärbereich, was die nationalstaatlichen Haushalte angeht, mehr als wettgemacht werden. Doch Ashton hat nicht nur den Ausbau der militärischen Fähigkeiten im Auge. Sie tritt vehement für den „comprehensive Approach“ („umfassenden Ansatz“) ein, d.h. für die Bündelung aller möglichen Einflussmöglichkeiten, „politische, diplomatische, ökonomische“ als auch „unserer zivilen und militärischen Krisenmanagementwerkzeuge“, um auf „die komplexen Bedrohungen des 21. Jahrhunderts“ antworten zu können. Ashton will in diesem Zusammenhang die EU-Rüstungsagentur und die anwesenden politisch Verantwortlichen „ermutigen“ in ihrer Arbeit zur Entwicklung der militärischen Fähigkeiten fortzufahren, damit die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ein wirksames Element einer „EU-Antwort“ bleibe.

Ashton nimmt auch kein Blatt mehr vor den Mund, was Konzeptionen einer EU als „soft power“ betrifft. „Wenn die EU ein glaubwürdiger Spieler in der EU bleiben soll, dann wird mehr als nur soft power benötigt“, so Ashton. Militärische Kapazitäten sind das A und O dieser imperialen Konzeption und angesichts – vermeintlich – drastischer Einschnitte im Militärbereich gilt dabei gegenwärtig Pooling and Sharing als „technokratische Wunderwaffe gegen drohende militärische Handlungsunfähigkeit“ (Mölling, Christian: Pooling und Sharing in EU und NATO, SWP-Aktuell, Mai 2012, S. 1). Die Rüstungsagentur soll dafür die notwendige Verzahnung von Politik, Rüstungsindustrie und Rüstungsforschung bewerkstelligen. Dies alles war bereits auf dem Informellen Gipfel der EU-Verteidigungsminister in Gent 2010 auf die Schiene gesetzt worden. Gerade die Verbindung mit der NATO wird gesucht, um diesem Konzept zum Erfolg zu verhelfen. Für Ashton steht fest: „Die EU-Beziehung zur NATO ist essentiell.“ Die beiden Organisationen sollten in Zukunft ihre Arbeit gegenseitig verstärken. Dass damit nicht das Werfen von Wattebäuschen gemeint ist, stellt die Hohe Vertreterin ebenfalls klar: „Die Libyenkrise hat erneut die eindeutige Notwendigkeit dafür gezeigt.“

Ashton geht es deshalb auch darum, in kürzester Zeit die europäische Rüstungsindustrie zu stärken. Dafür soll die Rüstungsagentur noch in diesem Jahr eine neue Strategie vorlegen. Und als Vizepräsidentin der Kommission und Hohe Vertreterin brüstete sich Ashton auch noch einmal dieses Doppelhutes, um auf ihren baldigen Beitrag zur Entwicklung eines gemeinsamen EU-Rüstungsbeschaffungsmarkts hinzuweisen. Während europaweit Kürzungsprogramme und brutale Austeritätspolitik die Agenda bestimmen, soll die Krise zu einem Ausbau der militärischen Fähigkeiten genutzt werden: Europäische Rüstungsexporte müssen in dieser Konzeption massiv gefördert werden, um die Stückzahlen hoch zu halten. Eine Verbinnenmarktlichung der Rüstungsgeschäfte wird die Profite der Rüstungskonzerne auch dann garantieren, sollte es wie im Falle von Griechenland oder Spanien Abbestellungen geben; und schließlich sollen alle Kapazitäten – unter besonderer Berücksichtigung der militärischen – gebündelt werden, um der EU und ihren Mitgliedstaaten Weltgeltung zu verschaffen. Aus einer Militarisation der EU wird so

ein EU-Militarismus, der dieses Prinzip systematisiert. So lassen sich unter den Bedingungen der Krise nach innen wie nach außen hin Extraprofiten realisieren: nach innen über die Stärkungsmaßnahmen für die Rüstungsindustrie, nach außen über den Aufbau einer globalen militärischen Machtprojektion, die der imperialen Rohstoffsicherungs- und Marktzugangspolitik dient. Kapitalexporth und Missionen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sind dabei lediglich zwei Seiten einer Medaille.

Westerwelles Traum von der europäischen Armee

In diesem Zusammenhang ist es nur folgerichtig, wenn Außenminister Guido Westerwelle im Rahmen seiner Bemühungen für eine weitere Reform der EU nicht nur einen weiteren Kompetenzübertrag an EU-Institutionen im Bereich Finanzen, sondern als ein Herzstück wieder einmal die Schaffung einer europäischen Armee anvisiert. Diese europäische Armee wäre nur der Oberbegriff des intensivierten Pooling and Sharing. Zudem aber, und deshalb ist dieser Vorstoß gemeinsam mit zehn anderen EU-Außenministern in diesem Jahr kurz vor dem Beginn der zyprischen Ratspräsidentschaft so brisant, geht es Westerwelle, wie auch dem Rest der Koalition, um die Frage der Demokratie. Im Bereich der Parlamentsarmee heißt die Aufgabe: Wie können wir Entscheidungsstrukturen schaffen, die eine Truppenentsendung politisch aber auch haushälterisch im Vergleich zum Ist-Zustand wesentlich erleichtern? Das Prinzip ist im Grund das Gleiche, wie bei der angepeilten Schaffung eines EU-Finanzministers. Grundlegende Rechte sollen den Parlamenten und insbesondere dem Deutschen

Bundestag entzogen werden, um sie auf demokratisch nicht legitimierte EU-Organe und Institutionen übertragen zu können. Dies garantiert nicht nur eine geringere öffentliche Aufmerksamkeit, denn es gibt ja weder eine europäische Öffentlichkeit noch nennenswerte gemeinsame parlamentarische Entscheidungs- und Kontrollstrukturen, sondern auch die wirksame Aushebelung der Rechte des Bundestages (und anderer nationaler Parlamente) bei der Entsendung von Kampfverbänden in alle Welt. So soll die Bundeswehr, wenn es nach den Vorstellungen Guido Westerwelles, aber auch etwa nach denen des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel geht, unter der Flagge der europäischen Armee künftig in alle Welt segeln können. Weiter bestehende Beschränkungen durch eine parlamentarische Kontrolle könnten dann getrost missachtet werden. Die aggressive Vertretung nationaler Interessen würde durch das EU-Sternenbanner besser bemäntelt werden.

Zypriotische Haushaltskürzung

Angesichts dieser Konstellation stellt sich die Frage, welchen Bewegungsspielraum eine zypriotische Außenpolitik in der Zeit ihrer Ratspräsidentschaft überhaupt hat, eigene Akzente zu setzen. Zypern hat es geschafft, die außen- und sicherheitspolitischen Teile im Programm der Dreier-Ratspräsidentschaft zu minimie-

ren. Keine leichte Aufgabe, führt man sich vor Augen, dass mit Polen und Dänemark zwei NATO-Staaten bei der Konzipierung mit im Boot saßen, die sich nicht nur in Afghanistan, sondern auch am Irak-Krieg beteiligten (Vgl. Achtzehnmonatsprogramm des Rates, 1. Juli 2011 – 31. Dezember 2012, 11447/11, 17. Juni 2011). Dazu kommt die Federführung der Hohen Vertreterin in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Als friedenspolitischen Erfolg der zypriotischen Ratspräsidentschaft darf man aber bereits die Haushaltsvorlage der Zyprioten für die gesamte EU werten. Für 2013 haben sie es geschafft, gerade im Bereich der „EU als globalem Spieler“ den Rotstift anzusetzen. Ihrem Vorschlag zufolge, dem sich bereits die Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten in Brüssel angeschlossen haben, wird der in den letzten Jahren exorbitant erhöhte Posten um fast 10% auf 9,295 Milliarden Euro gekürzt werden. Das ist immerhin fast ein Fünftel dessen, was die EU für Kohäsionspolitik im Haushaltsansatz für 2013 ausgeben soll (Vgl. Council of the European Union, 2013 EU budget. Concil reconciles growth and austerity, Brussels, 11 July 2012). Es darf erwartet werden, dass die großen Fraktionen im europäischen Parlament diesen Kürzungsansatz bekämpfen werden. Im Ergebnis könnte es aber heißen, dass die Bäume



Flugzeugträger sind ein Kernbereich der französisch-britischen Militärkooperation. Hier der französische Flugzeugträger Charles de Gaulle. Foto: U.S. Navy Mate 3rd Class Randall Damm über Wikipedia.

im künftigen Haushalt für eine aggressive Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nicht in den Himmel wachsen werden. Pläne für die weitere Übertragung von Kompetenzen hatte der zyprische Präsident, der Kommunist Dimitris Christofias, bereits zu Beginn der Ratspräsidentschaft elegant zurückgewiesen. Auf einem auf der Ratsseite veröffentlichten Interview erklärte er am 1. Juli 2012: „Unseres Erachtens sollten wir

von der üblichen Debatte über ‚mehr‘ oder ‚weniger‘ Europa abrücken. In Wirklichkeit geht es um ein besseres Europa...“ (Im Blickpunkt: Präsident Christofias: Wir werden uns für ein besseres Europa einsetzen, 01.07.2012: www.consilium.europa.eu).

Auch hinsichtlich der Statusfrage des Kosovo, die für die zyprische Republik große Bedeutung hat, auch weil über ein Drittel der Insel weiterhin von türkischen Truppen besetzt ist und es eine nur von der Türkei anerkannte Unabhängigkeitserklärung des „Nordens“ gibt, konnte die zyprische Ratspräsidentschaft eigene Akzente setzen. So führte die erste Auslandsreise während der Ratspräsidentschaft des zyprischen Außenministers nach Belgrad (The Cyprus Presidency supports enlargement, 11.07.2012, www.cy2012.eu). Zypern unterstützt einen EU-Beitritt Serbiens, aber wendet sich gegen jegliche Form der Konditionierung nach Art der deutschen Außenpolitik, die eine vorherige Anerkennung des Kosovo durch Serbien zur Bedingung eines EU-Beitritts machen will. Damit gehört Zypern zu den wenigen EU-Mitgliedstaaten, die auf einer völkerrechtskonformen Lösung des Kosovo-Konflikts bestehen, auch weil sie befürchten, dies könnte sonst zum Präzedenzfall für die Anerkennung von gewaltsamen einseitigen Grenzverschiebungen in Europa und weltweit werden und damit viele neue Konflikte geradezu heraufbeschwören. Angesichts der Position der drei großen Mitglied-

staaten Deutschland, Großbritannien und Frankreich darf dies als mutiger Schritt gewertet werden, umso mehr als Zypern sich nunmehr gezwungen sieht, Geld für die Rettung seiner Banken, deren Kredite in der Griechenlandkrise völlig unter die Räder gekommen sind, aus der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) zu beantragen und damit weiteren Pressionen ausgeliefert ist. Zudem hatte auch noch die Türkei versucht im Vorfeld Druck zu machen und erklärt, keine offiziellen Kontakte mit der EU während der zypriotischen Ratspräsidentschaft eingehen zu wollen. Das hat aber bislang dazu geführt, dass die Teilnahme von NATO-Vertretern an Treffen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ausblieb, u.a. weil für die NATO-Kontakte zur EU türkische Generäle zuständig sind.

Spanische Grippe – Albanischer Ersatz

Wie groß die Herausforderungen der europäischen Austeritäts- und Memorandenpolitik sind, zeigt der Fall Spanien. Um an den Finanzmärkten und gegenüber IWF und EFSF gut Wetter zu machen, hat die konservative spanische Regierung ein radikales Kürzungsprogramm vorgelegt, das in erster Linie die Bevölkerung trifft. Aber auch für die spanischen Streitkräfte bedeutet es schwere Einschnitte. Wie im Fall Griechenland auf Drängen der deutschen Bundesregierung, sind dies in erster Linie Kürzungen, die die Personalkosten senken, aber weniger die Beschaffungskosten, da dies wiederum u.a. den Interessen der deutschen Rüstungsindustrie zuwiderlaufen würde. So soll die Mannschaftsstärke binnen 13 Jahren von 130.000 um 20.000 reduziert werden (Vgl. FAZ: Verteidigung in Zeiten des Sparzwangs, 20. Juli 2012). Auch 5.000 Zivilangestellte sollen gehen. Da Personalkosten drei Viertel des Haushalts ausmachen, sollen die Kürzungen hier möglichst schnell wirksam werden. Dazu passt, dass auch bei den spanischen Auslandseinsätzen (2011: 860 Millionen Euro) gestrichen werden soll. So soll der Libanon-Einsatz zurückgefahren werden und bis Ende 2014 auch der Afghanistankrieg von spanischer Seite aus beendet werden. Damit würden spanische Soldaten nur noch beim Piratenbekämpfungseinsatz vor der Küste Somalias verbleiben.

Um diese Ausfälle bei künftigen Missionen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik kompensieren zu können, sind die Funktionäre des Europäischen Auswärtigen Dienstes bestrebt bereits jetzt Ersatz zu finden. So unterzeichnete der Generalsekretär des EAD, Pierre Vimont, am 5. Juni 2012 ein Rahmenabkommen mit Albanien über die Beteiligung albanischer Soldaten an so genannten EU-Krisenoperationen. Das neue Abkommen soll eine Beteiligung erleichtern und will die bisherige albanische Beteiligung an GSVP-Missionen im Tschad und in Bosnien-Herzegowina ausbauen. (EU and Albania sign framework agreement for the participation of Albania in EU crisis management operations, 5 June 2012, Brussels; www.eeas.europa.eu). Die Anwerbung zusätzlicher Kapazitäten darf auch als Mittel der EU-Verantwortlichen gegen etwaige Kürzungen in der Finanzkrise gewertet werden. Den Vereinbarungen mit Albanien kommt dabei eine Vorreiterrolle zu. Geplant sind weitere Abmachungen, u.a. mit Georgien.

Weltweit spielen

Seit Juli 2012 ist die EU mit Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nahezu in jedem Land in der Sahelzone von Kap Verde bis Somalia präsent. So nahm das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSC) die Entsendung der EUCAP Nestor-Mission an. Dabei handelt es sich

de facto um eine Militärberatungsmission, die der französische Admiral Jacques Launay führt und die 175 so genannte Experten nach Djibouti, den Seychellen, Kenia und Somalia entsenden will, um die Piratenbekämpfung auch zu Lande besser führen zu können. Zugleich wurden Militärberater unter Leitung des spanischen Colonells Paco Espinoza zur präventiven Aufstandsbekämpfung nach Niger entsandt und eine GSVP-Mission im Südsudan begonnen. Dazu kommen die weiter laufenden Missionen zur militärischen Piratenbekämpfung (seeseitig EUNAFOR-Atalanta sowie die Ausbildungsmission somalischer Soldaten in Uganda, um in den somalischen Bürgerkrieg eingreifen zu können). Afrika ist generell das Testfeld schlechthin für eine rasante Entwicklung von Missionen der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Um eine Kürzungspolitik im Militärbereich kompensieren zu können, wird auch verstärkt auf Instrumente der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit innerhalb der EU gesetzt. Der Libyenkrieg und die französisch-britische Militärkooperation gelten dabei inzwischen als beispielgebend. Eine Union der unterschiedlichen Geschwindigkeiten im Militärbereich soll trotzdem Zugriff auf das volle Spektrum der EU-Kapazitäten erhalten. So hat sich auch der neue französische Präsident Francois Hollande bereit erklärt, die 2010 in Lancaster vereinbarte enge Militärkooperation mit Großbritannien fortzuführen. EU und NATO sollen sich dabei gegenseitig ergänzen, auch was den Aufbau von Kapazitäten angeht. Dies betonte der britische Europaminister David Lidington bei seinem jüngsten Besuch in Paris erneut am 27. Juni 2012. Der Vorteil der EU liege dabei „in den vielfältig und komplementär verwendbaren Werkzeugen – diplomatische, zivile, militärische, entwicklungspolitische und finanzielle –, die kollektiv zur Anwendung gebracht werden können, um den internationalen Frieden zu fördern, häufig an Orten, an denen die NATO und andere nicht handeln können.“ (EDD, Brussels 11.07.2012)

Abschied von der Demokratie

In der Krise wird sich in der EU von Grundprinzipien der parlamentarischen Demokratie verabschiedet. Im Rahmen der Bankenrettungsprogramme, die sich als Hilfe für „Die Griechen“ oder „Die Spanier“ verkleiden, werden wesentliche parlamentarische Rechte geopfert. Das Haushaltsrecht der nationalstaatlichen Parlamente geht mit den entsprechenden Mechanismen eines konstitutionalisierten Neoliberalismus und einer vertraglich fixierten Austeritätspolitik – mittels EU-Fiskalpakt und Europäischer Stabilitätsmechanismus – regelrecht verloren.

Diese extreme Entdemokratisierung spiegelt sich auch im Militärbereich wieder. Es geht um Aufrüstung in Zeiten der Krise, um weltweite imperiale Machtprojektion noch erfolgreicher auf die Schiene setzen zu können. Parlamentarische Einflussmöglichkeiten gelten dabei zunehmend als störend. Das ist einer der Hauptgründe für den Einsatz gerade auch der deutschen Bundesregierung für eine europäische Armee und eine Europäisierung von Militärstrukturen. Der neue Militarismus und die Entdemokratisierung sind somit lediglich zwei Seiten ein und derselben Medaille. Mit imperialer Weltgeltung der EU soll die Krise gemeistert werden. Das Versprechen von Extraprofiten und erleichterten Kapitalexportmöglichkeiten, nicht nur für die Rüstungsindustrie, soll dabei für eine Unterstützung der einzelstaatlichen Kapitale sorgen, auch wenn diese im Einzelfall, wie bei der verschärften EU-Sanktionspolitik, Verzichtleistungen erbringen müssen.

Im Interesse des Nordens

Die Atalanta-Mission führt zur Ausweitung des Kriegs am Horn von Afrika

von Jonna Schürkes

Die Piratenangriffe auf Schiffe haben sich verdoppelt, die Piraten sind besser ausgestattet, haben schwerere Waffen und agieren in einem zehnmal so großen Gebiet: Das sind die Erfolge von fünf Jahren militärischer Bekämpfung der Piraterie am Horn von Afrika.¹ Dennoch zeichnet sich keine Abkehr von dieser Strategie ab, im Gegenteil: Die EU-Mission EUNAVFOR Atalanta - eine der zahlreichen Marinemissionen vor Somalia - geht seit 2008 mit Kriegsschiffen gegen die Piraterie vor. Ihr Mandat wurde immer wieder verlängert, das Einsatzgebiet ausgeweitet. Mit dem neuesten Mandat, das der Bundestag am 10. Mai 2012 beschloss, sollen die Einheiten der Atalanta auch am somalischen Festland gegen Piraten vorgehen. Zukünftig soll ihre Infrastruktur an Land von Hubschraubern und Kriegsschiffen aus beschossen und zerstört werden.

Kaum war das neue Mandat verabschiedet, meldete Atalanta „Erfolg“: Am 15. Mai sei eine Piratenbasis in der Nähe der Ortschaft Haradhere von einem Hubschrauber aus beschossen worden. Schiffe und andere Ausrüstung der Piraten seien zerstört worden, Menschen seien nicht zu Schaden gekommen. Man wollte damit wohl zeigen, dass die Bedenken der Kritiker des neuen Mandats unbegründet seien.

Die Kritiker beziehen sich vor allem auf praktische Probleme der Umsetzung des Mandats und eine Reihe ungeklärter Fragen. Eine Piratenbasis ist von einem Ort, an dem sich Fischer aufhalten, nicht eindeutig zu unterscheiden. Zudem muss davon ausgegangen werden, dass die Piraten auf die Gefahr von Angriffen an Land zu reagieren wissen. Im Mandat ist das Vorgehen gegen die Infrastruktur der Piraten nur bis zu zwei Kilometer ins Landesinnere erlaubt, die Piraten können ihrer Ausrüstung hinter diese Linie verlagern. Es muss zudem befürchtet werden, dass sie die Nähe von Ortschaften suchen und somit provozieren, dass Menschen bei Angriffen durch Atalanta zu Schaden kommen oder getötet werden. Dadurch wird die Unterstützung der lokalen Bevölkerung für die Piraten und den Widerstand gegen ausländische Truppen eher wachsen, vor allem wenn es zum Einsatz von Bodentruppen kommen sollte. Auch wenn dies im derzeitigen Mandat ausgeschlossen ist, so müssen Bodentruppen eingesetzt werden, für den Fall, dass Hubschrauber abgeschossen werden und deren Besatzung gerettet oder geborgen werden muss. Angesichts der Aufrüstung der Piraten in den letzten Jahren, ist ein solches Szenario keinesfalls ausgeschlossen.

Inwieweit Atalanta die neuen Befugnisse umfangreich nutzen wird, ist ungewiss, zumal sich die Frage stellt, welche Einheiten zu einem solchen Vorgehen überhaupt in der Lage sein werden. Der Einsatzgruppenversorger „Berlin“, der vor einigen Monaten die Fregatte „Lübeck“ ablöste, ist einer der wenigen im Einsatz vor Somalia, der Hubschrauber an Bord hat.²

Die Erweiterung ist dennoch von großer Bedeutung, zeigt sie doch, dass die EU - in Zusammenarbeit mit der NATO und den USA - bestrebt ist, unterschiedliche Instrumente einzusetzen, die dazu geeignet sind, den Konflikt in Somalia und weit darüber hinaus zu eskalieren und die Region um das Horn von Afrika weiter zu militarisieren.

Derzeit sind drei (zivil-)militärische Missionen in die Region entsandt, die direkt oder indirekt die Piraterie bekämpfen sollen. Die jüngste Mission (EUCAP NESTOR) wurde Ende 2011 beschlos-

sen. Die Mission besteht aus verschiedenen Komponenten: Zum einen sollen die Küstenwachen Dschibuti, Kenias, Tansanias, der Seychellen und der faktisch autonomen somalischen Regionen Somalilands, Puntlands und Galmudug ausgebildet und ausgerüstet werden. Dazu „sollen u.a.

auch europäische ‚Trainings- und Unterstützungsteams‘ zum Einsatz kommen, um die Sicherheitskräfte aller beteiligten Länder ‚bei der Arbeit‘ (training-on-the-job) und ‚vor Ort‘ (training-on-location) auszubilden und zu unterstützen“.³ Zum anderen sollen die Staaten der Region dazu „befähigt“ werden, Piraten, die von europäischen Soldaten und Polizisten festgesetzt wurden, „selber“ inhaftieren und verurteilen zu können.

Angesichts der Tatsache, dass das Piratenproblem weniger auf die Verarmung der somalischen Bevölkerung in Folge einer europäischen Fischerei- und Wirtschaftspolitik, sondern auf ein genuin somalisches Problem des „gescheiterten somalischen Staates“ zurückgeführt wird, bildet die EU im Rahmen der Mission EUTM in Uganda seit 2010 jährlich 2000 Soldaten für die somalische Übergangsregierung (TFG) aus. Diese sollen dann gemeinsam mit den Soldaten der Mission der Afrikanischen Union (AMISOM) - die wiederum vor allem von der EU finanziert wird - die TFG dazu befähigen, das Territorium und die Bevölkerung Somalias zu kontrollieren.

Die EU setzt somit vor allem auf repressive Mittel, das Piratenproblem unter Kontrolle zu bringen, was inzwischen sogar in der militärnahen Zeitschrift „Europäische Sicherheit und Technik“ kritisiert wird.⁴ Die Ursachen für Piraterie - die Ausbeutung der Fischgründe auch durch europäische Fangflotten vor der Küste Somalias, ein Weltwirtschaftssystem mit verheerenden Auswirkungen vor allem auf die Gesellschaften des Südens und eine „Internationale Gemeinschaft“, die mehr daran interessiert ist, dass Territorien kontrolliert werden, als dass es Gesellschaften gibt, an denen Menschen ökonomisch und politisch teilhaben können - werden nicht angegangen. Vielmehr wird versucht, mit militärischer Gewalt eine der wichtigsten Wasserstraßen offen zu halten.

Die Anwendung verschiedener Instrumente des Krisenmanagements am Horn von Afrika zeigt aber auch auf erschreckende Art und Weise, wie flexibel die EU bei der Anerkennung von Regierungen ist. Während die TFG immer dann als „legitime“ Vertretung der somalischen Bevölkerung herhalten muss, wenn es um das Abtreten von Souveränitätsrechten an die „Internationale Gemeinschaft“ oder auch die EU geht, werden lokale Autoritäten dann zu Regierungen, wenn es um die Schaffung lokaler Repressionsorgane geht. So wurde von den Regierungen der autonomen Regionen Somaliland, Puntland und Galmudug, an deren Küsten sich die meisten Piratenbasen befinden, nicht die Erlaubnis eingeholt, sie zukünftig aus der Luft zu beschießen. Dies wurde lediglich mit der TFG verhandelt.⁵ Gleichzeitig sollen eben jenen autonomen Regionen eigene Küstenwachen aufgebaut werden, was ihre Autonomie gegenüber der TFG wiederum stärken wird.

Anmerkungen

- 1 Currin Singh/ Arjun Singh Bedi: 'War on Piracy': the Conflation of Somali Piracy with Terrorism in Discourse, Tactic and Law, Working Paper No. 543, Institute of Social Studies, The Hague, Mai 2012.
- 2 Matthias Gebauer: Somalia Mission Expands – EU to target pirates up to two kilometers inland, Spiegel Online, 27.03.2012.
- 3 BT-Drs. 17/8421, 06.02.2012.
- 4 Dieter Stockfisch: Piraterie - ein ungelöstes Problem, Europäische Sicherheit und Technik, Februar 2012.
- 5 BT-Drs.: 17/9362, 18.04.2012.

Drei neue EU-Missionen auf dem afrikanischen Kontinent

Schutz kritischer Infrastrukturen, Aufstands- und Pirateriebekämpfung

von Christoph Marischka

Das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSC) der EU war fleißig am 10. Juli 2012 und in den Wochen davor. Seine wesentliche Funktion besteht darin, die von den militärischen Stäben der EU ausgearbeiteten Einsatzkonzepte politisch zwischen den teilnehmenden Staaten abzustimmen und dann zu beschließen. Im Gegensatz zu den Beschlüssen des Rates, die zunehmend auf Vorrat verabschiedet werden und öffentlich gemacht werden, sind die Einsatzkonzepte nicht einsehbar. Somit ist schwer zu erschließen, was genau der Inhalt der drei neuen Missionen in Niger, dem Südsudan und am Horn von Afrika sein wird, die am 10. Juli vom PSC auf den Weg gebracht wurden, als hätte es gegolten, noch vor der Sommerpause Nägel mit Köpfen zu machen.

„EUAVSEC South Sudan“

Beginnen wir mit dem Südsudan, der vor ziemlich genau einem Jahr mit massiver westlicher Unterstützung seine Unabhängigkeit vom Sudan erklärt hatte und seitdem in eine Reihe interner und Grenzkonflikte mit dem Sudan versinkt, während u.a. aufgrund der Einstellung der Erdölförderung die Hälfte der Bevölkerung vom Hunger bedroht ist.¹ Die Mission „EUAVSEC South Sudan“ soll in der Hauptstadt des neuen Staates, Juba, ihren Sitz haben und v.a. der Flugsicherheit am dortigen Flughafen dienen. Damit will man verhindern, dass der Flughafen ein Ziel von Terroristen werden könnte und zugleich die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung des Südsudan schaffen. In der Pressemitteilung zum entsprechenden Ratsbeschluss vom 18. Juni 2012 wird die Mission außerdem damit begründet, dass der Südsudan ein Binnenstaat und hochgradig abhängig vom Luftverkehr sei.² Tatsächlich soll mit der Aufwertung des Flughafens auch eine größere Unabhängigkeit vom Restsudan und eine engere Anbindung an die Geburtshelfer des neuen Staates in Europa und Nordamerika gewährleistet werden. Die EU-Mission reiht sich somit ein in andere Infrastrukturprojekte, an denen auch die deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit beteiligt ist, die u.a. den Ausbau des Verkehrsnetzes nach Äthiopien, Kenia und Uganda – alles enge Verbündete des Westens und Empfänger deutscher und europäischer Militärhilfe – beinhalten. Für eine „zivile“ GSVP-Mission ist EUAVSEC mit 64 Einsatzkräften relativ umfangreich. Im Grunde kann damit die gesamte Flughafensicherheit bis in die unteren Führungsebenen mit Angehörigen der EU-Mission besetzt werden. Entsprechend groß ist auch das Interesse von Nicht-EU-Staaten, sich an der EU-Mission und damit an der Internationalisierung eines möglichen neuen Verkehrsknotenpunktes für Ost- und Zentralafrika zu beteiligen. So sollen bereits u.a. die Schweiz, Norwegen und die Türkei, die USA und Kanada, Kenia, Uganda und Südafrika, China und Japan ihre Bereitschaft zur Beteiligung signalisiert haben.

„EUCAP Niger“

Auch bei der Mission im Niger handelt es sich offiziell um eine „zivile“ Mission, obwohl in den Ausschreibungen gerade für die leitenden Posten explizit ein militärischer Rang eingefordert wird. Aufschlussreich in dieser Hinsicht ist auch ein Schreiben des PSC an die Mitgliedsstaaten, wonach das für die Mission abgestellte Personal „seine Uniformen

mitbringen wird. Vor Ort wird der Missionsleiter je nach den lokalen Umständen Kleidungsregeln erlassen und bestimmen, ob von den Mitgliedern der Mission zivile Kleidung oder Uniformen getragen werden soll“.³

Der offizielle Name der Mission wird wahrscheinlich „EUCAP Niger“ lauten, obwohl bislang gelegentlich noch von „EUCAP Sahel“ und „EUCAP Sahel Niger“ die Rede ist. Das „CAP“ dabei steht für den „Kapazitätsaufbau“, vornehmlich soll es wohl um den Aufbau von Gendarmeriekräften gehen. Das „Sahel“ verweist darauf, dass entsprechende Missionen ursprünglich im Rahmen der letzten Jahr verabschiedeten EU-Sahel-Strategie auch in Mauretanien und Mali geplant waren oder aber eine Mission, die alle drei Staaten umfasst. Diese Strategie ging aus Erkundungsmissionen der EU in allen drei Staaten hervor. Sie beruhte auf der Bedrohungsanalyse, dass es auf Grund einer mangelnden Präsenz des Staates (und seiner Sicherheitskräfte) in der Fläche, einer zunehmenden Verarmung der Bevölkerung und absehbarer Hungerkatastrophen zu Aufständen kommen könnte, die ein gutes Umfeld für islamistische Terrorgruppen bilden könnten. Bezeichnenderweise gehen selbst Mitarbeiter der regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik davon aus, dass gerade die EU-Sahel-Strategie dazu beigetragen haben dürfte, dass sich diese Befürchtungen Anfang des Jahres in Mali bewahrheiteten. So schrieben Denis M. Tull und Wolfram Lacher in ihrer Studie „Die Folgen des Libyen-Konflikts für Afrika“ zu den Hintergründen des Aufstandes im Norden Malis: „Im Jahr 2011 begann die malische Regierung überdies, ein maßgeblich von der EU unterstütztes Programm zu verwirklichen, das die staatliche Präsenz im Norden ausweiten sollte. Das brachte die Anführer der Rebellen der 1990er Jahre und von 2006 vollends gegen die malische Führung auf. Nach Ansicht der ehemaligen Rebellen widersprach die Stationierung zusätzlicher Sicherheitskräfte den Friedensabkommen der 1990er Jahre, denn diese sahen vor, die militärische Präsenz im Norden zu verringern.“⁴

Zwar ist von Seiten der EU weiterhin die Rede davon, dass die EUCAP-Mission lediglich ihren Schwerpunkt im Niger haben werde, tatsächlich deutet jedoch alles darauf hin, dass sie sich – neben einigen auszubildenden Gästen und Geheimdienstlern aus den Nachbarstaaten – auf dessen Hauptstadt Niamey beschränken wird. Denn die Bewegungsfreiheit selbst für die „Sicherheitskräfte“ der Anrainerstaaten im Sahel ist gegenwärtig eng begrenzt. Auch in den Niger sind nach dem Krieg in Libyen viele Waffen und Kämpfer eingesickert und manche sprechen bereits davon, dass diese auch im Norden des Niger weitgehend die Kontrolle übernommen hätten – zu einem sichtbaren Aufstand sei es alleine deshalb nicht gekommen, weil der Niger keine Gegenmaßnahmen ergriffen hätte. Die EUCAP-Mission wird sich selbst nicht unmittelbar an der Aufstandsbekämpfung im Norden beteiligen, sondern lediglich die Kräfte hierfür ausbilden und ausrüsten. Die internationale Präsenz könnte allerdings verhindern, dass auch im Niger der Aufstand im Norden und die dadurch gebunde-



Plakat zur Feier der Unabhängigkeit des Südsudans, Quelle: Al Jazeera English über Wikipedia.

nen Kräfte die Bedingungen für einen Putsch in der Hauptstadt schafft – oder im schlimmsten Fall dafür sorgen, dass ein solcher noch vor der Stationierung der Internationalen Kräfte stattfindet.

„EUCAP Nestor“

Auch die neue Mission am Horn von Afrika trägt den „Kapazitätsaufbau“ in ihrem Namen „EUCAP Nestor“. Diese Mission wird demnächst in Somalia, Djibouti, Kenia und den Seychellen beginnen, Vorausteams sind bereits vor Ort. Später soll die Mission u.a. auf Tanzania und Mosambik ausgeweitet werden können – ursprünglich war auch eine Beteiligung des Jemen vorgesehen. Der Kapazitätsaufbau soll sich hier auf die maritimen Kapazitäten konzentrieren und erfolgt im Rahmen der sog. „Bekämpfung der Piraterie“. Europäische Marinesoldaten sollen in den Küstenstädten der betreffenden Länder stationiert werden und diese u.a. bei der Ausbildung ihrer Marinekräfte unterstützen – auch im Einsatz selbst.⁵ Dazu sollen sie ggf. eine Koordinationsfunktion bei der Ausstattungshilfe einnehmen, was bedeutet, dass den entsprechenden Staaten kostenlos militärische Ausrüstung (keine Waffen und Munition im engeren Sinne) überlassen wird.

Im Falle Kenias, Djibouti und der Seychellen dürfte es sich dabei v.a. auch für Gegenleistungen für deren Unterstützung aller Aktivitäten der EU am Horn von Afrika handeln. Djibouti stellt der EU und der NATO dafür großzügig militärische Infrastruktur und Stützpunkte bereit, Kenia und die Seychellen haben für die EU das dreckige Geschäft übernommen, die von ihr festgesetzten Piraterieverdächtigen zu inhaftieren und auf dünner rechtlicher Grundlage abzuurteilen. Kenia und Äthiopien, die beide zusätzlich in das jüngste Programm für die militärische Ausstattungshilfe durch Deutschland aufgenommen wurden, haben außerdem mittlerweile große Teile des Südens und Zentralsomalias unter ihre Kontrolle gebracht und wurden von der EU dabei mehr oder weniger offen unterstützt. Diese rückt zunehmend von ihrer Unterstützung für die korrupte und aus dem Ausland geführte somalische Übergangsregierung ab und neigt stattdessen dazu, Somalia in Einflussphären aufzuteilen. Während der Süden und der mittlere Westen Somalias den Nachbarn Kenia und Äthiopien überlassen wird, sollen im Norden die lokalen Regierungen Puntlands und Somalilands gestärkt werden. Auch dem soll EUCAP Nestor in völkerrechtlich höchst zweifelhafter Manier dienen, sollen es doch gerade diese Provinzen sein, deren maritime Fähigkeiten ausgebaut werden sollen, obwohl diese



Landung einer Bundeswehr-Orion in Dschibuti, Quelle: Bundeswehr-TV (youtube).

formal über gar keine Küstenwache oder Marine verfügen, weil dies Aufgabe des Gesamtstaates ist.

Generell lassen alle drei Missionen große Gemeinsamkeiten erkennen, welche Aufschluss über die sich herausbildende EU-Strategie liefern und sich in diese gut einpassen. Es handelt sich bei allen drei Missionen formal um zivile Missionen, von denen aber mindestens zwei eine starke militärische Komponente haben. Im Vergleich etwa zu den von der EU aufgestellten Battlegroups handelt es sich zudem um recht kleine Missionen, die nicht auf militärische Konfrontationen ausgerichtet sind, sondern v.a. den Schutz kritischer Infrastrukturen (Regierungsviertel, Flug- und Seehäfen) beinhalten und den Aufbau lokaler Kräfte zur Bekämpfung möglicher Aufstände in der Peripherie (bzw. der Piraterie auf See). Sie sind dabei eingebettet in regionale Strategien des Staatsaufbaus und der bewussten Stärkung und Schwächung lokaler und regionaler Akteure. Sie erinnern damit stark an frühere Strategien des europäischen Kolonialismus. Schockierend auch, dass diese Missionen ohne öffentliche Debatte und parlamentarische Kontrolle in Brüssler Hinterzimmern konzipiert werden.

Anmerkungen

- 1 Max Borowski: „Ausgepumpt“, Financial Times Deutschland vom 9.7.2012.
- 2 „EUAVSEC South Sudan to strengthen aviation security in South Sudan“, Pressemitteilung des Rats der Europäischen Union vom 18.6.2012.
- 3 Brief des Leiters für zivile Operationen des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Hansjörg Haber, an die Mitglieder des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees vom 4.7.2012, ggw. Einsehbar u.a. unter: www.mvcr.cz/soubor/letter-psc-04-07-2012-pdf.aspx.
- 4 Denis M. Tull / Wolfram Lacher: Die Folgen des Libyen-Konflikts für Afrika. Gräben zwischen der AU und dem Westen, Destabilisierung der Sahelzone, SWP-Studie, Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2012. Vgl.: Christoph Marischka: Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie: Mali – Was Aufstand und Putsch mit der EU-Strategie für den Sahel zu tun haben, IMI-Standpunkt 2012/018 – in: AUSDRUCK (April 2012).
- 5 Drucksache 17/8571.

Rüstungsexportoffensive

Das EU-Verteidigungspaket führt zu einer Absenkung der Exportbeschränkungen

von Jürgen Wagner

Für viel Wirbel sorgte Mitte Juli 2012 ein Bericht des Spiegel, demzufolge die Bundesregierung plane, den Export von Rüstungsgütern zu vereinfachen. Daraufhin hagelte es selbst aus Reihen der CDU harsche Kritik: „Waffen sind kein Gut wie jedes andere“, merkte etwa der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Ruprecht Polenz, an. „Aus guten Gründen sollte unsere Rüstungsexport-Politik restriktiv bleiben.“¹ Obwohl die jetzt anvisierte Gesetzesnovelle bereits im schwarzgelben Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2009 angekündigt worden war, beeilte sich die Bundesregierung angesichts der zahlreichen kritischen Stimmen zu versichern, es gehe ihr dabei keineswegs darum, den ohnehin florierenden deutschen Waffenhandel noch weiter anzukurbeln. Man setze lediglich EU-Recht um, was ausschließlich Auswirkungen auf innereuropäische Rüstungstransfers hätte – die „restriktiven“ Exportregelungen mit Bezug auf Staaten außerhalb der Europäischen Union blieben hiervon unberührt.²

Diese Aussage ist zwar nicht vollkommen falsch, erzählt allerdings nur die halbe Wahrheit, was in der gegenwärtigen Debatte aber leider zumeist übersehen wird. Denn tatsächlich zielt die Umsetzung des EU-Verteidigungspaketes („Defence Package“) vordergründig lediglich auf die Frage innereuropäischer Rüstungstransfers. In der Praxis soll damit aber erreicht werden, dass sich die europaweiten Regelungen für Rüstungsexporte in Drittländer faktisch dem kleinsten gemeinsamen Nenner annähern. Davon erhoffen sich die EU-Staaten, ihre Position als Rüstungsexportweltmeister weiter festigen zu können – vor allem die deutsche Rüstungsindustrie soll hiervon extrem profitieren. Denn im Ergebnis droht dadurch, dass die ohnehin schon extrem durchlässigen, im Verhältnis aber noch halbwegs hohen deutschen Exporthürden faktisch noch weiter abgesenkt werden.

„Der dritte Platz ist eine Schande“

Die Länder der Europäischen Union können auch 2011 zum wiederholten Mal den zweifelhaften Erfolg für sich reklamieren, den Titel des Rüstungsexportweltmeisters errungen zu haben. Allein die deutschen Rüstungsexporte sind zwischen 2007 und 2011 gegenüber dem Vergleichszeitraum 2002 bis 2006 nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts (SIPRI) um 37% angestiegen.³ Hinter den USA und Russland reiht sich Deutschland 2011 erneut als drittgrößter weltweiter Waffenlieferant ganz oben auf der Liste der Staaten ein, deren Konzerne vom Geschäft mit dem Tod am meisten profitieren: „Der dritte Platz ist eine Schande“, titelte die Berliner Zeitung (20.03.2012).

Viele dieser Exporte werden an Länder mit – vorsichtig formuliert – zweifelhafter Menschenrechtsbilanz und/oder in Krisengebiete exportiert. In den letzten zehn Jahren genehmigte etwa Deutschland Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien in Höhe von 675 Mio. Euro, nach Bahrain in Höhe von 22 Mio. Euro, in den Jemen in Höhe von 12 Mio. Euro und nach Ägypten in Höhe von 268 Mio. Euro. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum deutsche Exporte im Umfang von 3,5 Milliarden Euro in die Länder im Nahen Osten und Nordafrika genehmigt.⁴ Mathias John, Rüstungsexperte von *Amnesty International*, äußerte sich hierzu

folgendermaßen: „Diese Waffenlieferungen sind genehmigt worden, obwohl schon damals ein erhebliches Risiko bestand, daß damit Menschenrechtsverletzungen begangen werden.“⁵

Doch diese „Erfolge“ gehen Politik und Rüstungsindustrie augenscheinlich noch nicht weit genug, wie die

jüngsten Versuche zeigen, die Rüstungsexporttätigkeiten noch weiter anzukurbeln.

„Rüstungsexporte sind überlebenswichtig“

„Experten“ aus Wirtschaft, Politik und Militär sind sich einig: Aufgrund angeblich drastischer Kürzungen des Verteidigungsetats sinke die Inlandsnachfrage nach Militärgütern, weshalb der Export angekurbelt werden müsse. Nur so könne die vor sich hindarbenende Rüstungsindustrie vor dem Ruin bewahrt werden. So äußerte sich etwa Heinz Marzi, bis Ende 2010 Geschäftsführer des *Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie* (BDSV): „Mit einem zurückgehenden nationalen Budget werden für die deutsche wehrtechnische Industrie die Exporte ihrer Produkte zunehmend immer wichtiger und notwendiger.“⁶ Der aktuelle BDSV-Geschäftsführer Christian-Peter Prinz zu Waldeck erklärte die Ausweitung der Exporttätigkeiten sogar zu einer existenziellen Angelegenheit: „Es ist eine Frage des Überlebens: Wollen wir diese Industrie erhalten oder wollen wir sie nicht erhalten.“⁷

Tatsächlich basieren solche Aussagen – ganz abgesehen von ihrer moralischen Fragwürdigkeit – auf einer grottenfalschen Grundannahme: In Wahrheit steigt der Rüstungshaushalt ungeachtet aller Lippenbekenntnisse ebenso weiter an, wie auch dessen investiver Anteil.⁸ Dennoch kam auch der „Bericht der Strukturkommission der Bundeswehr“, eine der wesentlichen Vorarbeiten zum derzeit ablaufenden Umbau der Truppe, zu folgender Einschätzung: „Angesichts der konsequenten Einsatzausrichtung und der damit verbundenen Straffung der internen Prozesse und Strukturen wird die deutsche wehrtechnische Industrie nicht mehr durch den ‚Hauptkunden Bundeswehr‘ ausgelastet sein. [...] Die deutsche wehrtechnische Industrie wird mehr noch als bisher vom Export und der zivilen Verwertbarkeit der Produkte abhängig sein.“⁹

Der anvisierten Ausweitung der Rüstungsausfuhren stünden aber, so die einhellige Meinung, die allzu restriktiven deutschen Exportbeschränkungen im Wege. Aus diesem Grund, so etwa Rüstungsmann Heinz Marzi, müssten die „im europäischen Vergleich [in Deutschland] immer noch restriktiven Rüstungsexportbestimmungen [...] auf europäischer Ebene harmonisiert werden.“¹⁰ Ganz ähnlich forderte auch die Strukturkommission der Bundeswehr: „Die Angleichung der nationalen Rüstungsexportrichtlinien an europäische Standards.“¹¹ Vollkommen ungeeignet gibt auch der deutsche CSU-Verteidigungsexperte Florian Hahn – früher u.a. in der Pressestelle von *Krauss-Maffei Wegmann* tätig – zum Besten, er halte es „für denkbar, die deutschen Rüstungsexportrichtlinien etwas zu lockern.“¹²

Neufassung der Exportregelungen

Tatsächlich wurde die nun vorgelegte und von vielen Stellen geforderte Novellierung des Außenwirtschaftsrechts bereits im schwarzgelben Koalitionsvertrags von 2009 angekündigt. Insofern ist die nun allseits geäußerte Überraschung hierüber – nun ja: überraschend: „Das Außenwirtschaftsrecht (Außenwirtschafts-

gesetz [AWG] und Außenwirtschaftsverordnung [AWV]) wird entschlackt und übersichtlicher ausgestaltet. Es werden Vorschriften gestrichen, die deutsche Exporteure gegenüber ihren europäischen Konkurrenten benachteiligen. Bei der Anwendung des Außenwirtschaftsrechts muss der internationalen Wettbewerbssituation der deutschen Wirtschaft mehr als bisher Rechnung getragen werden. Es wird hier ein ‚level-playing-field‘ geschaffen. Es bleibt bei der verantwortungsbewussten Genehmigungspolitik für die Ausfuhr von Rüstungsgütern. Um faire Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Wirtschaft zu gewährleisten, wird eine Harmonisierung mit der Genehmigungspolitik der anderen EU-Staaten auf hohem Niveau angestrebt.“¹³

Von einer „Genehmigungspolitik auf hohem Niveau“ kann allerdings hinsichtlich der beiden Ende Juni 2012 vom Wirtschaftsministerium vorgelegten Referentenentwürfe zum Außenwirtschaftsgesetz und zur Außenwirtschaftsverordnung keine Rede sein. Im Referentenentwurf für ein „Gesetz zur Modernisierung des Außenwirtschaftsrechts“ werden die Passagen aus dem schwarzgelben Koalitionsvertrag von 2009 wortgleich aufgegriffen: „Umsetzung der Vorgabe des Koalitionsvertrags, das Außenwirtschaftsrecht zu vereinfachen und deutsche Sondervorschriften aufzuheben, die deutsche Exporteure gegenüber ihren europäischen Konkurrenten benachteiligen.“¹⁴

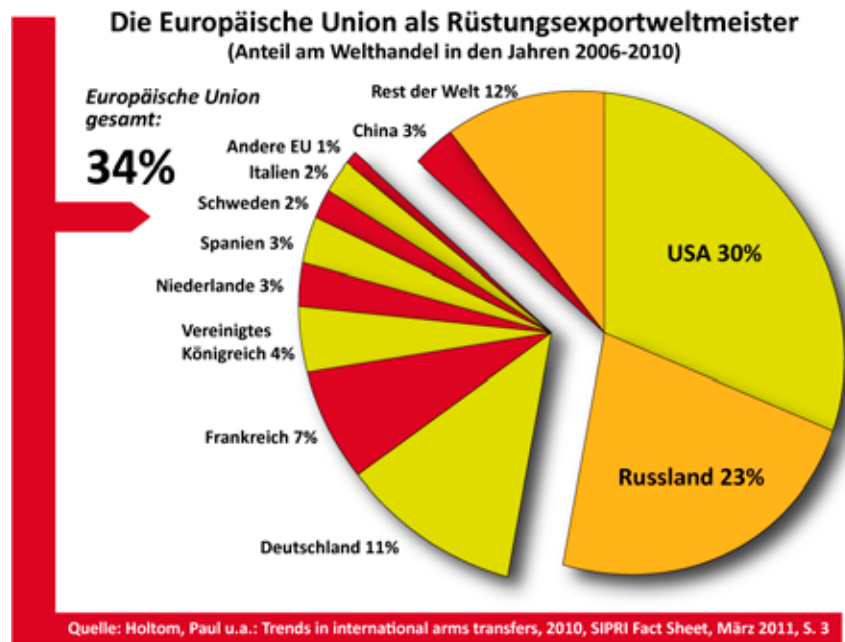
Primär geht es also hier in der Tat vordergründig um die Frage innereuropäischer Rüstungsexporte – die allerdings nun verniedlichend „Verbringungen“ genannt werden. Entscheidend ist aber, dass die Bundesregierung glauben machen will, dies hätte keinerlei Einfluss auf Exporte in Länder außerhalb der Europäischen Union: „Durch die im Koalitionsvertrag vereinbarte und jetzt vorgelegte Novelle des Außenwirtschaftsrechts werden die Regelungen über den Export von Rüstungsgütern ausdrücklich nicht berührt.“¹⁵

Von derartigen Versicherungen sollte man sich aber keinen Sand in die Augen streuen lassen: Denn im Wesentlichen setzt die Bundesregierung nun die Vorgaben des sog. EU-Verteidigungspaketes um, dessen mehr oder weniger verstecktes Ziel genau darin besteht, die europaweiten Rüstungsexporthürden möglichst weit abzusenken.

Verbringungsrichtlinie als versteckte Rüstungsexportoffensive

Der große „Rüstungsexportwurf“ gelang der Europäischen Union mit der Verabschiedung der „Richtlinie zur Vereinfachung der Bedingungen für die innergemeinschaftliche Verbringung von Verteidigungsgütern“ (kurz: Verbringungsrichtlinie) im Mai 2009. Sie ist Teil des EU-Verteidigungspaketes zur Stärkung der EU-Rüstungsindustrie und soll im August 2012 europaweit in Kraft treten. Das offizielle Ziel der Verbringungsrichtlinie besteht darin, das Genehmigungssystem für innereuropäische Exporte zu vereinfachen. Hiervon verspricht man sich Einsparungen von jährlich etwa 400 Mio. Euro, v.a. sollen damit aber existierende Ausfuhrbeschränkungen aufgeweicht bzw. umgangen werden.

Vereinfacht formuliert wird mit der Verbringungsrichtlinie das Zertifizierungssystem für innereuropäische Waffentransfers von



Vorabkontrollen auf Nachkontrollen umgestellt, die noch nicht einmal bindend erfolgen müssen. Salopp gesagt werden damit Persilscheine ausgestellt, innerhalb der Europäischen Union Rüstungsgüter nahezu beliebig „verbringen“ zu können. Dies ist besonders deshalb problematisch, da die Regelungen, was den möglichen Re-Export anbelangt, vollkommen ungenügend sind. Strenge nationale Exportbeschränkungen könnten sich somit relativ einfach durch einen Vorabexport in ein „großzügigeres“ EU-Land aushebeln lassen: „Besonders wenn sie re-exportiert werden, können Intra-EU-Verbringungen zum Streitpunkt werden (zB Export Belgien – Frankreich – Tschad). Die Angst, dass solche Transfers nahezu unmöglich nachgewiesen werden können, ist wohlbegründet.“¹⁶ Eine ähnliche Befürchtung äußern auch Marc von Boemcken und Bernhard Moltmann im aktuellen Friedensgutachten: „Die Umsetzung der EU-Verbringungsrichtlinie [kann] den Weiterexport aus einem anderen EU-Staat mit weniger restriktiven Exportkontrollen ermöglichen. Für außer-europäische Ausfuhren lehnt der Gemeinsame Standpunkt der EU zum Rüstungsexport [Verhaltenskodex] die Weitergabe von Kriegsgüter in Drittstaaten nicht grundsätzlich ab.“¹⁷

Damit droht, dass sich die Rüstungsexportbeschränkungen europaweit faktisch dem kleinsten gemeinsamen Nenner annähern. Zumal die Verbringungsrichtlinie bezüglich der Bewertung, ob ein Weiterexport von Rüstungsgütern möglicherweise gegen die Bestimmungen des Ursprungslandes verstoßen würde, den Bock zum Gärtner macht: „Das Verfahren der Richtlinie rückt die Unternehmen, die ein endgefertigtes Produkt aus dem Gebiet der EU exportieren wollen, selbst in die Berichtspflicht über mögliche Vorbehalte gegenüber einem Empfängerland. Das aber setzt Loyalität und Wohlverhalten der am Rüstungsgeschäft beteiligten Unternehmen voraus.“¹⁸ Ohnehin nimmt man es in der Europäischen Union mit der Dokumentation der Rüstungsexporte nicht allzu genau. Besonders dreist wurde dabei mit dem aktuellen EU-Rüstungsexportbericht für das Jahr 2010 verfahren. Er erschien erst Ende 2011 – ausgerechnet am letzten Arbeitstag des Jahres und ohne dass vorab über die anstehende Veröffentlichung informiert worden wäre. Darüber hinaus weisen die Daten von acht Mitgliedsländern (darunter Deutschland und Großbritannien) extreme Lücken auf und sind somit völlig irreführend. Deutlicher kann wohl kaum signalisiert werden, dass an Transparenz in diesem Bereich wenig bis kein Interesse besteht.¹⁹

Dies ist umso problematischer, als das existierende Rüstungsexportkontrollsystem auf EU-Ebene mehr als unzureichend ist und es wohl auf absehbare Zeit auch bleiben wird.

Zahnloser Verhaltenskodex

In den frühen 1990ern billigte der Europäische Rat acht Kriterien, die zur Erteilung einer Rüstungsexportlizenz erfüllt sein sollten. Diese Kriterien wurden schließlich 1998 in den „Verhaltenskodex für Rüstungsexporte“ aufgenommen. Dazu gehört der Verweis, Waffen weder in Krisengebiete (Kriterium 3) noch in Staaten zu exportieren, in denen die Menschenrechte verletzt werden (Kriterium 4). Die Sache hatte nur einen Haken: Bei dem Kodex handelte es sich eher um Richtlinien als um Regeln, er war nicht bindend. Insofern verwundert es nicht, dass auch nach Verabschiedung des Verhaltenskodex munter weiter Waffen in Konfliktregionen exportiert wurden. So förderte eine im November 2011 veröffentlichte Untersuchung zu Tage, dass europäische Länder im Zeitraum zwischen 2001 und 2009 Rüstungsgüter im Wert von über 50 Mrd. Euro in die Krisenregion Nordafrika und Mittelost exportiert haben.²⁰

Im Dezember 2008 verabschiedete der Europäische Rat zwar schließlich eine Gemeinsame Position zum Verhaltenskodex, mit der die Kriterien rechtlich bindend wurden. Allzu viel änderte dies an der bisherigen Exportpraxis leider aber nicht: „Der Verhaltenskodex hat seine Grenzen. Zuerst deckt er lediglich einen begrenzten Teil von Rüstungsexportkontrollen ab: zB die acht Kriterien und Bestimmungen zum Austausch von Informationen und zur Transparenz. Andere Aspekte werden den Mitgliedsstaaten zur Entscheidung überlassen, einschließlich der Strukturen der nationalen Behörden, die Ausfuhrlizenzen erteilen sowie die von ihnen implementierten Prozeduren. Zweitens beruht der Kodex stark auf der Implementierung und Interpretation jedes Mitgliedslandes: Die Entscheidung, eine Exportlizenz zu gewähren, verbleibt in nationaler Zuständigkeit.“²¹

So sind viele EU-Staaten der Auffassung, Waffenexporte in Länder wie Saudi Arabien, Israel oder den Tschad seien problemlos mit den acht Kriterien vereinbar. Auch die deutschen Rüstungsexporte in Länder, die mindestens vier der Kriterien verletzen, nehmen sprunghaft zu: Waren es im Jahr 2009 noch 269,2 Mio. Euro, beliefen sie sich im Folgejahr bereits auf 510,3 Mio. Euro.²² Somit ist der Verhaltenskodex vollkommen ungeeignet, die sich anbahnende Rüstungsexportoffensive in die Schranken zu weisen – im Gegenteil: „Alle bis auf die fragwürdigsten Waffenexporte (und manchmal sogar die) erhalten eine Fassade formaler Legitimität.“²³

Spiel über die Brüsseler Bande

Gerade für die deutsche Rüstungsindustrie ist das Spiel über die Brüsseler Bande wie so häufig auch im Fall der Neufassung der deutschen Exportregelungen überaus attraktiv. Die Verbringungsrichtlinie könnte es nun ermöglichen, die vergleichsweise strengen deutschen Rüstungsexportbestimmungen zu umgehen, was über eine offizielle Aufweichung der Ausfuhrbestimmungen angesichts der Stimmung in der Bevölkerung wohl nur schwer möglich wäre. So ergab eine repräsentative Umfrage unter der deutschen Bevölkerung im Oktober 2011, dass überwältigende 78% generell gegen jegliche Rüstungsexporte sind, weitere 11% wollen sie für Ausfuhren in Krisengebiete verbieten und gerade einmal 7% sprechen sich generell für solche Exporte aus.²⁴

Anmerkungen

- 1 Reformvorschlag: Bundesregierung will Rüstungsexporte vereinfachen, Spiegel Online, 15.07.2012.
- 2 Wirtschaftsministerium bestreitet Erleichterung für Rüstungsexporte, Tagesspiegel Online, 15.07.2012.
- 3 Trends in International Arms Transfers, 2011, SIPRI Fact Sheet, March 2012, S. 3.
- 4 Vgl. Amnesty-International: Arms Transfers To The Middle East And North Africa: Lessons For An Effective Arms Trade Treaty, 19.10.2011.
- 5 Deutsche Waffen gegen arabischen Frühling, junge Welt 21.10.2011.
- 6 Marzi, Heinz: Die Bedeutung des Rüstungsexports für Deutschland, Geopower.com, 11.09.2010.
- 7 Eine Frage des Überlebens, German-Foreign-Policy.com, 27.10.2011. Ganz ähnlich erklärt auch der „Friedensforscher“ Hartmut Kühle: „Da aber die Bundeswehr und ihr Bedarf nochmals heruntergefahren werden, braucht man den Export dringender denn je als Ausgleich für die fehlende Inlandsnachfrage. In der hochtechnologischen Rüstungsproduktion gibt es nämlich bestimmte Mindestgrößen, bei deren Unterschreiten eine Produktion kaum möglich ist. Schon deshalb wird der deutsche Rüstungsexport weiter steigen müssen.“ Siehe Kühle, Hartmut: Einflussnahme durch Rüstungsexport It's about Realpolitik, stupid, The European, 04.02.2011.
- 8 Vgl. Wagner, Jürgen: Rüstungshaushalt: Von der Schmierkomödie zur Farce, IMI-Standpunkt 2012/036.
- 9 Bericht der Strukturkommission der Bundeswehr: Vom Einsatz her denken, Oktober 2010, S. 36.
- 10 Marzi 2010.
- 11 Bericht der Strukturkommission 2010, S. 37.
- 12 Fischer, Sebastian: Deutsche Rüstungsexporte: Kanonen für die Konjunktur, Spiegel Online, 11.11.2010.
- 13 Koalitionsvertrag zitiert bei Nassauer, Otfried: Rüstungsexporte: Neues Außenwirtschaftsrecht, bits.de, 15. Juli 2012.
- 14 Referentenentwurf: Gesetz zur Modernisierung des Außenwirtschaftsrechts – Vereinfachung, Straffung und zielgenauere Fassung des Außenwirtschaftsrechts unter Beibehaltung seiner bewährten Grundstrukturen, http://augengeradeaus.net/wp-content/uploads/2012/07/Aussenwirtschaftsgesetz_Referentenentwurf_jun2012.pdf
- 15 Bundesregierung dementiert Vereinfachung von Rüstungsexporten, Handelsblatt Online, 15.07.2012.
- 16 Depauw, Sara: Risks of the ICT-directive in terms of transparency and export control, in: Flemish Peace Institute (Hg.): Export controls and the European defence market: Can effectiveness be combined with responsibility? Brüssel 2011, S. 67- 74, S. 71.
- 17 Boemcken, Marc von/Moltmann, Bernhard: Der eingebildete Kranke. Rüstungsindustrie in Zeiten klammer Kassen, in: Friedensgutachten 2012, S. 124-136, S. 133.
- 18 Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE): Rüstungsexportbericht 2009, Bonn/Berlin 2009, S. 70.
- 19 Steaman, Kaye: Hidden from view, debarred from debate - EU report on arms exports, Open Democracy, 25.01.2012.
- 20 Vranckx, An u.a.: Lessons from MENA - Appraising EU transfer of military and security equipment to the Middle East and North Africa, Gent, November 2011, S. 17.
- 21 Poitevin, Cédric: A European export control regime: balancing effectiveness and responsibility, Flemish Peace Institute 2011, S. 47-51, S. 50.
- 22 GKKE: Rüstungsexportbericht 2011, Bonn/Berlin 2011, S. 5.
- 23 Bromley, Mark: The EU common position on arms exports and national export control policies, in: Flemish Peace Institute 2011, S. 39-51, S. 44.
- 24 Aken, Jan van: Umfrage Rüstungsexporte, 20.10.2011, <http://www.jan-van-aken.de/aktuell/umfrage-ruestungsexporte.html> (22.11.2011).

Kinder sind immer die Opfer der Anderen

Zum jüngsten Bericht des UN-Generalsekretärs über Kinder in bewaffneten Konflikten

von Bernhard Klaus



Dass besonders Kinder unter bewaffneten Konflikten leiden, ist sicherlich zutreffend und kann nicht oft genug betont werden. Insofern sind die jährlichen Berichte des UN-Generalsekretärs über Kinder in bewaffneten Konflikten ein durchaus wichtiges Instrument, um das Innenleben und die oft negierten Folgen von Kriegen und bewaffneten Konflikten zu veranschaulichen. Die Rezeption dieser Berichte droht jedoch, das Bild der eigenen Kriege als chirurgische Präzisionseingriffe gegen barbarische Bürgerkriege auf der anderen Seite zu reproduzieren und damit gerade die jüngsten Opfer von Kriegen und Konflikten als Vorwand für weitere Interventionen zu instrumentalisieren.

Dabei soll keineswegs geleugnet werden, dass Kinder häufiger in irregulären bewaffneten Gruppen eingesetzt werden als in regulären Armeen und dass in asymmetrischen Konflikten Kinder – wie die zivile Bevölkerung insgesamt – wesentlich stärker in die bewaffneten Auseinandersetzungen einbezogen werden als in manchen zwischenstaatlichen Kriegen. Allerdings unterwandern auch die NATO- und EU-Staaten gezielt das humanitäre Kriegsvölkerrecht (indem sie etwa ihre Gegner nicht als Kombattanten anerkennen und sie im Falle der Gefangenschaft nicht als Kriegsgefangene behandeln) und setzen ihre Strategien immer stärker auf die Eskalation solcher asymmetrischer Konflikte und die einseitige Unterstützung einer oder mehrerer Konfliktparteien. Sie tragen damit nicht nur grundsätzlich zu einer Ausweitung asymmetrischer Konfliktlagen bei, sondern auch für die Rekrutierung und Misshandlung von Kindern mittelbar und oft auch unmittelbar Verantwortung.

Nachdem die UN-Sondergesandte für Kinder in bewaffneten Konflikten am 11. Juni 2012 den aktuellen Bericht (http://www.un.org/children/conflict/_documents/A66782.pdf) vorstellte, berichtete die deutsche und internationale Presse nahezu ausschließlich über die Übergriffe, Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen, die darin dem syrischen Regime vorgeworfen werden. Oft genug schloss an diese Berichte gleich die Forderung nach einer härteren Gangart gegen das Assad-Regime an. Das ist durchaus nachvollziehbar – allerdings wäre wünschenswert gewesen, dass zumindest einige Journalisten auf den Bericht in seiner gesamten Breite eingegangen wären. Daraus hätte sich ein anderes Bild über das aktuelle Konfliktgeschehen und auch die Folgen westlicher Interventionen ergeben.

Afghanistan – Folter an den nicht anerkannten Kriegsgefangenen

In alphabetischer Reihenfolge werden in dem Bericht die Folgen bewaffneter Konflikte für Kinder in 21 Staaten und Regionen dargestellt und in den meisten Fällen mit Beschreibungen nachgewiesener Einzelfälle veranschaulicht (hiervon weicht Syrien ab, wo sich überwiegend auf Augenzeugenberichte u.a. desertierter Soldaten bezogen wird). Damit beginnt der Bericht mit der Lage in Afghanistan. Dort seien 2011 in 316 Fällen Minderjährige von bewaffneten Gruppen rekrutiert worden, „ein Großteil davon“

von oppositionellen Gruppen. Es wird ein Vorfall beschrieben, in dem ein achtjähriges Mädchen für einen „Selbstmord“-Anschlag missbraucht worden sei, oft wüssten die Kinder, die hierfür instrumentalisiert werden, nicht einmal, dass sie eine Bombe tragen. Wieviele der Rekrutierungen Minderjähriger auf das Konto der Regierungstruppen gehen, wird nicht konkret benannt, was angesichts der präzisen Gesamtzahl erstaunt. Auch konkrete Angaben darüber, wieviele Kinder in Hafteinrichtungen der Besatzungstruppen festgehalten werden, kann der Bericht angeblich nicht machen. Es gebe auch keine Berichte auf Missbrauchsvorfälle in den Hafteinrichtungen der internationalen Truppen, Minderjährige aber, die von diesen an afghanische Gefängnisse übergeben wurden, seien u.a. durch Schläge, Elektroschocks und sexuelle Gewalt bis hin zur Vergewaltigung missbraucht worden. Dass die Verhöre in den afghanischen Gefängnissen u.a. durch den vom BND finanziell und durch Ausbildung unterstützten Afghanischen Geheimdienst NDS durchgeführt werden und es dabei zu Misshandlungen kommt, über die bereits die UN-Mission in Afghanistan berichtete, bleibt an dieser Stelle jedoch unerwähnt. Insgesamt seien 2011 1.325 Fälle dokumentiert worden, in denen Kinder umkamen oder verletzt wurden, etwa ein Drittel von ihnen durch Selbstmordanschläge und Sprengfallen der Taliban oder anderer oppositioneller Gruppen. 129 Kinder seien „im Kreuzfeuer“ zwischen der (von der NATO aufgebauten) afghanischen Armee und anderen bewaffneten Gruppen umgekommen, 110 Kinder seien – dokumentiert durch Luftangriffe der afghanischen Armee und der internationalen Truppen – getötet und 68 verletzt worden, 431 Kinder wurden Opfer von Minen oder Blindgängern.

Somalia – keine Erwähnung der EU, SA und der AMISOM

Aufschlussreich ist auch der Abschnitt zu Somalia, wo für das Jahr 2011 948 Fälle der Rekrutierung Minderjähriger dokumentiert sind. Auch hier steht die konkrete Zahl in einem Missverhältnis zur sehr vagen Angabe, dass „die meisten“ von ihnen durch die Al-Shabab-Miliz rekrutiert wurden, während zugleich die Rekrutierung Minderjähriger durch die mit westlicher Hilfe aufgebaute Armee der Somalischen Übergangsregierung TFG außer Frage steht. Aufschlussreich ist hier v.a. die Angabe, nach der die Übergangsregierung „versehentlich“ 86 Kinder rekrutierte, die anschließend vom Ausbildungslager Bihanga in Uganda repatriert wurden. Auch hier fehlt die Erläuterung, dass die von der TFG rekrutierten Soldaten von den USA nach Bihanga geflogen und dort im Rahmen einer EU-Ausbildungsmission von europäischen (darunter knapp 20 deutschen) gemeinsam mit ugandischen Soldaten ausgebildet werden. In den drei größten Krankenhäusern Mogadischus seien 7.799 Kinder an konfliktbedingten Verletzungen gestorben, weitere 362 getötete Kinder seien von der UN verifiziert worden. Der anhaltende Konflikt begünstige auch sexuelle Gewalt und Vergewaltigungen von Kin-

dern, von denen 2011 252 Fälle berichtet und in der Mehrzahl den Kräften der Übergangsregierung und verbündeten Milizen angelastet worden seien. Bemerkenswerterweise tauchen die Truppen der AMISOM in dem Bericht überhaupt nicht auf, obgleich diese mit ihrer Offensive in Mogadischu im Zuge der Hungerkatastrophe 2011 für die Eskalation der Gefechte hauptverantwortlich waren und sie seitdem mit rund 20.000 Soldaten die bei weitem größte bewaffnete Gruppe in Mogadischu darstellen. Die AMISOM wird von der EU-Mission Atalanta logistisch unterstützt und hauptsächlich aus dem Europäischen Entwicklungsfonds finanziert – seit 2007 mit über 325 Mio. Euro, wovon alleine Deutschland 20% beisteuert.

Libyen 29 tote Kinder im Nebel der Gefechte

Natürlich – und das wird im Bericht auch mehrfach betont – liegen die tatsächlichen Zahlen jeweils bedeutend höher. In den meisten Fällen jedoch bemüht sich der Bericht lediglich, möglichst gesicherte Erkenntnisse und Zahlen zu nennen. Nur so lassen sich die im Verhältnis gering erscheinenden Zahlen etwa aus der Demokratischen Republik Kongo erklären, wonach 272 Fälle von Rekrutierungen von Kindersoldaten und 108 Fälle von Vergewaltigungen von Kindern dokumentiert wurden, obwohl beides in verschiedenen Regionen dieses großen Landes leider an der Tagesordnung ist. Für die dokumentierten Fälle von Vergewaltigung werden überwiegend die Regierungskräfte verantwortlich gemacht, die mit kräftiger Unterstützung der internationalen Gemeinschaft und u.a. im Rahmen von zwei EU-Missionen ausgebildet und ausgerüstet werden. Eindeutige Aussagen lassen sich jedoch wegen der enormen Dunkelziffer hierzu sicher nicht treffen.

Auffällig gering und vage sind auch die Angaben zu Libyen. Ganz selbstverständlich – und nicht ohne Bewunderung – berichteten hier vor einem Jahr noch Reporter des deutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunks von 14-jährigen Kindern mit Schnellfeuergewehren, die sich dem bewaffneten Aufstand angeschlossen hätten. Auf entsprechende Hinweise verweist auch der Bericht, es sei jedoch nur in 17 Fällen die Rekrutierung von Kindersoldaten bestätigt worden. Wie lückenhaft die Untersuchungen im Falle des libyschen Bürgerkrieges waren, beweist auch der Hinweis auf eine im Mai 2011 vom Nationalen Übergangsrat angeblich erlassene Direktive, keine Kinder für die Fronteinsätze zu rekrutieren. Die Existenz dieser Direktive konnte jedoch bis zum Abschluss des im Juni 2012 veröffentlichten Berichtes nicht verifiziert werden. Auch die Zahl von 129 getöteten und 247 Fällen von verstümmelten Kindern erscheint angesichts von selbst nach konservativen Schätzungen mindestens 30.000 Kriegstoten ein eher verzerrtes Bild wiederzugeben. Die meisten dieser toten Kinder geht nach dem Bericht auf Beschuss durch die Regierungskräfte oder wiederum „Kreuzfeuer“ zwischen diesen und der bewaffneten Opposition zurück. Demgegenüber werden nur drei konkrete Fälle benannt, bei denen insgesamt 29 Kinder „im Zusammenhang mit NATO-Operationen“ getötet wurden.

Besondere Aufmerksamkeit für Syrien

Neben Libyen wurde im aktuellen Bericht des UN-Generalsekretärs auch Syrien neu aufgenommen. Anders als in Libyen hat die UN-Sondergesandte jedoch eine eigene Erkundungsmission nach Syrien bzw. in die Flüchtlingslager jenseits der Grenze entsandt. Dennoch beruht der Abschnitt zu Syrien in scharfem Kontrast zum restlichen Bericht ganz überwiegend nicht auf dokumentierten Fällen, sondern häufig auf Zeugenaussagen

von Deserteuren (die Wortstämme „Zeugen“ oder „bezeugen“ im deutschen Wortsinne tauchen alleine im Abschnitt zu Syrien sechs Mal, ansonsten in allen anderen Länderberichten jedoch nur ein weiteres Mal im Abschnitt zu Libyen auf). Anders auch als im restlichen Bericht wird nicht ausschließlich auf Kinder fokussiert, sondern meist die Zahl der Gesamtopfer von Vorfällen benannt. Was die konkret angegebenen Zahlen zu getöteten Kindern angeht, summieren sich diese im Berichtszeitraum auf insgesamt acht Fälle, anders jedoch als in den anderen Länderberichten werden jedoch auch Fälle außerhalb des Berichtszeitraumes beschrieben, „weil die Schwere dieser Fälle ihre Aufnahme in den Bericht notwendig macht“ (in der Demokratischen Republik Kongo hingegen, wo die Kämpfe und Vertreibungen ebenfalls seit Beginn des Jahres massiv eskaliert sind und ethnisiert wurden, wird dies hingegen nicht für nötig gehalten). Dabei wird insbesondere auf den Angriff der Syrischen „Sicherheitskräfte“ auf das Dorf Ayn l'Arouz am 9. März 2012 eingegangen, bei dem zunächst elf Zivilisten (darunter drei Kinder) getötet und 34 Personen festgenommen wurden, von denen später vier (darunter zwei Kinder) erschossen und verbrannt wurden. Außerdem seien bei diesem Vorfall Dutzende von Kindern zwischen acht und 13 Jahre verschleppt und als menschliche Schutzschilder missbraucht worden. Darüber hinaus erschöpft sich der Bericht zu Syrien überwiegend in summarischen Angaben, wonach „in fast allen dokumentierten Fällen Kinder unter den Opfern von militärischen Operationen der Regierungskräfte“ waren und Kinder ab 14 Jahren in der Haft u.a. mit Schlägen und Elektroschocks gefoltert wurden. Ebenfalls ohne konkrete Zahlen werden „glaubwürdige Vorwürfe“ zitiert, nach denen auch die „Freie Syrische Armee“ und andere bewaffnete Oppositionsgruppen auf Kinder zurückgreifen würden.

Zumindest offen für Instrumentalisierung

Wie gesagt sind die Berichte des UN-Generalsekretärs über Kinder in bewaffneten Konflikten ein wichtiges Instrument, um die Folgen von Kriegen und Konflikten insgesamt und insbesondere für Kinder zu veranschaulichen. Allerdings müssen auch diese Berichte kritisch gelesen werden, da sie offensichtlich politischen Konjunkturen unterliegen und unterschiedliche Maßstäbe ansetzen. Kritikwürdig ist beispielsweise die ans Systematische grenzende Ausblendung der Verantwortung und Beteiligung westlicher Staaten an den Bürgerkriegen und die auffällige Verwendung des Begriffes „Kreuzfeuer“, wenn es um die minderjährigen Opfer ihrer Verbündeten geht. Unterschiedliche Maßstäbe können sich dann ergeben, wenn in unterschiedlichen Fällen entweder nur auf dokumentierte Fälle verwiesen wird oder summarische Angaben womöglich gar auf der Grundlage von Zeugenaussagen von Angehörigen einzelner Konfliktparteien wiedergegeben werden. Denn die dokumentierten Fälle und die aus ihnen aufaddierten Opferzahlen können grundsätzlich nur einen Bruchteil des Leides wiedergeben, das diese Konflikte hervorbringen – schockierend genug sind sie allemal. Werden sie hingegen aufgrund von politischen Konjunkturen mit summarischen Angaben kontrastiert, wird dieses Leid relativiert und politisch instrumentalisierbar. Menschenrechtsarbeit sollte auf klar dokumentierte Einzelfälle fokussieren und sich durch ein klares methodisches Vorgehen der politischen Instrumentalisierbarkeit bewusst entziehen – sonst droht sie, durch die Aufrechnung politisch manipulierter Opferzahlen die Empathie für die Opfer zu vernichten. Das ist dem vorliegenden Bericht der UN-Generalsekretärs nicht gelungen. Es scheint auch nicht beabsichtigt gewesen zu sein.

Die Verstetigung des Bürgerkrieges in Libyen:

Zwei Armeen, zwei Polizeien, unzählige Milizen

von Jonna Schürkes

In der Bewertung der Wahlen zum Allgemeinen Nationalkongress in Libyen vom 7. Juli 2012 sind sich die westlichen Regierungschefs und die UN einig: die Außenbeauftragten der Europäischen Union Ashton, der Leiter der UN-Mission in Libyen (UNSMIL), zahlreichen europäischen Regierungschefs, die US-Außenministerin Clinton, UN-Generalsekretär Ban Ki-moon etc. – alle nannten die Wahlen einen Meilenstein auf dem Weg Libyens zu einer Demokratie, beglückwünschten die libysche Bevölkerung zu den friedlichen und geordneten Wahlen und den Nationalen Übergangsrat (NTC) für die hervorragende Vorbereitung und Durchführung. Die Tatsache, dass ein Hubschrauber mit Wahlunterlagen abgeschossen wurde, einige Wahlbüros wegen Angriffen durch „Störer“ geschlossen worden waren, Stimmzettel verbrannt wurden, Milizen versuchten, im Vorfeld die Wahl durch die Blockade von Verbindungsstraßen und Ölraffinerien zu verhindern¹ und der Nationalkongress kaum Entscheidungsgewalt hat, da ihm kurz vor den Wahlen seine zentrale Aufgabe – die Ernennung einer verfassungsgebenden Versammlung – entzogen wurde², tat der Begeisterung kaum Abbruch. Die Ereignisse führten vielmehr dazu, dass sowohl die EU, die USA als auch UNSMIL ankündigten, die künftige libysche Regierung dabei zu unterstützen, „Sicherheit“ und „Stabilität“ herzustellen.

Bordermanagement und Sicherheitssektorreform

So erklärten die EU-Außenminister auf einem Treffen am 23. Juli 2012: „Die EU erkennt die ernststen Herausforderungen, denen sich Libyen im Bereich der Sicherheit gegenübersteht, an. Die EU wiederholt ihre Bereitschaft, weitere Unterstützung, wenn nötig auch im Rahmen der GSVP, in den Bereichen der Sicherheit und des Grenzmanagements zur Verfügung zu stellen. Die EU wird dies in enger Zusammenarbeit mit den jüngst in Libyen gewählten Autoritäten, der UN-Mission in Libyen (UNSMIL) und dem Rest der Internationalen Gemeinschaft tun. Die Errichtung von sicheren und stabilen Grenzen ist der Schlüssel zur Sicherung einer wohl koordinierten Migration. Die EU betont die Bedeutung der Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration im Anschluss an den Konflikt und wiederholt im Einklang mit der UN-Resolution 2017 (2011) seine Befürchtungen bezüglich der Verbreitung von Waffen und ähnlichem Material. Sie betont die Notwendigkeit einer Reaktion, die auf einer engen Zusammenarbeit mit internationalen Partnern und Ländern in der Region beruht, und weist auf die Bedeutung der EU Sahel-Strategie hin.“³

Sehr ähnlich liest sich ein Briefing des Leiters der UN-Mission in Libyen (UNSMIL), Ian Martin, vom 18. Juli 2012. Das vorrangigste Problem, das in Libyen nun zu lösen sei, sei die Sicherheit. Dies könne nur durch professionelle Sicherheitskräfte erreicht werden, die vor allem die „Grenzen nach Süden gegen den Handel von Waffen, Drogen und Menschen, illegale Migration und die Verbreitung der Transnationalen Kriminalität in der Sahel-Zone zu sichern hätten“⁴. Martin machte in seinem Briefing allerdings auch klar, dass in den letzten Monaten sowohl von UNSMIL als auch vonseiten der EU schon einiges in diesem Bereich passiert sei.

Lange bevor der Kampf zwischen dem Gaddafi-Regime und den

Aufständischen entschieden war und während die Rebellen mit Luftangriffen durch die NATO und Ausrüstung und Ausbildung unterschiedlicher Staaten im Krieg gegen Regierungstruppen unterstützt wurden, hatten zahlreiche Akteure sich darüber Gedanken gemacht, wie „Stabilität“ und „Sicherheit“ in Libyen nach dem

Regimewechsel herzustellen sei. Im September 2011 argumentierten James Rogers und Luis Simón von der „Group on Grand Strategy“ beispielsweise, die EU sei aufgrund ihrer politischen und militärischen Ressourcen, ihrer Erfahrungen beim Aufbau von Sicherheitskräften und ihrer historischen Verbindung zu Libyen prädestiniert, eine leitende Rolle bei der Transition und vor allem der Stabilisierung des Landes zu spielen.⁵ Ähnlich argumentiert Patryk Pawlak in einer Gemeinschaftsproduktion des Center for Transatlantic Relations, der Stiftung Wissenschaft und Politik, der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik u.a. vom Ende letzten Jahres: „Die Vielzahl von Missionen, die die EU in der Vergangenheit realisierte und aufgrund der Breite der ihr zur Verfügung stehenden Instrumente (z.B. diplomatische, wirtschaftliche, politische) machen eine Unterstützung [im Bereich der Sicherheitssektorreform] in Libyen sehr wahrscheinlich“.⁶

Prioritär erscheint der EU derzeit vor allem die Sicherung der Grenzen. Anfang März 2012 wurde eine 10-köpfige Erkundungsmission für das Grenzmanagement entsandt, die von Italien geleitet wurde und vor allem in Tripolis stationiert gewesen sein soll.⁷ Insgesamt ist wenig bekannt darüber, was die „Experten“ in Libyen trieben, wahrscheinlich haben sie unter anderem die nun geplante Grenzmission vorbereitet, von der allerdings bisher weder bekannt ist, welches Mandat geplant ist, noch wo sie stationiert sein soll.⁸ Auch wenn sowohl auf dem EU-Außenministertreffen vom 23. Juli 2012 als auch bei der Eröffnung des Büros der EU-Delegation in Tripolis deutlich gemacht wurde, dass die EU sich an der Herstellung von „Sicherheit“ und „Stabilität“ beteiligen will, so sind bisher keine weitergehenden Planungen zur Unterstützung einer „Sicherheitssektorreform“, die sich in der Regel auf die Ausbildung und Ausrüstung von Soldaten und Polizisten beschränkt, bekannt. Allerdings entsandten sowohl Italien⁹ als auch Frankreich¹⁰ jeweils Militärberater und –ausbilder, die bereits seit Monaten Soldaten für die libyschen Sicherheitskräfte ausbilden. Auch die USA sendeten bereits nicht-letale Ausrüstung und Ausbilder, die vor allem Soldaten für die Bewachung der Grenzen ausbilden sollen.¹¹

Die Formulierung einer Sicherheitsstrategie und die Strukturierung des neuen Verteidigungs- und Innenministeriums hat die UN-Mission unternommen, mit dem erklärten Ziel, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sowohl die Armee, als auch die Polizei von zivilen Institutionen überwacht werden. Man sieht: Viele Akteure basteln schon an unterschiedlichen Enden, um die Sicherheitskräfte in Libyen in ihrem Sinne zu formen. Dabei ist noch vollkommen offen, wer die künftigen Sicherheitskräfte bilden wird: bisher kämpfen zwei Armeen, zwei Polizeien und unzählige Milizen um die Macht – sehr zum Leidwesen der libyschen Bevölkerung.

Die Macht der Milizen

Seit dem Beginn des bewaffneten Aufstandes in Libyen haben sich zahlreiche bewaffnete Gruppen gebildet, deren gemeinsames Ziel – die Abschaffung des Regimes Gaddafis – erreicht ist

und die sich seither gegenseitig bekämpfen und tatsächliche oder vermeintliche Anhänger Gaddafis verfolgen, töten, misshandeln oder inhaftieren, wie ein kürzlich erschienener Bericht von amnesty international belegt.¹²

Das Verhältnis zwischen dem Nationalen Übergangsrat (NTC) und den Milizen ist ambivalent. Einerseits hat sich der Machtkampf zwischen beiden Akteuren seit der Vertreibung der Truppen des ehemaligen Regimes aus Tripolis ständig verschärft, andererseits greift das NTC immer wieder auf die Milizen zurück. In der ersten Phase nach der schrittweisen Vertreibung der Truppen des Regimes Gaddafis waren ihre Aufgaben vor allem, die Rückkehr dieser Truppen zu verhindern. Seither haben die Milizen allerdings für einzelne Regionen zahlreiche Aufgabe übernommen: So akzeptiert der NTC bisher, dass die Grenzen Libyens faktisch unter einzelnen Milizen aufgeteilt sind und von ihnen überwacht werden. Die Bewachung von Gefängnissen, in denen viele, die während des Krieges gefangen genommen wurden, bis heute inhaftiert sind, wurde teilweise aktiv vom NTC an die Milizen übergeben, ebenso wie die Kontrolle und Sicherung der Ölfelder und -industrien. Selbst bei der Durchführung der Wahlen spielten die Milizen eine wichtige Rolle: In Bengasi beispielsweise wurden die Stimmzettel in der Zentrale der stärksten Miliz der Stadt ausgezählt.¹³

Andererseits ist es das erklärte Ziel des NTC und auch der UN¹⁴, einen Großteil der Milizen zu entwaffnen, zu demobilisieren und zu reintegrieren und nur einen geringen Anteil in die Armee und die Polizei aufzunehmen. Geplant ist eine Armee, die ca. 100.000 Soldaten umfassen soll (die Armee unter Gaddafi hatte ca. 76.000 aktive Soldaten und 40.000 Reservisten¹⁵). Für die Polizei scheint es noch keine konkreteren Planungen zu geben, zuständig in der UNSMIL für den Aufbau der Polizei ist allerdings der deutsche ehemalige Bundespolizist Walter Wolf.¹⁶

Außer der anvisierten Größe der Armee scheint es allerdings kaum Einigkeit darüber zu geben, wie die Armee aussehen sollte. So plädieren die einen dafür, die Armee Gaddafis zu reformieren und Teile der Armeeführung zu übernehmen. Allerdings weigern sich die Milizen, sich in die alten Armeestrukturen integrieren zu lassen, zumal dem Verteidigungsminister Usama al-Dschuwaili zufolge „nur“ 25% der Soldaten aus den Reihen der Milizen rekrutiert werden sollen, die restlichen sollen entwaffnet und demobilisiert werden. Angesichts dessen, dass es Schätzungen zufolge 215.000 revolutionäre Kämpfer gibt, eine erheblich Zahl.¹⁷ Teile der Milizen aus Misrata und Zintan wollen auf der Grundlage des „National Shield“, eines Zusammenschlusses verschiedener „Revolutionärer Brigaden“¹⁸, die neue Armee gründen, was allerdings von Milizen vor allem im Osten des Landes wiederum abgelehnt wird. Neben dem „National Shield“, das sich inzwischen formell unter der Kontrolle des Verteidigungsministeriums des Übergangsrates befindet, gibt es einen weiteren Zusammenschluss von bewaffneten Gruppen, die „Supreme Security Committees“ (SSC) – unter der Kontrolle des Innenministeriums. Die SSC umfassen 90.000 bis 100.000 Kämpfer. Diese sind in Brigaden organisiert, die jeweils meist aus Angehörigen einer Miliz bestehen. Sie verstehen sich als eine Art Gendarmerie und werden als möglicher Vorläufer einer Polizei gesehen¹⁹, wobei andererseits auch die Polizei aus Zeiten des Gaddafi-Regimes weiterhin besteht.

Insgesamt dürfte es schwierig werden, die bewaffneten Kämpfer, die weder in die Armee noch in die Polizei übernommen werden, zu entwaffnen. Zum einen wurden sie u.a. von eben jenen Akteuren für den Kampf gegen das Gaddafi-Regime bewaffnet, die sie nun von der Abgabe der Waffe überzeugen wollen. Zum anderen scheint die Integration in die alten Sicherheitskräfte unrealistisch, müssten sich die Kämpfer ausgerechnet denjenigen unterordnen,

die sie wenige Monate zuvor erfolgreich bekämpft hatten. Sie gewaltsam zu entwaffnen, dürfte allerdings auch nicht funktionieren, sind sie doch mittlerweile gut organisiert und im Besitz riesiger Waffenbestände.

Eine hochgerüstete Gesellschaft

Libyen ist nicht erst seit dem Aufstand der Rebellen gegen das Gaddafi-Regime ein enorm hochgerüstetes Land. Wie viele und welche Waffen derzeit in Libyen kursieren und von dort aus in die Nachbarländer gelangen, ist kaum abzuschätzen. Die bekannten legalen und illegalen Waffenlieferungen sowohl an das Gaddafi-Regime als auch an die Rebellen ermöglichen allerdings eine Ahnung vom Ausmaß der Verfügbarkeit von Waffen.

Vom Ende der Sanktionen, mit denen das Gaddafi-Regime zwischen 1992 und 2004 belegt war, bis zum Beginn der Revolte im Februar 2011 und der erneuten Verhängung eines Embargos haben nicht nur Mitgliedsstaaten der Europäischen Union großzügig Waffen geliefert. Laut dem Rüstungsexportbericht der EU wurden 2009 Waffenexporte in Höhe von 342,7 Mio. €, 2010 in Höhe von 293,9 Mio. € genehmigt. Dabei handelte es sich in erster Linie um Überwachungstechnologien, gepanzerte Fahrzeuge und vor allem Kleinwaffen – alles Waffen, die während des Aufstands gegen die Rebellen eingesetzt wurden. Neben diesen eindeutig als Waffenexporten deklarierten Lieferungen hat es wohl zahlreiche weitere Lieferungen gegeben. So wurden beispielsweise 7.500 Revolver und 659 Gewehre 2009 aus Italien nach Libyen geliefert, die allerdings nicht in den Jahresberichten über den Waffenexport der EU auftauchten.²⁰ Ebenso wenig die nach dem Sturz Gaddafis gefundenen neuen G36-Gewehre, hergestellt von Heckler und Koch in Baden-Württemberg, für die keine Exportgenehmigung vorlag und von denen noch unklar ist, wie diese überhaupt nach Libyen gelangen konnten.²¹

Nach dem Beginn des Aufstandes im Februar 2011 wurde erneut ein Waffenembargo verhängt, allerdings wurden bereits Mitte März mit der Resolution 1973 Waffenlieferungen nach Libyen – wenn sie dem Schutz der Zivilbevölkerung dienen – erneut explizit genehmigt, Bedingung war allerdings die Absegnung durch den UN-Generalsekretär. Im Folgenden wurden erneut vor allem Kleinwaffen geliefert, nur diesmal an die andere Seite – an die Rebellen, um sie bei dem Sturz des Gaddafi-Regimes zu unterstützen. Ein Bericht der UN vom Februar 2012 zeigt das Ausmaß der Lieferungen, wobei neben nicht-letalen Ausstattungsgegenständen (Westen, Helme, Uniformen etc.) vor allem Kleinwaffen aus Frankreich, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Katar, Albanien und dem Sudan an die Aufständischen geliefert wurden. Nur wenige der Lieferungen wurden durch den UN-Generalsekretär autorisiert, weshalb es erneut nicht einmal Schätzungen darüber gibt, wie viele in dieser Zeit nach Libyen gelangten.²²

Fazit

Die Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration der zuvor vom Westen bewaffneten Milizen spielt in der Rhetorik der EU, aber auch der UN eine große Rolle und wird im Zusammenhang mit der Herstellung der Sicherheit für die libysche Bevölkerung immer wieder genannt. Konkrete Pläne, wie eine solche Entwaffnung stattfinden könnte, gibt es aber offensichtlich nicht. Die Milizen sind nicht gewillt, die einmal durch Waffengewalt erlangte Macht wieder abzugeben, vor allem nicht, zugunsten derjenigen Kräfte, die sie zuvor bekämpften. So wird der nun gewählte Kongress – selbst wenn er die Milizen nicht weiter zur

Bewachung der Infrastruktur, Gefängnisse, Grenzen etc. einsetzen sollte – kaum eine Chance haben, eine Entwaffnung und Demobilisierung durchzuführen.

Die Erfahrungen – in Afghanistan, in Somalia, in der Sahel-Zone etc. – zeigen, dass für die Europäische Union, aber auch für andere Akteure der „Internationalen Gemeinschaft“ Herstellung von Stabilität und Sicherheit bedeutet, eine Regierung zu etablieren, von der man erwartet, sie würde wesentliche Wünsche des Westens umsetzen und dieser Sicherheitskräfte an die Hand zu geben. Dabei werden Versuche von NGOs aber auch mancher UN-Organisationen, mühsam einige Waffen einzusammeln, durch die Ausrüstung dieser neuen Sicherheitskräfte konterkariert. Jetzt, wo die ersten Wahlen stattfanden, die zur Folge haben, dass die Internationale Gemeinschaft zukünftig behaupten kann, die Regierung in Tripolis agiere im Interesse der libyschen Bevölkerung, steht dieser Form des Krisenmanagements nicht mehr im Wege.

Welche Zukunft sich Pierre Razoux vom NATO Defense College für Libyen ausmalt, lässt jedoch nichts Gutes hoffen: „Das wahrscheinlichste Szenario, mit dem eine Aufspaltung des Landes oder ein Rückfall in den Bürgerkrieg vermieden werden kann, ist die ‚Pakistanisierung‘: eine faktische Allianz zwischen Islamisten und Nationalisten, mit Stämmen, denen eine beachtliche Autonomie zugestanden wird. Dies würde ein System schaffen, in dem das Militär, zusammen mit den Geheimdiensten und den Sicherheitskräften die dominierende Macht auf institutioneller Ebene bilden würde. Diese würden dann von einer islamischen Bewegung kontrolliert werden. Die politische Dominanz [der islamischen Bewegung] basiert darauf, dass sie die Kraft ist, der am ehesten zugetraut wird, eine Alternative sowohl zum alten Ghaddafi-Regime als auch zur ‚postkolonialen Domination‘, die von vielen Libyern gefürchtet wird, sein zu können.“²³

Anmerkungen

- 1 Libyan militias shut down 3 oil refineries in east, Associated Press, 06.07.2012.
- 2 Bernhard Klaus: „In großen Zahlen demokratisch wählen gegangen“: EU erklärt die Wahlen in Libyen zum Erfolg – was gewählt wurde, bleibt jedoch unklar, IMI-Standpunkt 2012/037.
- 3 Council of the European Union: Council Conclusion on Libya, 3183rd Foreign Affairs Council meeting, 23.07.2012.
- 4 Briefing by Mr Ian Martin SRSG for Libya - Meeting of the Security Council 18 July 2012, URL: <http://unsmil.unmissions.org>.
- 5 James Rogers und Luis Simón: After Libya - Consequences, futures and options, European Geostrategy, 19.09.2011.
- 6 Patryk Pawlak: From Protecting to Rebuilding: The EU's Role in Libya, in: Eva Gross, u.a.: Preventing Conflict, Managing Crisis, Washington 2011.
- 7 EAD: EU launches a needs assessment mission for border management in Libya, Pressemitteilung, 02.02.2012
- 8 EU/Libya: Planning starts for border assistance mission, in: European Diplomacy and Defence, Nr. 532, 19.07.2012. Der libysche Nationale Übergangsrat ist Angaben von Hansjörg Haber, Leiter des zivilen Planungs- und Durchführungsstabes im EAD, zufolge vor allem an einer Entsendung der Mission an die Südgrenze interessiert, was die EU allerdings zumindest im Mai 2012 ablehnte, da sie sich dazu logistisch nicht in der Lage fühlte (ISS: Parliamentary Update (SEDE), 29.05.2012).
- 9 Italy and Libya move to re-establish old friendship, BBC-News, 04.02.2012.
- 10 Libya and France agree to boost military cooperation, border security, al-arabiya news, 26.02.2012.
- 11 Office of the Special Coordinator for Middle East Transitions: U.S. Government Assistance to Libya, Factsheet, 20.07.2012.
- 12 Amnesty International: Libya - Rule of law or rule of militias, 05.07.2012
- 13 Nicolas Pelham: Rivalries for authority in Libya, NOREF Report, Juni 2012.
- 14 UN welcomes re-integration of Libyan militias into national army, Europe-Online, 04.01.2012, URL: <http://en.europeonline-magazine>.
- 15 Vranckx, An u.a.: Lessons from MENA – Appraising EU transfer of military and security equipment to the Middle East and North Africa, Gent, November 2011, S. 17.
- 16 Bernhard Klaus: EU-Grenzschutzexperten reisen nach Libyen, IMI-Standpunkt 2012/013.
- 17 Frederic Wehrey: Libya's Militia Menace – The Challenge After the Elections, 15.Juli 2012.
- 18 Zum Unterschied zwischen Milizen und Revolutionären Brigaden siehe: Small Arms Survey: Armed Groups in Libya - Typology and Roles, Research Notes, Nr.18, Juni 2012.
- 19 Frederic Wehrey: Libya's Militia Menace – The Challenge After the Elections, 15.Juli 2012.
- 20 Vranckx, An u.a. 2011.
- 21 Deutsche Sturmgewehre in Libyen gefunden, tagesschau 31.08.2011
- 22 Christoph Marischka: Proliferation, Destabilisierung und der Schutz der Zivilbevölkerung: UN-Bericht zu Ablauf und Folgen des Libyen-Krieges, IMI-Standpunkt 2012/027.
- 23 Pierre Razoux: Towards a Copernican Revolution in the MENA Region, NDC Research Reports, Juni 2012.

Krieg beginnt hier - im Ländle

Dagegen helfen: Kultur • Aktion • Information • Protest

1.-3. September, Villingen-Schwenningen/Oberndorf



Samstag, 1. September:

14 Uhr 30 - 16 Uhr: gemeinsamer Stadtrundgang, VS-Villingen, Treffpunkt Bahnhof VS-Villingen
 17 Uhr: Kundgebung zum Antikriegstag am Geschwister-Scholl-Platz, VS-Schwenningen.
 Hauptredner: Jürgen Grässlin (DFG-VK Bundessprecher)
 20 Uhr: Vortrag „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel aus Baden-Württemberg!“ mit Jürgen Grässlin, Jugendherberge Villingen, St.-Georgener-Str. 36, VS-Villingen



Sonntag, 2. September:

9-13 Uhr: Infos und Austausch mit Udo Sürer (Initiative Waffen vom Bodensee), Gerhard Mauch (Comic zu Heckler & Koch), Vorstellung Rüstungsatlas Baden-Württemberg (Andreas Seifert, IMI), JH Villingen, St.-Georgener-Str. 36, VS-Villingen
 17 Uhr: Vorkonzert Lebenslaute, Markuskirche Villingen, Heidelbergerstr. 2 im Goldenbühl

Montag, 3. September:

10 Uhr: Lebenslaute-Konzert-Aktion „Waffenhandwerk schafft nur Unheil“ (G. F. Haendel) - ein musikalischer Besuch bei Heckler & Koch in Oberndorf.

Infos und Anmeldung: Telefon 0711-51885601
 E-Mail ba-wue@dfg-vk.de

„In großen Zahlen demokratisch wählen gegangen“

EU erklärt die Wahlen in Libyen zum Erfolg – was gewählt wurde, bleibt jedoch unklar

von Bernhard Klaus

Am Abend des 7. Juli 2012 brachten die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton und der EU-Kommissar für die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik, Štefan Füle, eine gemeinsame Pressemitteilung heraus, in der sie „dem libyschen Volk und seinem friedlichen Kampf für Rechte und demokratische Ambitionen“ gratulierten. Kurz zuvor hatte bereits die Tagesschau im ARD über die „erste freie Parlamentswahl nach Jahrzehnten“ berichtet. Gezeigt wurde darin auch der „Leiter der EU-Wahlbeobachtermission“ Alexander Graf Lambsdorff, der den Urnengang lobte: „Die Organisation der Wahlen hier, wo wir das beobachten konnten, war einwandfrei, erstaunlich gut...“ Die Wahlen seien „in der Hauptstadt Tripolis und auch im ganzen Land“ gefeiert worden, so der Sprecher aus dem Off. Nur am Rand wird berichtet, dass es „im Osten des Landes ... Überfälle auf Wahllokale“ gegeben habe.

Im Deutschlandfunk wurde noch am selben Tag ein anderes Bild vermittelt: Dort hieß es, „die erste freie Parlamentswahl nach über 40 Jahren wurde von Gewaltakten begleitet“. Mehrere Milizen hätten zum Boykott der Wahl aufgerufen und frühere Rebellen Ölraffinerien abgeschaltet, um die Wahl zu verhindern. Wahllokale seien auf Grund von Gewalt- und Sabotageakten geschlossen worden, „[m]ilitante Wahlgegner hätten außerdem Hunderte Stimmzettel aus einem Wahllokal entwendet und öffentlich verbrannt, berichteten Augenzeugen“. Später war dann noch von einem Toten und dem Abschuss eines Hubschraubers der Wahlkommission die Rede.

Eine ausführlichere Darstellung von durch die EU beobachteten Wahlen liefern oft die Berichte auf der Homepage der jeweiligen EU-Wahlbeobachtermission. Allein: Es gibt keine solche Homepage, denn es gab gar keine EU-Wahlbeobachtermission. Alexander Graf Lambsdorff ist lediglich Leiter eines aus 21 Personen bestehenden „Election Assessment Teams“ (EU EAT). Im Gegensatz zu den EU-Wahlbeobachtungsmissionen sind die EATs nur sehr kurzfristig und ohne konkrete Aufgabe im Land, eine flächendeckende Präsenz ist nicht einmal im Ansatz angestrebt. Es handelt sich bei den EATs eher um PR-Teams, welche die Wahlen nicht wirklich beobachten, sondern eine bestimmte Wahrnehmung von ihnen transportieren sollen. Vor Libyen gab es erst zwei andere EU EATs: 2010 in Irak und Afghanistan.

Doch auch die EAT erstellte einen Bericht, der immerhin Aufschluss darüber gibt, wer gewählt werden konnte und wer nicht. Zur Wahl standen letztlich 2501 unabhängige Kandidat_innen und 1206 Bewerber_innen, die über Listen gewählt werden konnten. Während für die Listen eine gesetzliche Quote garantierte, dass 44% der Bewerber_innen Frauen waren, waren nur 85, etwa 3%, der unabhängigen Kandidat_innen Frauen. Eine eigens hierfür einberufene Kommission schloss alle „Mitglieder des alten Regimes“ von den Wahlen in einem Prozess aus, der vom EAT als „objektiv und vernünftig“ charakterisiert wird.

Zur Wahl registrierten sich demnach exakt 2,8 Mio. Wähler_innen, während von insgesamt 3,5 Mio. Wahlberechtigten ausgegangen wurde. Warum diese Zahl auch angesichts der relativ jungen Bevölkerung Libyens so niedrig ist, obwohl die CIA im

Januar 2011 noch von einer libyschen Gesamtbevölkerung von 6,46 Mio. Menschen (in Libyen) ausging, darauf liefert der Bericht nur Andeutungen. So haben die in sechs bzw. fünf Distrikten eingerichteten Registrierungscentren und Wahllokale für Binnenflüchtlinge diese sicher nicht vollständig erreicht, und ebenfalls nicht wählen konnten die „großen

libyschen Gemeinschaften“, die in den Nachbarstaaten Tunesien und Ägypten (Niger und Mali wären ebenfalls zu nennen) – teilweise als Flüchtlinge – leben. Vergessen werden dürfen auch nicht die Tausenden von Menschen, die immer noch in den Gefängnissen und Lagern der verschiedenen Milizen festgehalten werden.

Am Montag nach der Wahl verbreitete die libysche Wahlkommission dann eine Zahl, die ebenfalls in seltsamem Kontrast zur angeblichen Feierlaune stand: Die Wahlbeteiligung habe nur knapp über sechzig Prozent derer betragen, die sich registrieren ließen. Gewählt haben sollen also nur knapp 1,7 Mio. Menschen, von 3,5, die potentiell wahlberechtigt waren bei einer geschätzten Gesamtbevölkerung von 6,4 Mio. Menschen vor Beginn des Krieges.

Warum aber ging angeblich nur etwas über die Hälfte derer wählen, die sich zuvor extra hatten registrieren lassen? Dafür stehen verschiedene Erklärungen zur Verfügung, die jedoch allesamt das Bild einer angeblich „demokratischen“ oder „freien“ Wahl schwer beschädigen. So könnte es z.B. bereits bei der Registrierung Unregelmäßigkeiten gegeben haben, die UN etwa wiesen in anderem Kontext darauf hin, dass die Bevölkerung Libyens nicht annähernd durch Behörden etc. erfasst wäre und sich die Staatsbürgerschaft des oder der einzelnen kaum feststellen ließe. Möglicherweise registrierten sich dieselben Menschen unter verschiedenen Namen und konnten letztlich nur einmal abstimmen, weil ihnen dabei der Finger eingefärbt wurde. Andere konnten vielleicht aus gerade diesem Grunde nicht abstimmen, weil verschiedene Milizen ja zum Boykott aufgerufen hatten und diese während der Wahl – von der Tagesschau euphemistisch als „Sicherheitskräfte“ bezeichnet – omnipräsent waren.

Doch es könnte noch einen ganz anderen Grund für die niedrige Wahlbeteiligung geben. Am Tag der Wahl war nämlich unklar, was überhaupt gewählt wurde. Um insbesondere den Milizen im Osten entgegenzukommen, welche eher nach Unabhängigkeit streben, sich angesichts ihrer Bewaffnung und Rolle im Bürgerkrieg unterrepräsentiert sehen und den Wahlprozess ohnehin eher skeptisch verfolgten, veränderte der Nationale Übergangsrat zwei Tage vor der Wahl den Prozess zur Verfassungsgebung grundlegend. Nicht mehr der zu wählende Nationalkongress sollte eine Kommission einsetzen, welche die Verfassung ausarbeitet, stattdessen soll diese nun zu einem späteren Zeitpunkt wiederum direkt gewählt werden. Theoretisch bleibt dem Nationalkongress nun noch die Aufgabe, einen Premierminister zu wählen, der eine Regierung einsetzen und den Übergangsrat ablösen soll. Diese Regierung aber verfügt dann weder über eine verfassungsrechtliche Grundlage noch – angesichts der niedrigen Wahlbeteiligung und der zahlreichen Unregelmäßigkeiten – über eine demokratische Legitimation. De facto wird die Macht wohl beim Übergangsrat und insbesondere bei den bewaffneten Gruppen verbleiben. Diesen Zustand, der Libyen wahrscheinlich noch lange beherrschen wird, zumindest nach Außen in das Gewand pseudo-demokratischer Legitimität zu kleiden, war offensichtlich Aufgabe des EU EAT, die Tagesschau und andere Medien haben das – mal wieder – bereitwillig geschluckt.

Killerspiele, Sommerreisen und keine Tabus für Auslandseinsätze

von Thomas Mickan

Pünktlich zum Beginn der Sommerpause will Verteidigungsminister Thomas de Maizière beim Thema Sicherheitspolitik „elektrisieren“¹ - und mit welchen Themen ist diese Provokation besser zu bewerkstelligen als mit „Killerspielen“ und dem Einsatz der Bundeswehr in der ganzen Welt!

Zum Thema „Killerspiele“ merkt er dabei Anfang Juli in einem Interview mit MDR-Info an: „Viele junge Menschen spielen an Computerspielen, machen Killerspiele oder ähnliches. Aber einmal eine scharfe Waffe in der Hand zu haben, die Wirkung zu erleben, das prägt! Und das führt auch zu einem verantwortungsvolleren Umgang mit Gewalt, als nur virtuell durch Computerspiele.“²

Dass der Minister kein Fan von „Killerspielen“ ist, dürfte bekannt sein, dass er jedoch bei der Suche nach Bundeswehrynachwuchs das Schießen mit „scharfen Waffen“ als „verantwortungsvolleres“ Lernen von Gewalt preist, ist abenteuerlich. Zum einen knüpft dies an verhängnisvolle militaristische Traditionen an, wenn der Umgang mit Waffen als verantwortungsvolle „Schule der Gewalt“³ verstanden wird. Zum anderen blendet es auch die enge Zuarbeit des Militärs bei der Produktion von „Killerspielen“ mitsamt ihrem militär- und gewaltbejahenden Charakter völlig aus.⁴

Zum Thema „unbegrenzte Auslandseinsätze“ heißt es in dem gleichen MDR-Interview von de Maizière, dass es prinzipiell keine Region in der Welt gebe, bei der man sagen könne, dass Deutschland dort nichts zu suchen habe.⁵ Ein Blick in die Verteidigungspolitischen Richtlinien offenbart, dass es sich dabei um wenig Neues handelt⁶ und die „geübte Staatspraxis“ der Bundesrepublik verstärkt diese Annahme zusätzlich. In den Kommentaren der Zeitungen wird der Glaubenssatz de Maizières dann treffend zusammengefasst: „Keine Tabus für Auslandseinsätze!“⁷

Gegenüber dieser Tabulosigkeit neu hingegen ist der sich bereits nach der Libyenresolution 1973 immer stärker abzeichnende politische Militarisierungswettbewerb zwischen der Regierung und Teilen der Opposition, namentlich den Grünen und der SPD. So nutzte auch diesmal Omid Nouripour von den Grünen de Maizières Aussage über die Enttabuisierung weltweiter Militäreinsätze, um „eine Diskussion über die völkerrechtliche Schutzverantwortung“ zu propagieren.⁸ Zwischen Pest und Cholera entscheidend, dynamisiert sich so zunehmend die Debatte zwischen der „internationalen Verantwortung“ mit „Einzelfallentscheidung“ à la de Maizière, der sich beim NDR gegen einen „Automatismus“ zum Waffengang aussprach und stattdessen auch die „wohlverstandenen Interessen“ Deutschlands in die Erwägungen einschließen will oder der „Verantwortung zum Schutz“ à la Nouripour mit seinen Grünen und der SPD.⁹

Auch mit Blick in Richtung Bundestagswahlkampf wird so die Auseinandersetzung zunehmend polarisiert zwischen zwei gleichsam militärbejahenden Konzepten und der prinzipiellen Forderung des Einsatzes der Bundeswehr in der ganzen Welt. Dass dabei sowohl die Lager de Maizières' als auch Nouripours' ganz selbstverständlich ihre Einsätze an verschiedene butterweiche Bedingungen binden,¹⁰ ist so alt wie die Debatte um den „Gerechten Krieg“ oder die Rechtfertigung eines jeden Militäreinsatzes selbst. Die Wählerschaft darf sich dann nächstes Jahr

entscheiden, welchem ekstatischen Säbelrasseln sie in den kommenden vier Jahren lauschen darf: dem nationalen Pathos der deutschen „Führungsmacht in Europa“ oder den instrumentalisierten Kriegsgräueln,¹¹ die es mit dem von der internationalen Gemeinschaft getragenen Schwert

militärisch zu beenden gilt.

Bleibt angesichts dieser trüben Aussichten noch abschließend eine kleine Veranstaltungsinformation zu verbreiten: die Sommerreise des Verteidigungsministers de Maizière zwischen dem 4. Juli und 9. August 2012.¹² Auf dem Tourneepplan des Ministers stehen dabei (von Nord nach Süd) die Standorte Mürwik, Kiel, Wilhelmshaven, Lüneburg, Bremen, Munster, Augustdorf, Fritzlar, Frankenberg, Koblenz, Darmstadt, Trier, Lebach, Heidelberg, Zweibrücken, Gernersheim, Bad Bergzabern, Überlingen, Friedrichshafen und Oberjettenberg.¹³ Die einzelnen Termine werden laut Verteidigungsministerium „durch die Presse- und Informationszentren der Teilstreitkräfte bekannt gegeben.“¹⁴ Vielleicht dürfte dies für die eine oder andere lokale Friedensgruppe Anlass sein, dem Verteidigungsminister eine „elektrisierende“ Debatte zu liefern, um ihm und der Militarisierungsdynamik einen kühlenden Sommerwind entgegen zu blasen.

Anmerkungen

- MDR Info (1.7.2012), Interview mit Thomas de Maizière: De Maizière sieht keine Tabus für Auslandseinsätze, <http://www.mdr.de/>
- Ebd.
- In Anlehnung an den gleichnamigen Titel des Sammelbandes von Wolfram Wette (2005) über den deutschen Militarismus zwischen 1871-1945.
- Schulze von Glaßer, Michael (2012): Battlefield 3: Das virtuelle Schlachtfeld, Informationsstelle Militarisation, S. 16, <http://www.imi-online.de/>; sowie ders. (2012): Tom Clancy's Ghost Recon – Future Soldier: Das virtuelle Schlachtfeld, S. 17, <http://www.imi-online.de/>.
- MDR Info (1.7.2012), Interview mit Thomas de Maizière.
- Verteidigungspolitische Richtlinien (VPR) (2011): Nationale Interessen wahren – Internationale Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten. Bundesministerium der Verteidigung, Berlin, u.a. S. 2.
- Frankfurter Rundschau (1.7.2012): Keine Tabus bei Auslandseinsätzen, <http://www.fr-online.de/>.
- Brössler, Daniel (1.7.2012): „Placebos anstelle einer Debatte“, Süddeutsche, <http://www.sueddeutsche.de/>.
- Deutscher Bundestag, Drucksache 17/9584, Antrag der GRÜNEN: Schutzverantwortung weiterentwickeln und wirksam umsetzen, 9.5.2012, <http://dipbt.bundestag.de/>; sowie Deutscher Bundestag, Drucksache 17/8808: Antrag der Fraktion der SPD: Die internationale Schutzverantwortung weiterentwickeln, 29.2.2012, <http://dipbt.bundestag.de/>.
- De Maizière nennt in dem MDR-Info Interview etwa: „Richtet ein militärischer Einsatz mehr Schaden als Nutzen an? Was sind die indirekten Folgen? Wie hoch sind die Kosten an Geld und Blut? Wer macht mit aus der Region? Haben wir die richtige Ausrüstung? Sind wir durch andere Einsätze zu belastet, haben wir Kapazitäten frei?“, in: MDR Info (1.7.2012), Interview mit Thomas de Maizière.
- Cuncliffe, Philip (2011): A dangerous duty. Power, Paternalism and the global 'duty of care'. In: ders. (Hrsg.): Critical Perspectives on the Responsibility to Protect. Oxon/New York: Routledge, S. 61.
- Pressemitteilung BMVg (28.6.2012): Sommerreise 2012 führt Verteidigungsminister de Maizière zu zahlreichen Standorten und Dienststellen der Bundeswehr, Nummer 23/2012.
- BMVg (2012): Stationen der Sommerreise 2012 des Bundesministers der Verteidigung Thomas de Maizière.
- Eigene Anfrage beim BMVg.

“Schnöggersburg” im Gefechtsübungszentrum

Zum Bau einer europaweit einzigartigen Einrichtung zur Ausbildung für Krieg und Kampfeinsätze

von Michael Haid

Die Bundeswehr stellte am 20. Juni 2012 ihr neuestes Projekt im Zuge der Bundeswehr-Reform vor. Sie plant, in der Colbitz-Letzlinger Heide nördlich von Magdeburg in Sachsen-Anhalt auf dem Gelände des Truppenübungsplatzes Altmark ein neues Gefechtsübungszentrum für Auslandseinsätze zu bauen. Der Truppenübungsplatz wird bislang grundsätzlich vom Gefechtsübungszentrum Heer genutzt. Der Beitrag informiert in aller Kürze über die wichtigsten Aspekte des Vorhabens. Wer nicht weiß, was genau ein Gefechtsübungszentrum, abgekürzt GÜZ, ist und welchem Zweck es dient, wird auf der Homepage des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung fündig. Dort steht: „Das Gefechtsübungszentrum (...) ist die zentrale Ausbildungseinrichtung des Heeres (...). Dort wird die einsatznahe Ausbildung der Kampftruppen mit den Originalwaffensystemen (...) durchgeführt. Mit dem Gefechtsübungszentrum Heer auf dem Truppenübungsplatz Altmark ist eine (...) Einrichtung geschaffen worden, die es ermöglicht, in bisher nicht gekannter Weise realitäts- und einsatznah auszubilden. Dies wird nur durch den intensiven Einsatz der Simulation von Waffen, Waffensystemen und Kampfmitteln in Verbindung mit einer komplexen Erfassungs- und Auswertinstrumentierung erreicht (...).“¹ Der angekündigte Bau des neuen Gefechtsübungszentrums wird die bislang sich in Betrieb befindliche Einrichtung, die eben in ihrer Eigendarstellung wiedergegeben wurde, in Größe und Trainingsmöglichkeiten noch in den Schatten stellen. Die künstlich zu errichtende Stadt werde „Schnöggersburg“ heißen und aus insgesamt 520 Gebäuden bestehen.² Während im Rahmen der Bundeswehr-Reform 32 Standorte geschlossen und 90 weitere drastisch reduziert werden, soll die Errichtung von „Schnöggersburg“ insgesamt rund 100 Millionen Euro kosten. Davon seien 62 Millionen Euro bereits bewilligt. Später sollen weitere 30 bis 35 Millionen Euro folgen, die aber noch genehmigt werden müssten, wie die „Wehrbereichsverwaltung Ost“ Spiegel-Online mitteilte. Die Baumaßnahmen sollen im Herbst 2012 beginnen. Ab 2015 ist vorgesehen, dass Gefechtsverbände mit bis zu 1.500 Soldaten dort üben können (dies entspricht der Größenordnung einer EU-Battlegroup) und bis 2017 soll der Bau komplett fertiggestellt sein. Neben den deutschen Soldaten werden dort auch die Streitkräfte der Niederlande für ihre Auslandseinsätze trainieren. Ein militärisches Übungsgebiet dieses Ausmaßes gebe es nach Darstellung der Bundeswehr in Europa kein zweites Mal. Großbritannien und Frankreich unterhalten deutlich kleinere Varianten. Es werde mit etwa sechs Quadratkilometern Areal circa dreimal so groß sein wie der Kleinstaat Monaco.

Um eine möglichst realitätsnahe Simulation der Einsatzszenarien bieten zu können, sollen zum Übungsgelände neben ausgedehnten Waldgebieten auch Straßen, eine Kanalisation, ein 22 Meter breiter Fluss, eine Altstadt, eine Hochbausiedlung, ein Industriegebiet, ein U-Bahn-Tunnel und ein Elendsviertel gehören.³

Damit offenbart die Gestaltung des Trainingsgeländes auch, auf welche

Arten von Einsätzen die Bundeswehr sich vorzubereiten scheint: Es dürfte sich zukünftig primär um Kampfszenarien in urbanen Gebieten handeln, wobei sowohl Stadtgebiete mit armer Bevölkerung als auch ökonomisch entwickelte Regionen im Fokus der Militärplaner eine Rolle spielen. Ausweislich der die Bundeswehr-Reform begleitenden Strategiepapiere des Bundesverteidigungsministeriums ist mit der Neustrukturierung der Streitkräfte beabsichtigt, ihre Interventionsfähigkeit deutlich zu erhöhen. Der Ausbau des Gefechtsübungszentrums ist hierfür eine zentrale Voraussetzung. Die ortsansässige Bürgerinitiative OFFENE HEIDE, die seit Jahren gegen die militärische Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide kämpft, bringt in ihrer Selbstvorstellung die Funktion des Gefechtsübungszentrums und seine Bedeutung für die Interventionsfähigkeit der Bundeswehr zum Ausdruck: „Seit 2001 funktioniert das so genannte Gefechtsübungszentrum Heer (GÜZ), ein Pilotprojekt im Herzen der Colbitz-Letzlinger Heide. Jährlich werden bis zu 15.000 Soldatinnen und Soldaten auf dem Gelände für Krieg und Kampfeinsätze geschult. Mit Laserstrahlen, Satellitennavigation und Computertechnik erfolgt die Gefechtssimulation. Europaweit ist dieses Gefechtsübungszentrum die modernste Anlage für Bodentruppen. Deshalb spielt sie eine entscheidende Rolle bei der Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Angriffsarmee.“⁴ Dies gilt umso mehr für die angekündigte Errichtung eines neuen, weit größeren Gefechtsübungszentrums. Die folgende Forderung der Bürgerinitiative ist deshalb absolut unterstützenswert: „Wir wollen: Nach mehr als sieben Jahrzehnten militärischen Missbrauchs, dass die Colbitz-Letzlinger Heide ein Lernort für die Versöhnung mit der Natur und Frieden zwischen den Völkern wird.“⁵ Es kann nur gehofft werden, dass dieser Wunsch alsbald in Erfüllung geht! Gegen das Gefechtsübungszentrum ist auch ein internationales Diskussions- und Aktions-Camp vom 12. bis 17. September 2012 in der Altmark bei Hillersleben/Magdeburg geplant.⁶

Anmerkungen

- 1 Das Gefechtsübungszentrum des Heeres, www.bwb.org (23.06.2012).
- 2 Vgl. Bundeswehr baut Übungsstadt in Letzlinger Heide, in: Mitteldeutsche Zeitung, 21.06.2012.
- 3 Zu den verschiedenen Angaben über das Gefechtsübungszentrum vgl. Bundeswehr bekommt Übungsstadt. Schöner schießen in „Schnöggersburg“, in: Spiegel Online, 20.06.2012; Bundeswehr baut gigantische Übungsstadt. Europaweit einmaliges Gelände für Auslandseinsätze, in: Deutschlandradio, 20.06.2012.
- 4 Vgl. Vorstellung, www.offeneheide.de/ (23.06.2012).
- 5 Vgl. ebd.
- 6 Vgl. warstartsherecamp.org (26.06.2012).



WAR STARTS HERE *CAMP*

INTERNATIONALES DISKUSSIONS- UND AKTIONSCAMP
12. - 17.09.2012 IN DER ALTMARK BEI HILLERSLEBEN/MAGDEBURG

Universitäten, Bundeswehr und „Vernetzte Sicherheit“

von Christoph Marischka

Die Debatte um die „Militarisierung von Forschung und Lehre“ ist in Deutschland recht neu und vollzieht sich vor dem Hintergrund des Umbaus der Bundeswehr von einer angeblichen „Verteidigungsarmee“ zu einer „Armee im Einsatz“. War die Verteidigungsarmee bewusst relativ gleichmäßig in der Fläche verteilt, werden gegenwärtig zahlreiche Standorte geschlossen und zusammengelegt und bestimmte militärische Fähigkeiten an einzelnen Standorten konzentriert. Maßstab hierbei ist nicht mehr die Präsenz in der Fläche, sondern die schnelle Verlegbarkeit ins Ausland. Insgesamt soll die Zahl der Soldaten und der zivilen Angestellten der Bundeswehr reduziert werden, dadurch jedoch mehr Soldaten für die Auslandseinsätze verfügbar gemacht werden. Das funktioniert nur, indem Bereiche, die nicht zu den „militärischen Kernaufgaben“ gehören, an private Unternehmen und zivile Institutionen ausgelagert werden. In den vergangenen zwei Jahrzehnten war dies bereits als zivil-militärische Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft zu beobachten.

Schwerpunktaufgabe einer „Armee im Einsatz“ ist jedoch gar nicht der „Kampfeinsatz“, sondern das permanente „Krisenmanagement“. Selbst wenn es einmal gar keinen „richtigen“ Krieg geben sollte, in dem sich Deutschland engagiert, werden trotzdem Bundeswehrsoldaten in zahlreichen Ländern im Einsatz sein, um dort Piraten zu bekämpfen, Polizeiaufgaben wahrzunehmen, Soldaten auszubilden oder „beratend“ und „schützend“ den Aufbau neuer Staatswesen zu „unterstützen“. All diese Einsätze finden multilateral statt, d.h. gemeinsam mit wechselnden Verbündeten unter Führung der UN, der NATO oder der EU, wobei die Bundeswehr oft nur wenige Soldaten mit spezifischen Fähigkeiten beisteuert. Meist ist kein militärisch organisierter Gegner vor Ort, sondern die Einsätze zielen eher auf die Gesamt- bzw. Zivilbevölkerung. Die militärischen Komponenten der verschiedenen Staaten müssen deshalb durch zivile Komponenten – Berater, Beobachter, Juristen, Polizisten, humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, Baugewerbe etc. – möglichst flexibel ergänzbar sein. Die „asymmetrischen Konfliktkonstellationen“ zeigen sich auch darin, dass die Bundeswehr im Einsatz immer stärker auf „Einsatzmittel“ zurückgreift, die ebenso von der Polizei im Innern eingesetzt werden, keinen genuin militärischen Charakter haben und im Rahmen „ziviler Sicherheitsforschung“ weiterentwickelt werden. Beispiele hierfür sind „weniger letale Wirkmittel“, wie Wasserwerfer oder Knüppel, aber auch etwa Aufklärungsdrohnen. Überhaupt spielt Aufklärung eine immer wichtigere Rolle, um innerhalb der Gesamtbevölkerung „Gegner“, „Piraten“, „Terroristen“ und „Spoiler“ auszumachen. Auch das sind Aufgaben, in die gerne zivile Organisationen, Unternehmen oder Wissenschaftler_innen eingebunden werden.

Zuletzt geht mit der „Armee im Einsatz“ eine Verschiebung ihrer Legitimationsstrategie einher. Während die Auslandseinsätze der Bundeswehr in der Öffentlichkeit noch meist vorwiegend humanitär begründet werden, werden diese innerhalb der Eliten und auch in den offiziellen Strategiepapieren immer deutlicher auf „nationale Interessen“ zurückgeführt. Um bei immer offener zu Tage tretenden Widersprüchen zwischen vermeintlich humanitärem Auftrag und „nationalen Interessen“ (man denke etwa an die Piratenbekämpfung vor Ostafrika) die öffentliche

Unterstützung für die Auslandseinsätze aufrecht zu erhalten, gelte es insbesondere so genannte (zukünftige) „Multiplikatoren“ oder „Entscheider“ in den (an nationalen Interessen orientierten) sicherheitspolitischen Diskurs „einzubinden“ oder für diesen zu sensibilisieren. Entsprechende

Formulierungen finden sich u.a. in der „Neuen Konzeption der Reserve“ und den Berichten der Jugendoffiziere. Letztere monierten noch in ihrem Jahresbericht 2007, dass „die Meinungslage zur Institution ‚Bundeswehr‘ sowie zu deren Aufgaben und Aufträgen“ an deutschen Universitäten nicht zufriedenstellen und die Hochschullandschaft „für die Jugendoffiziere weiterhin ein sensibler und schwer zu erschließender Bereich und damit eine Herausforderung für die Zukunft“ sei. Im Jahresbericht 2010 wurde die Lage dann schon besser beschrieben: „Eine stetig wachsende Anzahl von Universitäten und Fachhochschulen erkennt die Vorteile der spezifischen Fachangebote der Jugendoffiziere“, diese würden als „Dozenten auf Augenhöhe“ akzeptiert. Neben Lehramtsstudierenden zielt diese Strategie u.a. auf Studierende der Ethnologie, der Regionalwissenschaften, der Arabistik und Afrikanistik, zukünftige Mitarbeiter_innen der Verwaltung und von humanitären Organisationen, um bei diesen „Verständnis für die Sicht der Bundeswehr“ zu erzeugen. Die zukünftigen Eliten sollen nicht nur bereits gewohnt sein, dass die Bundeswehr überall in der Welt deutsche Interessen mit der Waffe durchsetzt, sondern dies auch befürworten und unterstützen. So zitierte die Süddeutsche Zeitung kürzlich den Verteidigungsminister, der monierte, er könne „keinen großen intellektuellen Beitrag der deutschen Universitäten zur Frage von Krieg und Frieden“ erkennen: „Die Maiziere wünscht sich nun Antworten auf aktuelle Fragen. Zum Beispiel: Dürfen Armeen Drohnen im Kampf einsetzen? Dürfen sie private Sicherheitsfirmen einspannen? Wie sollten Staaten auf einen Cyberangriff reagieren?“ Michael Brzoska vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik wird ergänzend zitiert: „Bei einem Iran-Krieg beispielsweise hätte Deutschland zu wenig Leute, die sich mit der Führung Irans auskennen“, wobei bemerkenswert ist, dass solche Kenntnisse in Friedenszeiten oder während der Suche nach einer diplomatischen Lösung des Atomkonfliktes für entbehrlicher gehalten werden.

Neben diesen eher die Sozialwissenschaften betreffenden Ansprüchen findet an deutschen Hochschulen auch Sicherheitsforschung statt, hinter der sich oft Rüstungsprojekte und/oder Rüstungsfirmen verbergen. Häufig geht es dabei um die Forschung an Dual-Use Gütern, wie etwa Aufklärungsdrohnen, Sensorik, Künstliche Intelligenz und verschlüsselte Kommunikation. Solche Aktivitäten werden gezielt durch das Europäische und ein nationales Programm zur Sicherheitsforschung gefördert, wobei diese Programme darauf ausgelegt sind, eine europaweite und interdisziplinäre Zusammenarbeit zu induzieren und die Herausbildung von an Universitäten angegliederten Technologieparks und Clustern aus Universitäten, öffentlicher Forschung, Privatwirtschaft und Behörden, darunter auch die Bundeswehr und die Polizei, zu fördern. Die so strukturierte Spitzen- oder Grundlagenforschung zielt nicht ausschließlich oder ausdrücklich auf militärische Anwendungen oder Fragestellungen ab, findet aber fast immer in einem Rahmen statt, in dem Rüstungsunternehmen beteiligt sind und profitieren können. Dies gilt in besonderem Maße auch für die Biologie, wenn es um Fragen der Künstlichen Intelligenz oder der Mensch-Maschine-Schnittstellen geht. Dort setzt häufig auch die Wehrmedizinische Forschung an, womit das BMVg unmittelbar an der Steuerung der Spitzenforschung beteiligt wird.

Ghost Recon – Future Soldier

Das virtuelle Schlachtfeld: Die Story – Der Hintergrund – Die Produktion

von Michael Schulze von Gläßer

„Erlebe die Zukunft des Krieges“ - unter anderem mit diesem Spruch wirbt der französische Videospiel-Hersteller UbiSoft für seinen Ende Mai 2012 erschienenen neuen Taktik-Shooter „Ghost Recon - Future Soldier“.¹ Und um es gleich vorweg zu sagen: nein, erleben kann man Krieg mit dem Videospiel - glücklicherweise - nicht, dafür gibt das Spiel aber einen guten Eindruck von heutigen und zukünftigen Militärmissionen und den Waffentechnologien der Zukunft: „Um der wachsenden Zahl von Bedrohungen in der Welt von morgen Herr zu werden, hat das US Special Operations Command eine neue Spezialeinheit ins Leben gerufen: die Group for Specialized Tactics. Hervorgegangen ist diese Elitetruppe aus der legendären D Company, 1st Battalion, 5th Special Forces Group. Sie ist die erste Task-Force für alle Aktionen, die maximale Schlagkraft erfordern und keine Spuren hinterlassen dürfen. Diese unaufhaltsamen, nicht verfolgbaren Soldaten werden die Ghosts genannt“, heißt es im Handbuch des Spiels. Nachdem die US-Regierung im realen Leben angekündigt hat, den Einsatz militärischer Spezialeinheiten massiv auszuweiten² und aufgrund des Szenarios aus Waffenhandel, Terrorismus und einem Putsch in Russland, lohnt sich deshalb eine Auseinandersetzung mit dem Inhalt des weltweit hunderttausendfach verkauften Militär-Shooter-Videospiels.

Die Story

„Eine Geschichte über Vergeltung und die Chronik eines geheimen Krieges“ - so beschreibt UbiSoft die Geschichte in dem von seinen Studios in Paris, Bukarest, Kiew und „Red Storm Entertainment“ aus dem US-Bundesstaat North Carolina entwickelten Videospiel.³ Der Spieler ist darin Teil eines vierköpfigen, mit High-Tech-Kriegsgerät der nahen Zukunft wie optischen Tarnanzügen und lauffähigen Drohnen ausgestatteten „Ghost“-Teams.

Nachdem eine „Ghost“-Einheit bei einem Einsatz in Nicaragua durch eine ferngezündete Bombe getötet wurde, sinnt das Team des Spielers nach Rache. Die Suche nach den Drahtziehern des Anschlags, der eigentlich die USA zum Ziel hatte, führt die „Ghosts“ nach Bolivien, um einen Waffenhändler zu fassen. Informationen des Waffenhändlers führen wiederum zu einem Warlord, der ein Flüchtlingslager in Sambia unter seiner Kontrolle hat. Ist der Warlord eliminiert, führen weitere Informationen die US-Soldaten über Nigeria bis nach Pakistan. Nach einer Verfolgungsjagd quer durch die pakistanische Millionenmetropole Peshawar kann der Spieler den Waffenverkäufer stellen, von dem die Bombe in Nicaragua stammte. Es handelt sich um eine Russin, die in einer ultranationalistischen Gruppe namens „Raven's Rock“ organisiert ist. Die Gruppe versucht kurz darauf in Russland die Macht an sich zu reißen und führt einen erfolgreichen Putsch durch - nun geht es nicht mehr nur um die Rache der „Ghosts“, sondern um den Weltfrieden. Dies zeigt auch ein versuchter Angriff der Ultranationalisten mit einer Atomrakete auf London. Die Rakete kann von dem im Spiel existierenden Anti-Raketen-Schild der NATO aber weitestgehend zerstört werden, so dass nur die Trägerrakete über London einschlägt.



Spielcover, UbiSoft

Um die weltpolitische Lage wieder in den Griff zu bekommen, unterstützt das „Ghost“-Team mit verdeckten Operationen die loyalen russischen Truppen gegen die Anhänger von „Raven's Rock“. Dabei muss der Spieler auch den vorherigen - laut Spiel legitimen - russischen Präsidenten aus einem Hochsicherheitsgefängnis im Süd-Osten-Russlands befreien. Schließlich muss das vielköpfige „Ghost“-Team des Spielers in Moskau eine Demonstration der Loyalisten und den Auftritt des befreiten Präsidenten schützen - natürlich alles geheim. Zunächst müssen feindliche Scharfschützen und andere Soldaten getötet, später der Militärführer von „Raven's Rock“ eliminiert werden. Letztlich kann das „Ghost Recon“-Team die Lage stabilisieren, die Putschisten aufhalten und so den Weltfrieden retten. Und in einer letzten Mission bekommen die US-Soldaten sogar ihre Rache und dürfen die führenden Köpfe von „Raven's Rock“ in ihrem Versteck töten, bevor sich die Gruppe auflöst und untertaucht.

Der Hintergrund

Die „Ghost Recon“-Reihe von Tom Clancy hält das alte Feindbild Russlands bzw. der Sowjetunion gepaart mit der aktuellen - angeblichen - Bedrohung durch Terroristen hoch. Nicht näher beschriebene Ultranationalisten übernehmen die Macht in Russland, um es zu alter Stärke zu führen. Mit dem Putsch erlangen sie die Kontrolle über das ohne Frage auch in der Realität bedrohlich ausgerüstete russische Militär und terrorisieren damit die westliche Welt.

Die feindliche Gruppe im Spiel - „Raven's Rock“ - wird nicht näher beleuchtet: aus welcher politischen Ecke sie kommt, bleibt offen. Nur die Feindseligkeit der Gruppe den USA und dem Westen gegenüber wird dem Spieler gleich mit der ersten Spielmission präsentiert - sogar auf einer sehr persönlichen Ebene, da „Raven's Rock“ Kameraden des Spielers tötet. Die im Spiel dargestellte Unschärfe der Antagonisten ist wichtig zur Entwicklung eines Feindbilds: während die „Ghost“-Truppe als gefühlvoll, heldenhaft und gute Absichten verfolgend dargestellt wird, sind die Feinde grundböse und bleiben immerzu mysteriös - selbst ihr Motiv bleibt unklar. Diese plumpe Gut-Böse-Dichotomie wird in den einzelnen Missionen in die Tat umgesetzt. Während die Feinde als kaltblütige Killer dargestellt werden, werden die „Ghosts“ als gerechte Krieger in Szene gesetzt.

Neben vielen politischen Aussagen, die im Spiel gemacht werden, ist wohl die Wichtigste der im Spiel dargestellte weltweite Einsatz des US-Militärs. In „Future Soldier“ operieren „Ghost“-Teams in Nicaragua, Bolivien, Sambia, Nigeria, Pakistan und Russland, ohne dass das Eindringen der US-Truppen in die anderen Staaten - mit Ausnahme der Mission in Pakistan - nur im Geringsten thematisiert wird. Im Pakistan-Level „Tiger Dust“ agieren die Ghosts immerhin mit Wissen und Einverständnis des pakistanischen Militärs, auch wenn es im Verlauf des Levels zu Differenzen kommt. Zur Verteidigung der politischen Interessen der USA darf jegliche Souveränität anderer Staaten missachtet werden - so die Botschaft. Der Spieler von „Ghost Recon - Future



Mission Nicaragua: Boswa Biosphärenreservat, Foto: UbiSoft



Mission „Subtle Arrow“, Foto: UbiSoft

Soldier“ bekommt den Eindruck, dass weltweite Militäreinsätze in fremden Staaten normal seien. Die Missachtung staatlicher Souveränität wird banalisiert. Zwar spiegelt „Ghost Recon“ damit in weiten Teilen die Realität wieder - die USA führen schon heute im Jemen, in Pakistan und in vielen anderen Ländern Militäreinsätze gegen vermeintliche Terroristen durch, ohne die Regierungen der Länder um Erlaubnis zu fragen -, doch ist dies ein Missstand in der heutigen Welt und sollte den - oft noch jungen - Spielern nicht noch positiv nahegelegt werden. Viele der heutigen, meistens mithilfe von Drohnen durchgeführten, verdeckten US-Militäroperationen stehen nicht im Einklang mit den Bestimmungen des Völkerrechts. Es ist schlichtweg verboten - und das mit gutem Grund, mit irgendwelchen Spezialeinheiten wild in fremden Ländern herumzuoperieren.

Die Produktion

„This video game is not sponsored or endorsed by the U.S. Military“, heißt es im Abspann von „Ghost Recon - Future Soldier“. Und tatsächlich scheint zumindest das US-Militär nicht direkt am Spiel beteiligt gewesen zu sein: „Informationen, inwieweit militärische Berater für die aktuelle Entwicklung tätig sind, liegen uns nicht vor“, so Karsten Lehmann, Pressesprecher von UbiSoft-Deutschland.⁴ Allerdings: „Ghost Recon - Advanced Warfighter“, der Vorgänger von „Future Soldier“, sei vom UbiSoft-Studio „Red Storm Entertainment“ nahe dem Militärstützpunkt Fort Bragg, einer der größten Armee-Komplexe der Welt, im US-Bundesstaat North Carolina entwickelt worden. Die geografische Nähe wurde laut UbiSoft genutzt, um Prototypen von Waffensystemen ins Spiel einzubauen. In einem Video über die Spiel-Produktion wird diese Nähe deutlich: Als Dank für die Unterstützung von US-Militäreinheiten im Krieg gegen den Terror haben die Entwickler von „Red Storm“ eine US-Fahne von einem Militärflugplatz in Afghanistan geschenkt bekommen, die nun im Büro der Spiele-Entwickler zu sehen ist.⁵ Das Video zeigt auch Sound-Designer von „Red Storm“ bei Aufnahmen für die von den im Spiel dargestellten Waffen: Von Pistolen über Schnellfeuerwaffen bis hin zu großkalibrigen Scharfschützengewehren wurden die Sounds alle originalgetreu auf einem Schießplatz aufgenommen. Teilweise schießen die Spiele-Entwickler in dem Video sogar selbst. Daneben wurden Experten beauftragt, den „Ghost Recon“-Entwicklern die Schusswaffen vorzustellen. In dem Video wird besonders deutlich, wie begeistert die „Future Soldier“-Schöpfer selbst von Waffen sind - ein Sound-Designer trägt eine Base-Cap mit dem Logo des deutschen Waffenfabrikanten „Heckler & Koch“, ein anderer erläutert im Interview die Militär-Tradition in seiner

Familie. Zurückhaltung vor den Waffen gibt es nicht.

Auch wenn also eine direkte Zusammenarbeit mit dem Militär oder einem Rüstungsunternehmen bei der Produktion von „Ghost Recon - Future Soldier“ - soweit bekannt - nicht stattfand, haben die Entwickler nach eigenem Bekunden aber mit ehemaligen US-Navy-Seals zusammengearbeitet und stehen dem Militär und der Rüstungsindustrie vollkommen unkritisch gegenüber.⁶

Fazit

„Ghost Recon - Future Soldier“ ist ein von militärnahen westlichen Programmierern eines französischen Spiele-Entwicklers für einen westlichen Markt produzierter, actionreicher Taktik-Shooter. Das Videospiel vermittelt das Bild eines instabilen Russlands, das eine potentielle Gefahr für die westliche Welt darstellt. Nach dem Umsturz müssen sich - so wird vermittelt - westliche Militärkräfte in das Land einmischen, um das politische System wieder herzustellen. Damit greift das Spiel die aktuelle Debatte um ein militärisches Eingreifen etwa der NATO in Länder, in denen Bürgerkrieg oder zumindest umbruchartige Aufstände toben, auf und beantwortet sie eindeutig. Die Souveränität von Staaten wird in „Ghost Recon“ durchgehend ignoriert und stattdessen werden grenzenlose, weltweite Militäroperationen propagiert. Die politische Aussage des Videospiels folgt den heutigen, westlichen Militärdoktrinen, überall und jederzeit für die eigenen Interessen militärisch zu intervenieren. Internationales Recht bleibt dabei außer Acht.

Der vorliegende Artikel ist eine extrem gekürzte Fassung der IMI-Studie 2012/10. Die Studie kann gratis unter www.imi-online.de heruntergeladen werden.

Anmerkungen

- 1 N.N.: Tom Clancy's Ghost Recon: Future Soldier, in: www.ubi.com/DE.
- 2 Turse, Nick: The New Obama Doctrine, The Nation, 14.06.2012.
- 3 N. N.: Wichtige Features, in: ghostrecon.de.ubi.com.
- 4 Schulze von Glaßer, Michael: „Erlebe die Zukunft des Krieges“, in: www.militainment.info, 1. Juni 2011.
- 5 N. N.: NC Now | Red Storm Entertainment | UNCTV, in: www.youtube.com, 30. März 2011.
- 6 N. N.: Ghost Recon : Future Soldier – Inside Recon #2 [UK], in: www.youtube.com, 1. März 2012.

Das Treffen der globalen Allianz der NATO in Chicago

von Joseph Gerson

Das „Netzwerk für eine NATO-freie Zukunft“ (Network for a NATO-Free Future) mobilisierte diesen Mai Aktivisten aus 24 US-Bundesstaaten und dutzenden Staaten weltweit nach Chicago, um anlässlich des NATO-Gipfels gegen den Afghanistan-Krieg, die NATO und Militärausgaben zu demonstrieren. Zu unserer großen Überraschung schafften es unsere Gegen-Gipfel-Konferenz, unsere Berichterstattung und unsere gewaltlosen Demonstrationen, die Kritik und alternativen Konzepte ins Zentrum der mainstream US-Debatten über Außen-, Militär und Wirtschaftspolitik zu bringen. Unsere Erwartung war nicht, die Allianz zu Fall zu bringen, doch wir hatten Erfolg darin, die Kapazitäten der Bewegung dauerhaft zu stärken und die Sichtweise von Millionen US-Amerikanern auf die NATO zu beeinflussen.

Der NATO-Gipfel war geplant als diplomatische Routineveranstaltung, um die Position Präsident Obamas vor den Wahlen im November zu stärken. Aber nach Lennon's-Gesetz - „Leben ist das, was passiert, während du eifrig dabei bist andere Pläne zu schmieden“ - kam es anders.¹ Angesichts der Korruption und der Fehlschläge in Afghanistan, der ökonomischen Kernschmelze in Europa und der Wirtschaftskrise in den USA, gewann der Gipfel für die westlichen Mächte an Bedeutung. Es ging darum, die militärische Präsenz in Zentralasien bis 2024 festzulegen, das Versprechen des neuen Strategischen Konzeptes der Allianz zu erneuern, „out-of-area“-Kriege wie in Libyen auszufechten und die Differenzen über das Niveau der Militärausgaben festzuschreiben.

Major General Mark Buffet, der stellvertretende Stabschef der US-Airforce und einer der führenden Köpfe in den USA beim Umbau der NATO, behauptete, dieser Gipfel würde zeigen, ob die NATO die Ressourcen und das Selbstvertrauen hätte, das neue strategische Konzept zu implementieren und die ökonomische Krise zu überstehen. Für das Pentagon bot der Gipfel zudem die Gelegenheit, die Partnerschaften in Nordafrika und im Mittleren Osten angesichts des Arabischen Frühlings zu festigen und die Kooperation mit Europa im Bereich des Weltraum- und Cyberkriegs zu vertiefen.²

Mit den USA, die sich einer eigenen wirtschaftlichen Krise gegenüber sehen, dem Aufstieg Chinas und anderer BRICS-Staaten und der westlichen ökonomischen Krise, ist die imperiale Macht der USA im relativen Niedergang.³ Um diesen Verlust zu kompensieren, hat die NATO auf dem Gipfel in Lissabon 2010 formal ihr „Neues Strategisches Konzept“ und eine verstärkte Verantwortung im Lastenausgleich („burden sharing“) für die europäischen Verbündeten eingesetzt. Im Austausch für die Übernahme größerer finanzieller Lasten und stärkerer Beteiligung an den Kämpfen haben privilegierte europäische Eliten ein größeres Mitspracherecht bei der Politik der Allianz und einen größeren Anteil an den Ressourcen, die sie kontrolliert.

Aber die NATO sieht sich einem ernststen strukturellen Fehler gegenüber: den Verlust ihrer angenommenen Legitimität. Die beworbene raison d'être löste sich mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Untergang der Sowjetunion auf. Und, mit der Vertiefung der ökonomischen Interdependenz zwischen Europa und Russland über die letzten zwei Dekaden, mussten auch die westlichen Sicherheitseliten eingestehen, dass Russland keine Inva-

GASTBEITRAG

sionsbedrohung mehr darstellt und „dass die Gefahr eines vorsätzlichen nuklearen Schlagabtauschs zwischen den Vereinigten Staaten und Russland schon lange verschwunden ist.“⁴ Während die Kampagne „Russland eindämmen“ mit der NATO-Erweiterung und dem Aufbau einer Raketenabwehr fortgesetzt wird, wurde

die Allianz mit der neuen Priorität auf „out-of-area“-Einsätzen auf einer globalen Basis fundamental transformiert. Im Ergebnis ist somit die Behauptung, die Allianz existiere, um Europa zu verteidigen, nur noch selten zu hören. Und, durch die Untergrabung der UN-Charta durch den NATO-Krieg gegen Serbien, die illegale Invasion in Afghanistan und die Verletzung des UN-Mandats in Libyen hat die NATO ihre Aura der Legitimität aus der Mitte des 20. Jahrhunderts komplett verloren.⁵

Die Evolution der NATO

In unserem Aufruf, des „Netzwerks für eine NATO-freie Zukunft“, wurde klar gemacht, dass die NATO niemals eine exklusiv defensive Allianz war. Nach dem 2. Weltkrieg war die UdSSR eine vernichtete Nation mit über 20 Millionen Toten, die keinerlei unmittelbare Bedrohung für das westliche Europa darstellte. Angesichts der Opfer der Roten Armee die sie erbrachte, während sie die Armeen Hitlers von Moskau über Ost- und Zentraleuropa jagte, war die Akzeptanz der Nachkriegsteilung Europas durch die USA unvermeidlich, wenn nicht sogar gerecht.⁶ Nach den katastrophalen deutschen Invasionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde Osteuropa als Puffer für Moskau geopfert.

Führende Figuren des liberalen Establishments der USA liefern uns zusätzliche Perspektiven zum Verständnis der wahren Gründe für die Einrichtung der NATO.

In den späten 1990er Jahren veröffentlichte Zbigniew Brzezinski, Präsident Carters nationaler Sicherheitsberater, eine Fibel für seine Studenten und beschreibt darin die Operationsprinzipien des - wie er es nennt - „imperialen Projekts“ der USA.⁷ Geostrategisch, so erklärt er, ist die Dominanz über das Eurasische Kernland die Bedingung für die globale Herrschaft. Als entfernte „Inselmacht“, wie Großbritannien in seinen imperialen Zeiten, braucht die USA Brückenköpfe an den westlichen, südlichen und östlichen Peripherien Eurasiens, um seine globale Dominanz zu erhalten.

Die NATO, so erklärt Brzezinski, bot die Möglichkeit sicherzustellen, dass „die Vereinigten Staaten ein entscheidender Teilnehmer sogar in den innereuropäischen Angelegenheiten“ blieben. Europäische Staaten, so proklamierte er, seien „Vasallen-Staaten“. Die Belohnung, die deren Eliten für die Bereitstellung von hundert Militärbasen und -einrichtungen, diplomatische Unterstützung, Ko-Produktion von Waffensystemen, das Teilen von Geheimdienstinformationen und so weiter erhielten, war eine winzige Scheibe von den imperialen Privilegien. Nicht zufällig waren die NATO- und US-Truppenstationierungen so konstruiert, dass sie die deutsche Militärmacht deckelten.

Wie die Kriege gegen Afghanistan und Libyen illustrieren, reduziert die NATO-Beteiligung die finanziellen Kosten und die Zahl der zu beklagenden Toten der USA. Sie bietet einen politischen und diplomatischen Deckmantel für imperiale Kriege. Und sie bietet den Verbündeten einen privilegierten Zugang zu Entwicklungs- und Aufbauverträgen, Öl und - über einen langen Zeitraum gesehen - militärische Sicherheit zu vergleichsweise

niedrigen Kosten.

Über das schreibend, was man seither die „Abwendung“ von Irak und Afghanistan und die „Hinwendung“ nach Asien und dem Pazifik nennt, offenbart uns Joseph Nye, Präsident Clintons stellvertretender Verteidigungsminister für internationale Sicherheit: „Märkte und ökonomische Macht beruhen auf politischen Rahmenbedingungen und die Macht des amerikanischen Militärs bietet diese Rahmenbedingungen.“⁸ Oder, wie es der Kolumnist der New York Times Thomas Friedman es noch simpler ausdrückt: „Die unsichtbare Hand des Marktes wird niemals funktionieren ohne die unsichtbare Faust - McDonalds kann nicht gedeihen, ohne McDonnell Douglas, dem Produzenten der F-15. Und die unsichtbare Faust, die die Welt für die Technologien des Silicon Valleys sichert, heißt Armee, Luftwaffe und Marine der Vereinigten Staaten.“⁹

Vor dem Gipfel von Chicago in diesem Mai waren nur wenige in den USA - eingeschlossen die meisten Aktivisten der Friedensbewegung - aufmerksam gegenüber der NATO und noch weniger gegenüber ihrer Transformation seit dem Ende des Kalten Krieges. Eines der wichtigsten Ziele des „Netzwerkes für eine NATO-Freie Zukunft“ war es somit, den Bürgern der USA klar zu machen, dass dies nicht mehr die NATO ihrer Väter ist.

Beginnend mit der Clinton Administration entschieden sich die USA, sich nicht aus der NATO zurückzuziehen, sondern vielmehr sie als eine globale Allianz neu zu erschaffen. Unter Verletzung des Versprechens von Präsident Bush (Senior), die NATO nicht um einen einzigen Zentimeter näher an Russland zu expandieren, damit der Kreml Deutschlands Wiedervereinigung zu westlichen Konditionen akzeptierte, begann Clinton die NATO an Russlands Grenzen hin zu erweitern. Die Erweiterung war auch gegen die europäischen Verbündeten gerichtet, indem sie den Weg für eine Teile-und-Herrsche-Diplomatie freigab, die Ausspielung des „neuen Europas“ (im Osten) gegen das „alte Europa“ (im Westen) eingeschlossen.

Der NATO-Krieg gegen Serbien 1999 enthüllte die neue NATO. Verkauft als eine „humanitäre“ Intervention, reduzierte er Russlands Einfluss auf Osteuropa und brachte – wie angenommen – ein korruptes Regime im Kosovo an die Macht. Wesentlich wichtiger war allerdings, dass es die USA und die NATO schafften, „mit wenig Diskussion und noch weniger Fanfaren ... die alten UN-Charta-Regeln, wonach internationale Interventionen in lokale Konflikte strikt begrenzt waren ... zugunsten eines neuen vagen Systems, welches wesentlich toleranter gegenüber militärischen Interventionen ist und nur wenig bindende Regeln hat, abzulösen“, wie die *Foreign Affairs* berichtete.¹⁰

Seither hat die NATO eine Doktrin für die Durchführung von „out-of-area“-Einsätze entwickelt, z.B. für Militärinterventionen in Afrika, dem Mittleren-Osten und jenseits des ursprünglichen Einsatzspektrums. Institutionalisiert wurde dieses Einverständnis mit dem Krieg in Afghanistan. Heute, mit 22 „Partnerschaften“ in Osteuropa und im globalen Süden, mit geplanten in Asien und im Pazifik, sehen die strategischen Leitlinien des Pentagon die NATO mit der Aufgabe betraut, die Kontrolle über mineralische Ressourcen und den Handel sicherzustellen und gleichzeitig die Einkreisung von China, wie auch Russland, zu verstärken.¹¹

Ja, China! Ein anderer neuerer und bemerkenswerter Artikel in *Foreign Affairs* und im neuen Buch von Brzezinski „Strategic Thinking“ liefert die rationalen Begründungen und zukünftigen Pläne. Beide argumentieren, dass Chinas Aufstieg nicht zwangsläufig bedeutet, dass das Reich der Mitte wieder zur dominierenden Nation der Welt wird.¹² Vielmehr gehen sie davon aus, dass - wenn die NATO noch mehr mit der Europäischen Union verschmolzen werden kann - ein erweiterter Westen (Greater



Großes Polizeiaufgebot, Foto: Tobias Pflüger

West) durch das ganze 21. Jahrhundert dominant bleiben kann. Ein Element ihrer Vision ist die Möglichkeit der Integration Russlands in den erweiterten Westen, was Obamas Bemühungen um einen „reset“ in den Beziehungen mit Moskau zu erklären hilft.

Somit, 67 Jahre nach dem 2. Weltkrieg, existiert immer noch eine weiterentwickelte Form der militärischen Okkupation über nahezu ganz Europa. Russland ist eingegrenzt. Deutschlands Militarismus ist gedeckelt. Und Washington hat eine Rückzugsbasis, um seine neuerdings bedrohte Dominanz über Eurasiens Südflanke zu verstärken: den ölreichen Mittleren Osten und Afghanistan.



Die us-amerikanische Friedensbewegung hat es geschafft, über die Proteste gegen den NATO-Gipfel die Debatte um Krieg und Frieden wieder ins Bewußtsein der us-amerikanischen Öffentlichkeit zu bringen. Foto: Tobias Pflüger.

Dem Gelde nach

Im Vorfeld des Gipfels spielte der NATO-Generalsekretär Rasmussen Geldeintreiber. Er betonte, „der Hintergrund unseres NATO-Gipfels ... ist die globale Wirtschaftskrise“, und dass „Abwärtstrends in den europäischen Verteidigungshaushalten“ nicht zu leugnende Besorgnis auslösen. Er warnte, dass „bei dem derzeitigen Tempo der Kürzungen, es schwer vorstellbar ist, dass Europa genug militärische Kapazitäten erhalten kann, um ähnliche Einsätze [wie den Libyen-Krieg] in Zukunft durchführen zu können.“¹³

Die kürzlich getroffene Entscheidung des dänischen Parlaments, von dem geplanten Kauf der Atom-waffenfähigen F-15 Joint-Strike-Fighters für über 5 Milliarden Euro zurückzutreten, würde unvermeidlich „in eine Situation führen, in der Waffen in unorganisierter Art und Weise eingespart werden und damit die Geschlossenheit und Effektivität der Allianz unterminiert wird.“¹⁴

Die US-Friedensbewegung und einige Mitglieder des Kongresses glauben, dass solche Einsparungen durchaus als Modell für die USA dienen könnten. Zwischen 1991 und 2011 ist der Anteil der europäischen Militärausgaben am NATO-Budget von 34% auf 21% abgesunken.¹⁵ Gleichzeitig haben sich die US-Militärausgaben seit 9-11 verdoppelt und sind einer der Hauptursachen für das Haushaltsdefizit der USA und den Verlust grundlegender sozialer Leistungen und der ökonomischen Vitalität.

Trotz des massiven Haushaltsdefizits ist das Selbstverständnis der USA von der „totalen Dominanz über alle Spektren“ hinweg nicht verschwunden. Die Obama-Administration betreibt eine erhebliche militärische *Aufrüstung* in ihrer „Hinwendung“ nach Asien und zum Pazifik und in dem Bemühen Chinas Aufstieg zu managen.¹⁶ Und – wie wir in Chicago erklärten – die jährlichen Ausgaben des Pentagons für den Afghanistan-Krieg, das historisch unvergleichliche Netzwerk militärischer Basen im Ausland und die Waffenforschung und -entwicklung übersteigen *jeweils* die Militärausgaben eines jeden anderen Staates.

Wie das Haushaltskontrollgesetz des letzten Jahres einräumen musste, übersteigen die US-Militärausgaben die Leistungsfähigkeit der Ökonomie. Im Ergebnis war das Pentagon gezwungen, *Pläne* zu veröffentlichen die angenommene *Steigerung* der Ausgaben um 487 Milliarden über die nächsten zehn Jahre USD zu kürzen. Mit der Priorität auf dem militärischen Ausbau in Asien bedeutet dies, dass 6.000 bis 7.000 mehr US-Soldaten Europa verlassen werden.

Die Airforce-Basis Ramstein in Deutschland wurde zum Raketenabwehrhauptquartier der Allianz erklärt, um die Möglichkeiten einzudämmen, dass europäische Eliten die Reduktionen als Signal für noch größere Abzüge auffassen, die eine Spaltung der Allianz zu Folge hätten. Um die Verpflichtung der USA gegenüber der NATO Nachdruck zu verleihen, fuhren sowohl Leon Panetta und Hillary Clinton im Februar nach München auf die Sicherheitskonferenz. Ihr Ziel war, „absolut klar zu machen, dass Washington seine europäischen Verbündeten nicht fallen lassen würde, obwohl es Ausgabenkürzungen vornehmen muss und die Prioritäten in die asiatisch-pazifische Region verschiebt.“ Sie bestanden darauf, dass „Europa ein Partner erster Güte für Amerika ist“ und Europa der „Sicherheitspartner der Wahl bei militärischen Operationen und in der Diplomatie rund um die Welt“ bleibt. Und sie versprachen, dass „unser militärischer Fußabdruck in Europa größer bleibt als in irgendeiner anderen Region der Welt.“¹⁷

Sie kommunizierten auch eine indirekte Bedrohung. Panetta bestand darauf, dass Europa „aufhören muss, seine Militärbudgets zu kürzen“ und „ihre Ökonomie in Ordnung bringen muss, damit die NATO-Allianz stark bleibt.“ Er trat damit in den Fußstapfen seines Vorgängers, Robert Gates, der warnte, dass das niedrige Niveau der europäischen Militärausgaben und der geringe politische Wille eine „trübe, wenn nicht sogar trübselige Zukunft“ und eine „Irrelevanz“ für die Allianz bedeute.¹⁸

Der Gipfel

Auch wenn wir erfolgreich darin waren, den US-Amerikanern zu erklären, dass die NATO-Kriege und die Militärausgaben das Gegenteil von realer Sicherheit (die Bereitstellung grundlegender sozialer Dienste, Gesundheitsversorgung, Ausbildung, Arbeitsplätze, etc.) bedeuten, so fehlten uns die politische Macht und die Verbündeten, den Kurs der NATO umzukehren.

Trotz des Widerstandes der Mehrheit der US-Bürger gegen den fortgesetzten Afghanistankrieg, trotz Kritik in den Medien und Protesten auf der Straße, bekam Präsident Obama auf dem Gipfel ziemlich viel von dem, was er wollte. Entscheidend war, dass auf dem Gipfel die Zusagen des Gipfels von Bonn im September bestätigt wurden, die Regierung in Kabul „eine Dekade über 2014 hinaus“ militärisch und finanziell zu unterstützen. Der Gipfel versicherte sich erneut der Zusagen zum neuen strategischen Konzept und zelebrierte den NATO-Sieg über Libyen.

Um der finanziellen Bedrohung der Allianz in der Verwirklichung der Vision eines erweiterten Westen Ausdruck zu geben, verwies die Deklaration darauf, dass „die EU ein einzigartiger und wesentlicher Partner der NATO ist. In der derzeitigen Situation von Sparmaßnahmen ist es besonders wichtig, die strategische Partnerschaft zu stärken.“ Und - keine Überraschung - die Versprechungen bezüglich Partnerschaften, alten und neuen, wurden erneuert.¹⁹

Eine der Rückschläge für die Allianz war, dass die „reset“-Kampagne mit Russland bis nach der US-Präsidentschaftswahl in den Ruhezustand geschickt wurde. Der parallele NATO-Russland-Gipfel in Chicago, welcher ein Forum für die Diskussion der Raketenabwehr bieten sollte, wurde von Putin gecancelt. Dadurch, dass die USA darauf bestanden, auf dem NATO-Gipfel die „interim operational capability“ des Raketenabwehrsystems und die Erneuerung des Beitrittsversprechens der NATO gegenüber Georgien zu verkünden, entschieden sich die russischen Führer verständlicherweise dagegen, gedemütigt zu werden.

Tom Hayden, Hauptautor des Dokumentes der neuen Linken in den USA, dem Port Huron Statement, der für seine Führerschaft im Widerstand gegen den Vietnamkrieg bekannt geworden ist, sieht den Kampf für größere Gerechtigkeit und Frieden in den Begrifflichkeiten eines dialektischen Sisyphe. Fortschritte werden gemacht und das konservative Establishment drückt zurück. Indem wir 38 Partnerorganisationen und Aktivisten aus dem ganzen Land und aus der ganzen Welt zusammengebracht haben, haben wir mit dem „Netzwerk für eine NATO-Freie Zukunft“ die Grundlage für einen langfristigen Widerstand gegen die NATO und einen Träger für Kampagnen, von der Kürzung des Pentagon-Budgets und der Rückführung aller Soldaten aus Afghanistan bis hin zu der Notwendigkeit einer Verhinderung von Kriegen gegen Iran und Syrien und des Abzugs aller US-Atomwaffen aus Europa, geschaffen.

Mit unseren Partnern, inklusive der US-Veteranen aus Afghanistan und Irak, die in dramatischer Weise ihre Kriegsauszeichnungen zurückgaben, und durch den gewaltlosen Protest, gewannen wir den moralischen Sieg. Darauf aufbauend vereinten wir 22% der Medienberichterstattung vom Gipfel auf uns. Treffen mit Journalisten, Artikelübernahmen und unzählige Interviews machten es möglich, dass unsere Message, dass reale Sicherheit zu offerieren (Arbeitsplätze zu schaffen, elementare soziale Dienst anzubieten, Zwangsvollstreckungen an Hauseigentum zu verhindern und den Zugang zu Bildung sicher zu stellen) bedeutet, die Militärhaushalte zu kürzen, Kriege zu beenden und die Truppen nach Hause zu holen, bei den Menschen ankam.

Obama und Rasmussen haben darin gesiegt, den Genehmigungsstempel der Allianz für eine weitere Dekade Krieg in Afghanistan und ihr Neues Strategisches Konzept bestätigt zu bekommen. Wir bildeten eine Bewegung in den USA und weltweit, um die Soldaten nach Hause zu holen und die NATO abzuschaffen, statt sie neu zu erfinden.

Wie die Italiener sagen, La Lutta Continua.

Dr. Joseph Gerson ist Direktor des Programs for the American Friends Service Committee in New England, Direktor des New England AFSC's Peace and Economic Security Program und Kofounder des Netzwerks einer NATO-freien Zukunft.

Anmerkungen

- 1 John Lennon. *Beautiful Boy (Darling Boy)*. Double Fantasy, 1980.
- 2 Major General Mark Barrett, U.S. Air Force Deputy chief of Staff, Strategic Plans and Policy, North Atlantic Treaty Organization, Allied Command Transformation, „NATO and Modern Security: An Alliance for the 21st Century“, Harvard University.
- 3 See, among others: Fred Kaplan. 2020 Vision: A CIA report predicts that American global dominance could end in 15 years, *SLATE*, 26.01.2005, www.slate.com/articles/news_and_politics/war_stories/2005/01/2020_vision.html
- 4 Kingdon Reif, Remarks at Stimson Center Event on the Nuclear Weapons Budget, 5.06.2012, armscontrolcenter.org/policy/nuclearweapons/articles/remarks_at_stimson_center_event_on_the_nuclear_weapons_budget/
- 5 Michael J. Glennon. „The New Interventionism: The Search of a Just International Law“, *Foreign Affairs*, May/June 1999; See also, Richard Falk. „Libya After Qaddafi“, *The Nation*, 14.11.2011 and Anthony Shadid. „Libya Struggles to Curb Militias as Chaos Grows“, *New York Times*, 9.02.2012.
- 6 George Kennan. *American Diplomacy, 1900 – 1950*, Mentor Books, New York: 1951.
- 7 Zbigniew Brzezinski. *The Grand Chessboard*, Basic Books, New York: 1997.
- 8 Joseph S. Nye, Jr. „The Right Way to Trim“, *New York Times*, 4.08.2011.
- 9 Thomas Friedman. „A Manifest for the Fast World“, *New York Times Magazine*, 28.03.1999.
- 10 Michael J. Glennon, op. cit.
- 11 Sustaining U.S. Global Leadership: Priorities for 21st Century Defense, January, 2012, www.defense.gov/news/Defense_Strategic_Guidance.pdf
- 12 Charles A. Kupchan. „NATO's Final Frontier: Why Russia Should Join the Atlantic Alliance“, *Foreign Affairs*, May/June, 2010.
- 13 Anders Fogh Rasmussen. „NATO AFTER Libya: The Atlantic Alliance in Austere Times“, *Foreign Affairs*, Vol 90, No. 4, July/August 2011; Rasmussen, op.cit.
- 14 Kingston Reif and Emma Lecavalier. „Parting words: Gates and tactical nuclear weapons in Europe“, *Bulletin of the Atomic Scientists*, 14.07.2011, thebulletin.org/web-edition/op-eds/parting-words-gates-and-tactical-nuclear-weapons-europe
- 15 Anthony Cordesman. *Defense Budget Cuts and Non-Traditional Threats to US Strategy: An Update*, Center for Strategic and International Studies, 15.11.2011, p. 60, csis.org/files/publication/111511_Defense_Resources_Threats.pdf
- 16 Hillary Clinton. „America's Pacific Century“, *Foreign Policy*, November, 2011, www.foreignpolicy.com/articles/2011/10/11/americas_pacific_century?page=full
- 17 Elisabeth Bumiller and Steven Erlanger. „Panetta and Clinton seek to reassure Europe on Defense“, *New York Times*, 5.02.2012.
- 18 Thom Shanker and Steven Erlanger. „Blunt U.S. Warning Reveals Deep Strains in NATO“, *New York Times*, 10.06.2011.
- 19 „Chicago Summit Declaration.“ 20.05.2012. NATO. www.nato.int/cps/en/SID-1989BED1-0B7459B8/natolive/official_texts_87593.htm?mode=pressrelease

Kontroversen in der Friedensbewegung

Bericht von der IMI-Mitgliederversammlung

Die Positionen der Informationsstelle Militarisierung gegenüber dem Militär, einer Bundesregierung, welche die Militarisierung der Gesellschaft immer weiter vorantreibt und immer mehr Soldaten in Kriegseinsätze schickt etc., sind klar und in zahlreichen Artikel und Studien auf der IMI-Homepage begründet und belegt.

Allerdings gibt es auch Debatten innerhalb der Friedensbewegung und mit befreundeten Organisationen und Gruppen, in denen die Positionierung der IMI schwerer fällt. Daher hatte sich das Aktiven-Treffen überlegt, solche Debatten der letzten Jahre, in denen die IMI Position bezog, zum Thema der Mitgliederversammlung zu machen und zur Diskussion zu stellen. Es wurden vier Kontroversen und die Haltung der IMI bzw. ihr Agieren darin vorgestellt.

Begonnen wurde mit Kontroversen, die sich auf lokaler Ebene im Rahmen des Runden Tisches der Friedensbewegung Tübingen ergaben, die uns aber auch überregional immer wieder begegnen. Zusammengefasst wurden diese unter der These, „dass Frieden zwar mehr ist als die Abwesenheit von Krieg, diese aber voraussetzt“ und der Feststellung, dass der zweite Teil dieser Aussage innerhalb der Friedensbewegung keineswegs unumstritten ist. So ist am „Runden Tisch“ in Tübingen u.a. das Institut für Friedenspädagogik beteiligt, ohne dass dessen Aktivitäten in Afghanistan kritisch reflektiert würde, wo es „Versöhnungsarbeit“ im Auftrag der GIZ leistet, während die GIZ zugleich aufs Engste in den Militäreinsatz der Bundeswehr einbezogen ist, dessen erklärtes Ziel es ist, die „Herze und Köpfe“ zu gewinnen. Zugleich gebe es Bemühungen, den Fokus des Runden Tisches weg von der Kritik an deutscher Kriegsbeteiligung hin zu sog. Kommunalen Friedensarbeit zu lenken. Dabei beraten Mitarbeiter_innen des Forums Ziviler Friedensdienst Stadtverwaltungen (wie in einem Pilotprojekt in Tübingen) dabei, wie soziale Konflikte auf lokaler Ebene durch eine verbesserte Zusammenarbeit von Polizei, Jugendarbeit und Vertreter_innen der „Communities“ - auch unter Einschluss rein repressiver Maßnahmen wie Aufenthaltsverbote - befriedet werden können. Anhand von Äußerungen der Stadtverwaltung und Publikationen des Forums Ziviler Friedensdienst wurde belegt, dass bei der Problemdefinition das Thema „Migration“ ohne sachliche Rechtfertigung in den Mittelpunkt gestellt wird und die mit der Stadt ausgehandelten Strategien u.a. auch die Förderung der „Rückkehrbereitschaft“ und „gezielte Aufwertung“ von Quartieren umfassen, um den „Anteil von Familien mit Migrationshintergrund“ vordefinierten Zielgrößen anzunähern (d.h.: zu reduzieren bzw. zu verdrängen).

Zuletzt wurde noch die im Runden Tisch teilweise befürwortete Anlehnung an das Modell der Friedensstadt Osnabrück thematisiert. Anhand eines Imagefilmes der Stadt Osnabrück wurde dargestellt, dass hierbei die Gefahr besteht, zugunsten einer positiven Außendarstellung alle möglichen und darunter auch problematische Initiativen unter einen zunehmend leeren Begriff der „Friedensarbeit“ oder „Friedensförderung“ zu subsumieren und die Beteiligung an und Verantwortung für Kriege systematisch zu negieren. Besonders deutlich wurde dies gegen Ende des Filmes, als der Wert einer Friedensstadt als Standortfaktor herausgestellt werden sollte und hierfür Klaus Hellmann von der Firma Hellmann Worldwide Logistics zu Wort kam. Die globale Ausrich-

tung der Stadt wurde als Standortfaktor für ein global tätiges Unternehmen gelobt. Verschwiegen wurde dabei, dass Hellmann Worldwide Logistics u.a. für die NATO in Afghanistan aktiv ist und gemeinsam mit dem Ausstatter Lion Apparel Deutschland GmbH die LH Bundeswehr Bekleidungsgesellschaft mbH gegründet hat, mit der das Uniformwesen der Bundeswehr privatisiert wurde. Hellmann hat sich außerdem gemeinsam mit dem Rüstungsriesen EADS um die Privatisierung der Basislogistik der Bundeswehr beworben. Deshalb ist es auch konsequent, dass Hellmann im Blauen Bund e.V. engagiert ist, einer Lobbyorganisation der für die Bundeswehr tätigen Logistikunternehmen. Mit einem tatsächlichen Friedensengagement ist das schwerlich zu vereinigen. Während der Runde Tisch für solche Formen der „Friedensarbeit“ zumindest anfällig ist und dabei von der Stadtverwaltung auch Unterstützung signalisiert bekam, vertritt er insgesamt keine klare Antikriegsposition und hat in diesem Bereich bislang kaum Mehrwert erbracht, womöglich eher im Gegenteil. Die IMI ist durch eine Person sporadisch am Runden Tisch beteiligt, was auch sehr geschätzt wird, und versucht dabei, die Antikriegsposition zu verteidigen. Die beteiligte Person hält das jedoch für relativ aussichtslos und kräftezehrend und möchte das Engagement in diesem Rahmen lieber wieder einschränken, die Positionen der IMI würden auch ohne eine unmittelbare Beteiligung lokal durch Veranstaltungen und Stellungnahmen wahrgenommen und auch respektiert.

Viel Zeit nahm die Kontroverse mit der Kampagne „Adopt a Revolution“ (AoR) ein, die Ende 2011 gegründet wurde und die sich – eigenen Angaben zufolge – zum Ziel setzte, Geld zur „Stärkung friedlicher politischer AktivistInnen [zu sammeln, um] eine militärische Eskalation unwahrscheinlicher“ zu machen. Unterstützerorganisationen der Kampagne sind u.a. medico international, die Bewegungsstiftung, das Netzwerk Friedenskooperative und das Komitee für Grundrechte und Demokratie – d.h. auch Gruppen, mit denen die IMI teils eng befreundet ist.

Die Kampagne muss im Zusammenhang mit einer zu beobachtenden Polarisierung innerhalb der Friedens- und Antikriegsbewegung in Deutschland gesehen werden. Nach dem Ausbruch der Proteste in Syrien und dem gewaltsamen Vorgehen des Assad-Regimes gegen diese Proteste waren zwei Positionen dominant: die eine äußerte eine bedingungslose Unterstützung der Opposition zum Assad-Regime, die andere vertrat die Position, die Proteste seien ausnahmslos vom „Ausland“ gesteuert mit dem Ziel, das missliebige Regime Assads zu stürzen. Innerhalb des Aktiven-Treffens der IMI wurde früh der Konflikt in Syrien diskutiert. Die Position dieses Treffens war klar: Die Proteste sind vollkommen legitim und das gewaltsame Vorgehen des Regimes gegen diese Proteste vollkommen inakzeptabel. Allerdings musste auch festgestellt werden, dass sich der Protest stark militariserte und die Bewaffnung der Aufstandsbewegung bald betrieben wurde. Dies – so wurde befürchtet – würde zu einer Eskalation des Konfliktes beitragen, unter der der unbewaffnete Widerstand und die Bevölkerung in Syrien zu leiden hätten.

Diese zunehmende Militarisierung der Proteste wurde allerdings von Seiten der Kampagne „Adopt a Revolution“ unserer Meinung nach nicht adressiert, vielmehr wurde ein sehr einseitiges Bild des Konfliktes in Syrien gezeichnet, die Rolle der Freien Syrischen

Armee (FSA) nicht thematisiert und Menschenrechtsverletzungen seitens bewaffneter Oppositioneller systematisch ausgeblendet. Teile des Beirates der Kampagne forderten sogar wiederholt öffentlich eine militärische Intervention und die Bewaffnung der FSA. Auch wenn sie dies nicht direkt im Namen von AoR taten, wurden derlei Positionen u.a. auf der Pressekonferenz zum Kampagnenstart vorgebracht. Jedenfalls erfolgte von AoR-Seite keine Distanzierung zu diesen Forderungen und insgesamt blieb die Positionierung bezüglich der Frage einer ausländischen Militärintervention sowie zur Bewaffnung der FSA eher schwammig.

Nach einer informellen Anfrage, wie die Forderungen nach Intervention und Bewaffnung innerhalb der Unterstützerorganisationen diskutiert würden, gelangte die IMI aus der Antwort zu der Einschätzung, dass weder mit einem Ausstieg der Gruppen noch einer Klarstellung in diesen brisanten Fragen zu rechnen sein würde. Aus diesem Grund wurde im IMI-Vorstand eine Stellungnahme formuliert, in der deutlich gemacht wurde, dass die Unterstützung der unbewaffneten Proteste absolut zu begrüßen und das Vorgehen von Assads Regime absolut inakzeptabel sei. Ebenso inakzeptabel sei es aber, nur einen Teil der Realität abzubilden und die Militarisation der Proteste sowie die massiven Instrumentalisierungsversuche seitens des Westens einfach auszuklammern. Denn ob gewollt oder ungewollt würde damit an dem Stimmungsteppich für eine weitere Eskalation – sei es über eine Militärintervention und/oder die verstärkte Bewaffnung der Aufstandsbewegung – mitgewoben.

Der Text wurde den Unterstützerorganisationen am 23. März zugesandt. Wir wurden gebeten, den Text nicht zu veröffentlichen. Während des Aushandlungsprozesses und des Wartens auf eine Stellungnahme der Gruppen wurde ein Text auf der Homepage der Kampagne veröffentlicht, in dem man sich klar von militärischen Interventionen distanzierte und einige Punkte unserer Kritik aufgriff. Wesentliche Punkte, wie die Bewaffnung der Opposition, die Rolle der FSA und die Frage des zivilen versus militärischen Widerstandes wurde nicht adressiert. Anfang April wurde uns eine Antwort auf unsere Stellungnahme zugeschickt, die wir zusammen mit dieser veröffentlichten (www.imi-online.de/2012/04/05/burgerkriegspatenschaft/).

Die Reaktionen auf unseren Text waren vor allem positiv, auch wenn es vereinzelt Kritik gab. Für viele war die Kritik der IMI an der Kampagne wichtig, um sich selbst positionieren zu können.

Doch die Debatte um und mit AoR war nicht die einzige Auseinandersetzung, die die IMI in den letzten Monaten auszutragen hatte. Von der „Arbeiterfotographie“ wurden ein IMI-Text und ein IMI-Vortrag – beide zur militärischen Intervention in Libyen – scharf angegangen. Beide wurden dafür kritisiert, dass die militärische Intervention der NATO zwar kritisiert worden sei, die geäußerte deutliche Kritik am Gaddafi-Regime wurde allerdings so gewertet, dass dadurch faktisch Zustimmung zur Intervention geäußert worden wäre, was mit weiteren reichlich absurden Anschuldigungen und Mutmaßungen über die IMI angereichert wurde. Aufgrund des Stils der Argumentation, vor allem aber aufgrund der Art der Anschuldigungen, beschloss die IMI darauf nicht zu reagieren. Auch hier wurde die Position der IMI von der anderen Seite her klar: Der Feind meines Feindes ist nicht automatisch mein Freund! Auch wenn selbstverständlich jede Form von Militärintervention stets kategorisch abzulehnen ist – eine Kritik an repressiven Regimen ist ebenso notwendig wie richtig. Die Solidarität muss den gewaltfreien und progressiven Teilen der Bevölkerung gelten und nicht denjenigen, die sie unterdrücken.

Reagiert wurde allerdings auf eine Pressemitteilung des Kassler Friedensratschlages, in der zunächst vollkommen richtig die Intervention der NATO in Libyen scharf kritisiert wurde, in

Wahlen auf der IMI-MV

In den Vorstand wurden gewählt:

Jürgen Wagner (geschäftsführend); Dr. Andreas Seifert (Kassierer) und als erweiterte Vorstände: Michael Haid; Claudia Haydt; Christoph Marischka; Tobias Pflüger, Jonna Schürkes

In den Beirat wurden gewählt:

Gerhard Bausch; Dr. Peter Clausing; Bärbel Danner; Dirk Eckert; Frederico Elwing; Michael Schulze von Glaßer; Dr. Till Gocht; Kevin Gurka; Martin Hantke; Lühr Henken; René Jokisch; Dr. Lydia Krüger; Malte Lühmann; Thomas Mickan; Thomas Mitsch; Arno Neuber; Markus Pflüger; Johannes Plotzki; Bernhard Strasdeit; Daniel Weitbrecht.

Wir gratulieren allen in den Vorstand und Beirat Gewählten!

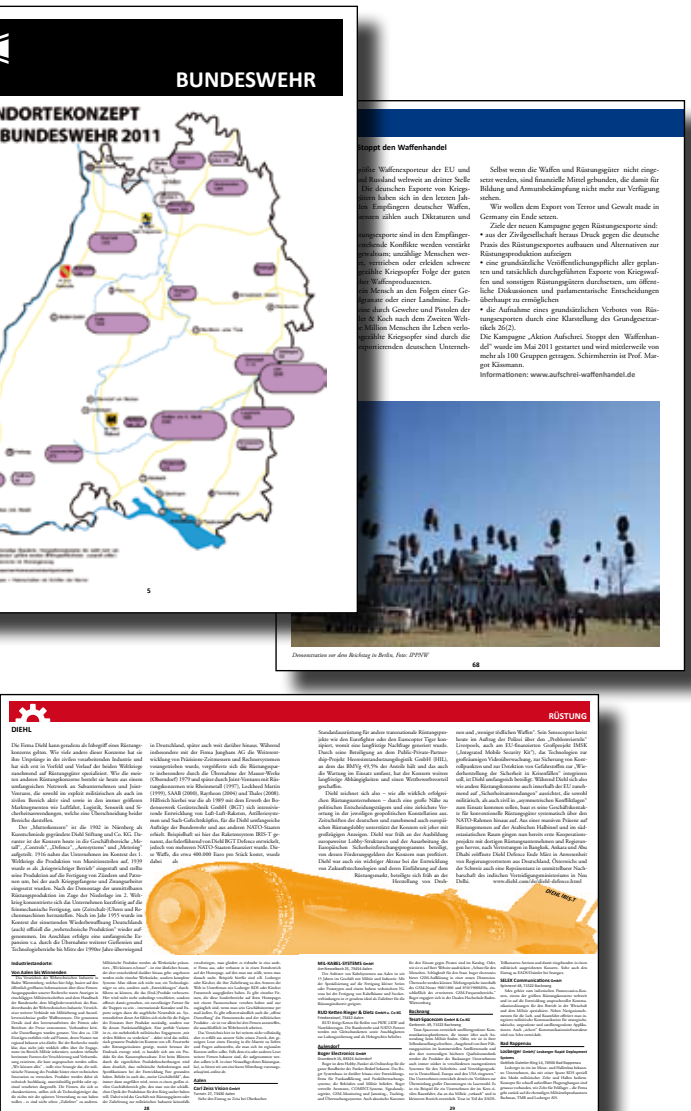
der allerdings auch gefordert wurde, dass „neutrale Blauhelme der Afrikanischen Union ins Land gelassen werden, die über eine Waffenruhe wachen sollen“. Nachdem die IMI sich versichert hatte, dass dies wirklich so gemeint war, veröffentlichte sie einen Standpunkt, in dem begründet wurde, warum die IMI eine solche Truppe ablehne (www.imi-online.de/2011/08/30/keine-truppen-nach-l/). Zum einen sei es angesichts der Situation in Libyen und der Intervention der NATO unwahrscheinlich, dass die AU-Truppe eine neutrale Position einnehmen könnte, zumal sie – wie andere AU-Missionen zeigen – auf die Unterstützung der NATO bzw. ihrer Mitgliedstaaten angewiesen wäre. Desweiteren würde mit der Forderung nach einer AU-Mission suggeriert, eine solche Truppe könne Zivilisten schützen – auch dies eine Annahmen, die in der Geschichte der zahlreichen Missionen widerlegt wurde und die die fatale Entwicklung der zunehmenden Militarisation der AU weiter voranbringen könnte. Der Ratschlag veröffentlichte eine Antwort auf die Kritik (www.ag-friedensforschung.de/regionen/Libyen/baf-imi.html). Da sowohl der Friedensratschlag, als auch die IMI der Meinung waren, dass es sich dabei um eine wichtige Debatte handele, wurde auf dem Ratschlag 2011 das Thema diskutiert. Auch wenn man sich nicht auf eine gemeinsame Position einigen konnte, so hat diese Debatte die Freundschaft und die Zusammenarbeit mit dem Ratschlag nicht beeinträchtigt.

Nachdem diese Kontroversen und die Haltung der IMI darin vorgestellt worden waren, wurde diese von den IMI-Mitgliedern diskutiert. Das Vorgehen der IMI wurde durchweg als richtig beurteilt. Zum einen wurde betont, dass es wichtig sei, dass die IMI sich innerhalb solcher Debatten positioniert und gerade dieses auch die IMI-Arbeit ausmache. Vor allem aber der Versuch, die Kritik an befreundeten Gruppen solidarisch zu formulieren und ihnen die Bedenken – vor einer Veröffentlichung – zu vermitteln, wurde positiv bewertet, auch wenn dies bedeutet, dass diese Auseinandersetzung viel Zeit, viele Absprachen und viel Arbeit bedeutet.



Rüstungsatlas Baden-Württemberg 2012

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. hat einen Rüstungsatlas für Baden-Württemberg zusammengestellt. Auf 72 Seiten wird kompakt über die Rüstungsindustrie und das Militär in diesem Bundesland informiert. Mit verschiedenen informativen Aufstellungen zu z.B. Bundeswehrstandorten, Rüstungsstandorten und Forschungsinstitutionen der Rüstungsforschung wird die ganze Breite des Feldes von Militär und Rüstung behandelt. Begleitende Texte geben Auskunft und Argumente an die Hand, um eine Kritik vor Ort voran zu bringen. Der Atlas enthält Karten und Schaubilder und eignet sich sowohl als Infomaterial für Infotische, als auch als Grundlage für eigenes lokales Informationsmaterial. Kosten: 3,50 € zzgl. Porto (ab 10 Ex.: 3,00 zzgl. Porto). Verfügbar ab ca. dem 20. August. **Zu bestellen über www.imi-online.de oder www.dfg-vk.de.**



Auswahl aus dem Inhaltsverzeichnis: Bundeswehrreform in Baden-Württemberg; Bundeswehrhaushalt; Konversion: Was kommt nach der Bundeswehr; Kommando Spezialkräfte in Calw; Deutsch-Französische Brigade; Werbeoffensive der Bundeswehr; Industrie: Schwäbische Präzision für den Krieg; Rüstungsexport; Firmenprofile: Diehl, Heckler&Koch, Kärcher Futuretech, MTU Friedrichshafen, EADS; Gewerkschaften und Rüstung; Rüstung: Wo beginnt der Krieg?; Blackbox Drittmittel – Externe Forschungsfinanzierung; Wehrforschung in Baden-Württemberg; Forschen für die zivile Sicherheit; Die Friedensbewegung in Baden-Württemberg; Adresse für antimilitaristische und Friedensarbeit; Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung; uvm.

Herausgeber des AUSDRUCKS ist die **Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.** Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154